Nr. 447

2. April 1998

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

auswärts 3 DM

Liebe LeserInnen!
Der Mord an Jana in Saalfeld war für uns trauriger Anlaß für die erste Seite dieses Heftes. Wir wünschen allen in Saalfeld oder anderswo, die sich betroffen und engagiert dagegen stellen, viel Kraft für die nächste Zeit!
Zu einigen Themem erreichten uns wahre Papierberge, so daß wir uns gezwungen sahen, den Ordner in Anspruch zu nehmen. Wer sich also genauer über die in Köln gelaufenen Aktionen der Kampagne "Kein Mensch ist illegal", oder über die Hintergründe und Positionen des Konflikts im Tommy Weißbecker Haus informieren möchte, müßte den Weg zu den Ordnern auf sich nehmen.
Auch das Material zum Mackenrode-Prozeß ist dort zu finden. Wir möchten aber nochmal besonders auf die Veranstaltung hierzu in Berlin hinweisen. (S.10)
Ebenso möchten wir Euch natürlich die Sondernummer der Interim "Bewegung - Militanz - Kampagne" vom März dieses Jahres empfehlen.
Auch Positives haben wir unseren SchreiberInnen zu verkünden:
Fliegenpilz hat endlich "seine","die richtige"(?!) Redaktion angetroffen, so daß sein Text, nunmehr schon zum dritten Mal überarbeitet, zum Abdruck kam.
Gut fanden wir auch, daß unsere Kritik am "Tötet Thierse" Papier (Nr.442) eine Reaktion hervorgerufen hat.

Passend zum Titelbild erreichten uns folgende Zeilen:
Das war er also, der nix4-Aktionstag, diesmal in Ahaus. Eine gewisse rot-grüne Bauernschläue ist Kniola (SPD) und Wimber (B90/GRÜNE) mit ihrem Coup der Vorverlegung des Castor-Transportes zugestanden. Allerdings würden wir, nicht soweit gehen, naßfrosch zu behaupten, daß der Transport deswegen billiger geworden ist. Das ist wohl eher Wunschdenken der Atomlobbyisten. Trotz Tricky-Micky der Staatsseite ließ sich der Widerstand der Einheimischen und Zugereisten keineswegs entmutigen. Es ist sehr viel mehr gelaufen, als durch die Medien berichtet wurde. Und es hätte noch mehr laufen können, auch an den Gleisen, wenn das Zusammenspiel zwischen den vor Ort Lebenden und den Auswärtigen so eingespielt wäre wie im Wendland. Das jedoch läßt sich nicht herbeireden, sondern entwickelt sich mit jedem Aktionstag stetig weiter - auch in Ahaus. Noch herrschen keine wendländischen Verhältnisse und auch der Widerstand steht erst am Anfang. Ahaus ist nicht Gorleben. Aber die Richtung, in der alle miteinander etwas wollen, hat nach unserem Augenschein gestimmt. Und keine Frage, wir kommen wieder, zur nächsten Sabotage.

Inhalt:

Ordner:
-Anti-Atom-Aktion zu grünem Bullenpräsidenten in NRW
-Diverse Papiere zum Tommy Weißbecker Haus
-Antifa Nürtingen: Aufruf zum 1.Mai in Leipzig
-Nazimusikvertrieb in Sprockhövel
-Aktion Dauerdemo, Bonn
-MY.T. zu "Kuschelsex ODER Kuschelpolitik"
-Infomaterial zu Mackenrode
-2 Papiere zum 1.Mai
-Aufruf zur Anti-Kanther-Demo Dessau
-Artikel aus der Polemik
-Kein Mensch ist Illegal (Materialsammlung aus Köln)



Herausgeberin: Interim e. v.
Gneisenaustr. 2a 10S61 Berlin
Redaktionsanschrift: s.o.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Faschos ermordeten in Saalfeld ein 15jähriges Mädchen

Am Nachmittag des 26. März 1998 wurde im Saalfelder Stadteil Gorndorf, einer Hochburg der regionalen Naziszene, ein 15jähriges Mädchen aus dem weiteren Umfeld der linksalternativen Szene auf offener Straße erstochen!

aus der Presseerklärung der Antifa Saalfeld:
Wer sich noch an die Situation von vor einigen Wochen erinnern kann, dem dürfte die Situation in Saalfeld nicht unbekannt sein.
Ein breites Bündnis hatte für den 14. März zu einer bundesweiten Demo nach Saalfeld eingeladen , um die Zustände in Saalfeld rund um die hiesigen Aktivitäten der Nazis zu thematisieren und um deren Verstrickung in der bundesweiten Szene der Rechten aufzuzeigen. Damals wurden wir mit den übelsten Polemiken seitens der Stadtverwaltung, der Lokalpresse etc. bedacht, mit dem Unterton, daß Saalfeld keine Probleme mit Nazis hätte und diese sowieso nur perspektivlose und gelangweilte Jugendliche wären, denen es an ausreichenden Freizeitmöglichkeiten mangelt. Daß dies ein folgenschwerer Trugschluß war, hat sich auf die finsterste Art und Weise am heutigen Tag bewiesen. Soweit mußte es also kommen, bis die Öffentlichkeit eventuell jetzt bemerkt, daß es unangebracht ist, in dieser Angelegenheit einfach wegzuschauen. Auch Polizeichef Kick dürfte seine damalige Analyse, daß die Gewalt von den Linken ausginge, relativieren und seine Aktivitäten nach dem heutigen Vorfall umdisponieren.

FR 30.3. Von Rolf-Henning Hintze

SAALFELD, 29. März. Mehr als 1000 Menschen haben am Samstag im thüringischen Saalfeld an einer Trauerdemonstration für die 14jährige Jana Georgi teilgenommen, die am Donnerstag von einem 15jährigen Jugendlichen auf offener Straße erstochen worden war. Der Täter, der sich nach Polizeiangaben um Aufnahme in eine rechtsextreme Gruppe bemüht hatte, gab als Grund Rache an: Jana habe ihn im vergangenen Herbst einmal „Scheiß-Fascho" genannt.

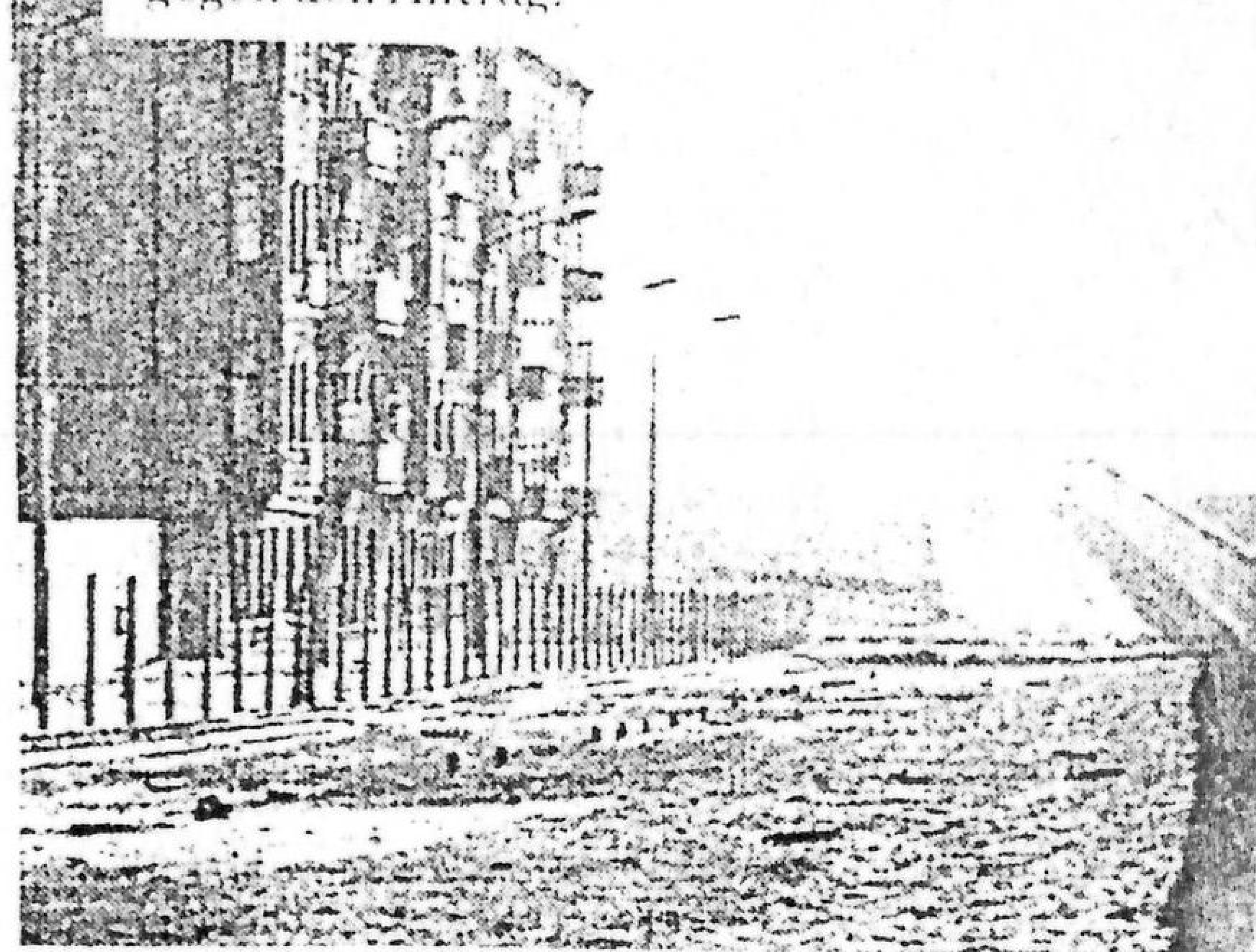
Die Polizei, die die Demonstration mit einem großen Aufgebot begleitete, verteilte Flugblätter, auf denen sie nochmals betonte, es habe sich um „eine Beziehungstat ohne politischen Hintergrund" gehandelt. Ein Sprecher der Antifa-Gruppe Saalfeld erklärte indes, Rechtsextreme hätten kurz nach der Tat trauernde Freunde von Jana mit den Worten bedroht: „Wenn ihr nicht abhaut, stechen wir euch auch ab." Die Thüringer Regionalausgabe der *Bild*-Zeitung machte unterdessen Angelo Lucifero für die Entwicklung in Saalfeld und den Tod der Schülerin verantwortlich: Der Sprecher der Landesarbeitsgemeinschaft „Antifaschismus/Antirassismus" habe sich an der „Haß-Agitation" zwischen Linken und Rechten in der thüringischen Stadt beteiligt. Das Saalfelder „Bündnis gegen Rechts" wies diesen Vorwurf als „ungeheuerlich" zurück. Damit gebe die Zeitung der organisierten Rechten „Rückhalt für weitere Gewalttaten".

Bereits in der vergangenen Woche hatte der Saalfelder Stadtrat Bürgermeister Richard Beetz (CDU) ermächtigt, notfalls gerichtlich gegen die Bundestagsabgeordnete Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen) vorzugehen, um sie zur Rücknahme ihres Vorwurfs, Saalfeld sei eine neonazistische Hochburg, zu veranlassen. Einige Stadträte bestätigten jedoch Buntenbachs Äußerung, wonach sich ausländisch aussehende Menschen oder Gegner der Neonazis in Saalfeld nicht mehr angstfrei bewegen könnten, und stimmten gegen den Antrag.



Informationen zur Situation in Saalfeld

Wie bereits gestern gemeldet, wurde am 26. 3. ein 14jähriges Madchen, das dem weiteren Umfeld der Szene des Jugendklubhauses angehörig war und weitestgegehend der linken Szene zugeordnet werden kann. erstochen
Der mutmaßliche Täter, der vor kurzem aus der Psychiatrie entlassen wurde, gehort allerdings nicht dem organisierten Spektrum der nießigen Nazis an, wollte jedoch unbedingt „dazu gehören". Von einem politisch motivierten Mord kann hier also nur in gewisser Relation die Rede sein. Fakt ist allerdings, daß sich die Nazis mit dem Täter solidarisiert haben, mit dem Unterton ‚Schade, daß wir es nicht waren', ‚eine Zecke weniger' etc. Desweitern wurden Leute, die den Tatort sehen wollten, massiv von den Nazis bedroht: „ Wenn ihr hier nicht abhaut, stechen wir euch auch noch ab".



Gestern gab es daraufhin eine Mahnwache+Spontandemo. Die Presse ist auch schwer am Arbeiten.
Für den morgigen Samstag (28.3.) wird eine Demo mit dem Motto „Wandelt Wut und Trauer in Widerstand! Wir trauern um Jana" angemeldet.

Weitere Infos: 03671/ 531449 bzw. 0171209710

Mit antifaschistischen Grü
Antifa Saalfeld

Eine Nachbereitung zur Antifa-Demo am 14.März in Saalfeld

ANTIFA, ha, ha, ha.....oder Die Zähne zeigt, wer´s Maul aufmacht?!

Vorgeschichte

Was sich im Oktober 97 in Saalfeld abspielte ist den meisten bekannt: Eine lange vorbereitete und bundesweit mobilisierte Antifa-Demo, getragen von einem breiten Bündnis von autonomen Antifas bis hin zu Gewerkschaften und PDS , wird vom Landratsamt Saalfeld, bestätigt durch das zuständige Verwaltungsgericht, kurz vorher verboten. Begründung: „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" Als Reaktion wird spontan in Erfurt eine Protestkundgebung gegen das Verbot angemeldet, die anreisenden Busse u.a. aus Berlin werden auf der A9 gestoppt, Bullenhubschrauber landen, spielen Krieg, die aus den Bussen ausgestiegenen, protestierenden Antifas werden nach mehr als 3 Stunden Stillstehen auf der Autobahn für 38 Stunden in den Knast Unterwellenborn bei Saalfeld verbracht und dort mißhandelt. Ermittlungen gegen mehr als 300 Antifas wegen angeblicher Nötigung werden eingeleitet.

Die neue Qualität von Repression und Einschüchterung gegen aktive AntifaschistInnen wurde richtigerweise mit der Vorbereitung einer „gepfefferten Antwort" (BgR Leipzig) am 14.März in Saalfeld beantwortet. Das Bündnis und der AufruferInnenkreis konnte noch erweitert werden (Bündnis 90/Grüne, verschiedene Promis, Pfaffen), Saalfeld geriet in die Schlagzeilen, immer, auch wenn von den meisten Medien bestritten, in Verbindung mit dem „rechten Konsens", mit der Zunahme rechten Terrors. Die Faschos in Saalfeld, allen voran die NPD meldete in der Saalfelder Innenstadt eine Gegendemo an. Die Reaktionen des Saalfelder Landratsamt, Bullen und Stadtrat: Auflagen für die Antifa-Demo, die einem faktischen Verbot der Demo gleichkamen. Die Route wurde statt vom Bahnhof in die Innenstadt, auf eine Ausfallstraße an den Stadtrand verlegt, die Faschos durften als Zweitanmelder ihre Route in der Innenstadt, vorbei am Flüchtlingsheim, vorbei am PDS-Büro beibehalten. Begründet wurde das Verbot u.a. mit der Brandgefahr für die denkmalgeschützte Altsstadt durch marodierende, fremde, antifaschistische Demonstranten. Die Klage der Anmelderin (eine Bundestagsabgeordnete von B90/Grünen) der Antifa-Demo gegen den Auflagenbescheid wurde bis zum Oberverwaltungsgericht Weimar abgelehnt. Für den Tag zeichnete sich ab: Auf der einen Seite der Saale (überwindbar nur durch eine Brücke) werden die Nazis ihren Aufmarsch in der Innestadt von Saalfeld durchziehen, auf der anderen Seite der Saale dürfen sich engagierte AntifaschistInnen Richtung Stadtrand bewegen. Dazwischen die Bullen, die als „Bewahrer der Demokratie" die beiden „extremistischen Lager" auseinanderhalten. Der Saalfelder Bullenchef Kick kündigte schon im Vorfeld an, daß Gewalttäter an diesem Tag Saalfeld nicht erreichen würden. Der stillgelegte Knast Unterwellenborn stand wieder bereit.

Der 14.März in Kürze

Mehr als 40 Busse hatten sich aus dem ganzen Bundesgebiet zur Antifa-Demo in Saalfeld angekündigt. 14 davon (also ca .700 Leute) treffen sich am Rasthof Osterfeld, ein Städtetreffen beschließt, nachdem bekannt war, daß es wegen des faktischen Demoverbots, nur noch eine Kundgebung am Bahnhof geben sollte, über Rudolstadt nach Saalfeld anzureisen. Auf diesem Weg wäre der Konvoi auf der Seite der Saale angekommen, die von den Bullen für die Faschos „reserviert" sein sollte. In Rudolstadt hatten sich schon am Vormittag Faschos gesammelt, außerdem sammelten sich laut Saalfelder Infotelefon schon ca. 100 Glatzen in der Innestadt von Saalfeld. Auf der Autobahn baute sich bei Eisenach laut Infotelefon wieder eine Polizeisperre für den Konvoi auf, der auf eine Wiederholung vom Oktober 97 schließen ließ. Der Konvoi schafft es dieser Bullensperre geschickt und geschlossen auszuweichen. Ab diesem Zeitpunkt werden die 14 Busse von zwei Bullenhubschraubern begleitet. Ca. 35 km vor Saalfeld sollen die Busse durch zwei Streifenwagen umgeleitet werden. Nach kurzen Verhandlungen dürfen die Busse die ursprüngliche Route fortsetzen. Ca. 2km später wird der Konvoi erneut von ca. 40-Bereitschaftsbullen gestoppt. Fast alle aus den Bussen steigen aus und laufen mehr oder weniger geschlossen in den nächsten Ort nach Zeutsch. Die Bullen hatten kaum einen Plan, behaupteten den Konvoi nur begleiten zu wollen, meinen 5 min später, daß die Busse wenden müssten, stellen sich dann irgendwann hinter die Busse, und alle können wieder in die Busse steigen. Nach ca. 4km setzt sich eine Bullenwanne an die Spitze des Konvois. Ca. 500m vor dem Dorf Etzelbach stellt sich die Bullenwanne mit einer Vollbremsung auf freier Landstraße quer. Gleichzeitig sind zwei BGS-Hubschrauber im Anflug. Viele steigen wieder aus den Bussen, einige versuchen in das Dorf weiterzugehen, einige bilden Ketten, ein Streifenwagen wird entglast und verjagt, der erste Hubschrauber landet seitlich im Acker, 25(!) Bulllen springen aus dem großen Hubschrauber, 12 Bullen stellen sich der spontan formierenden Demo in den Weg, werden teilweise zurückgedrängt, ein Bulle der glaubt einem vermeintlichen Steinewerfer nachsetzen zu müssen, wird spontan entwaffnet und erhält für seinen Einsatz die Schläge, die er verdient. Ein Demozug von ca 120 Antifas wird dann innerhalb weniger Minuten von ca.

50 Bullen festgesetzt, viele steigen wieder in die Busse, einige stehen im 500m entfernten Dorf. Nach und nach . landen weiter Hubschrauber, und am Ende sind ca. 120 Leute eingekesselt, der Rest sitzt in den Busssen oder treibt sich sonstwo rum. Den Rest des Tages bestimmen die Bullen. Einsatzleiter Kick will alle 700 in Polizeigewahrsam nehmen, Landtagsabgeordnete der PDS kommen, um zu verhandeln, erhalten teilweise Platzverweise von Kick. Am Ende müssen 120 nach Unterwellenborn, der Rest mußte nach 5Stunden Warten wieder umkehren und Thüringen „unverzüglich" verlassen. Währenddessen gibt es auf der Kundgebung in Saalfeld kaum ein Durchsage über das Ausmaß des Bullenangriffs auf den Konvoi und der Schikanen gegen anreisende Antifas. Auch an anderen Kontrollpunkten werden ganze Busse nach schikanöser Durchsuchung nicht nach Saalfeld durchgelassen. 300 Nazis sind inzwischen durch die Saalfelder Innenstadt gelaufen, und werden anschließend mit Polizeischutz nach Hause, bzw. nach Rudolstadt gebracht. Das Bündnis beschließt trotzdem die Demo gemäß Auflagenbescheid durchzuführen, und kann als wandernder Polizeikessel ein Zeugnis praktischen Antifaschismuses in Saalfeld ablegen. Das Bündnis beschließt, nicht am Knast Unterwellenborn zu demonstrieren.

Wenn das Wörtchen „wenn" nicht wär´....

Schon die Vorankündigung der Bullen ließen an diesem Tag erahnen, daß der Spielraum der Polizeiaufgabengesetze voll ausgeschöpft werden soll. D.h. Durchsuchen aller Anreisenden, beiAuffinden als „Waffen" deklarierter Gegenstände, bei laufenden Ermittlungen oder Vorstrafen Festnahme und Unterbindungsgewahrsam bzw. Platzverweis. Auf diese Weise können nach Belieben Busse mit vermeintlichen „Gewaltbereiten" nicht nach Saalfeld gelassen werden. Daß dies polizeitaktisch aber auch umgesetzt werden muß, und viele Menschen an einer Stelle mit spontaner Wut immer ein Problem darstellen, das außer Kontrolle geraten kann ist jedem erfahrenen Bullenstrategen klar. Außerdem muß der politische, der gesundheitliche (Fürsorgepflicht für sein Untergebenen) und finanzielle(Einstzkosten und Sachschäden) Preis für einen Bulleneinsatz in der Öffentlichkeit irgendwie als verhältnismäßig verkauft werden. Auch die potentielle Gewaltbereitschaft von Autonomen, bzw. das Nichtgreifen von Einschüchterungsmaßnamen, stattdessen entschlossenes militantes Handeln in der Vergangenheit ist Teil des Bewußtseins eines Einsatzleiters, und wird ihn immer abwägen lassen, ob eine Eskalation der Situation nützlich ist. Nützlich für Bullen heißt hier:
wenig verletzte Bullen, hohe Identifizierungsrate von „Straftätern", und ihre Festnahme, letzlich möglichst breite Zustimmung von Politik und „öffentlicher Meinung".
Leider haben die „Bewußtseinsstützen", was militantes, entschlossenes Vorgehen betrifft in den letzten Jahren etwas nachgelassen. Saalfeld wäre unserer Meinung nach eine Möglichkeit gewesen, in diesem Sinne wieder ein Signal zu setzen:
Die Lage war eindeutig: Praktizierter rechter Konsens, Bullen ermöglilchen Nazis einen Aufmarsch verbieten antifaschistische Bündnisdemo, anreisende Demonstrationsteilnehmer werden von martialischen Bullenaufgebot angegriffen und wehren sich..

...tanzt in Etzelbach der Bär

700 Leute davon nur die Hälfte entschlossen, und das Szenario vor Etzelbach hätte anders aussehen können. Die Bullen waren anfangs hoffnungslos unterlegen. Dokumentationstrupps kaum vorhanden, Vermummung möglich. Aus einem Hubschruaber stiegen gerade mal 25 Bullen! Ein Steinhagel auf den ersten landenden Hubschrauber, hätte jeden weiteren Versuch zu landen, das Austeigen, oder auch nur das Weiterfliegen erschwert. Eine militante Auseinadersetzung gegen anfangs vielleicht 50-60 Bullen am Ende nach 1,5Stunden vielleicht 300 hätte für die Bullen die Situation nur schwer beherrschbar gemacht. Ein anfänglicher Rückzug und der Preis von vielen verletzten Bullen wäre in jedem Fall drin gewesen. Ringsum freies Feld und Wälder. Sicher hätten die Bullen irgendwann die Übermacht bekommen, doch „TäterInnen" zu identifizieren, wäre ihnen bei durchschnittlich militantem Geschick unsererseits nicht gelungen.Und das mögliche Ergebnis: relativ leicht vermittelbarer, weil unmittelbarer, zielgerichteter Widerstand gegen Bullenterror im Zusammenhang mit praktiziertem Antifaschismus (Symbolik! Militärische Hubschrauber gegen Menschen), Sachschäden (Hubschrauber, Bullenwannen), Pesonenschäden(Bullen), wenig verwertbares Marterial zur Verurteilung von militanten Antifas, Nachrichtenwertsteigerung, Diskussionen um die Rolle der Bullen, um die „Gefährlichkeit" der militanten AntifaschistInnen, und nicht zuletzt eine Warnung für künftige Bulleneinsatzleiter.
Warum das nicht passierte, ist nicht so einfach zu erklären.
Wir denken, daß aber maßgeblich eine Stimmung, bzw. bestimmte Prämissen für die derzeitige Herangehensweise antifaschistischer, linksradikaler Politik dafür mitverantwortlich sind. In diesem Zusammenhang müssen wir als militanter Zusammenhang die AAB ins Kreuzfeuer unserer Kritik nehmen.
Die AAB gibt sich als Gruppe gern den Anschein, Faschos militant und entschlossen entgegenzutreten. So liest mensch in jedem Aufruf der AAB, Antifa heiße Angriff, mensch müsse den Faschos direkt entgegentreten usw. Zusammengefasst ist die Praxis dann im Gegensatz zu verbalradikalen Ankündigungen als abwiegelnd, ganz und gar nicht militant bis teilweise bieder zu benennen. Wir veranschaulichen am Beispiel Saalfeld: Ein immer schon verlautbarter Ansatz der AAB ist die Bündnisarbeit auch mit Parteien, bürgerlichen Gruppierungen, Pfaffen usw. In dieser Arbeit scheint die AAB mit zunehmender Größe des staatstragenden Bündnisses an Linksradikalität einzubüßen. Wie sonst wäre zu erklären, daß vom Saalfelder Bündnis nicht ein ernstzunehmender

Versuch gemacht wurde den Naziaufmarsch und damit die Protagonisten und radikalsten Teile des „Rechten Konsesns“ wenigstens zu behindern. Keine Verlautbarung dieses Bündnisses, den provokativen Aufmarsch etwas entgegenzusetzen. Stattdessen der Versuch, mit Unterlassung von Informationen die Situation in Saalfeld „ruhig“ und „friedlich“ zu halten. Stattdessen bemühen sich AAB-Leute, wie wir erfahren haben, den Buskonvoi auf den gesteckten Pfaden der Polizei zu leiten, um den Konsens im Bündnis nicht zu gefährden. Auf „Wenigstens eine große Demo mit Bündnis“ ist geschissen, wenn vorher die Faschos ungestört durch die Stadt marschieren und nicht versucht wurde, ihnen wirklich offensiv entgegenzutreten mit oder ohne Bündnis.

Die AAB auf dem Boden der freiheitlich, demokratischen Grundordnung

Antifaschismus der sich auf das Image „friedlicher Demos mit großem Bündnis“ beschränkt ist harmlos. In Flyern der AAB zu Saalfeld wurde wieder das übliche suggeriert: Nazis aufs Maul, gegen jeden rechten Konsens (Auf das Bündnisplakat wollen wir an dieser Stelle nicht weiter eingehen, außer zu bemerken, daß der Vergleich des Vebots der Gewerkschaften 33 und der Demo 97 in Saalfeld schon sehr peinlich ist) Was dann der AAB als „Erfolg“ reicht, ist ein braver Antifablock, der vielleicht noch ein bißchen Vermummung im Bullenkessel durchsetzen kann. Was uns dabei besonders nervt , ist, daß wenn beipielsweise die Jusos so agieren, dies hier keine Zeile wert wäre, denn jedEr weiß, wie die Jusos sind. Die AAB und auch andere Gruppen der BO dagegen profitieren von der Ausstrahlungkraft, die die undogmatische, radikale Linke, und hier besonders autonomer Antifaschismus in den 80iger Jahren durch entschlossenes Auftreten gegen Nazis, durch „nicht nur Labbern sondern Handeln“, durch erfolgreiche militante Aktionen gegen Faschos und RassitInnen, durch ein kulturelles Umfeld, das nicht von Gehorsam und Beachten gesellschaftlicher Spielregeln geprägt war, errungen hat. In diesem Sinne haben wir nichts gegen Großmäuligkeit, und denken auch daß wir als radikale Linke das Maul noch viel weiter aufreißen sollten. Aber dann sollten auch die Zähne gezeigt werden und zwar massenhaft!

Um keine Mißverständisse aufkommen zu lassen: Wir halten in der derzeitgen gesellschaftlichen Situation, gerade im Kampf gegen den wachsenden Druck des Faschomobs auf der Straße, Bündnisse für unabdingbar. Folge darf aber nicht die Aufgabe eigener Positionen und Praktiken sein. Bündnispartnern muß offensiver Antifaschismus als Teil linksradikaler, militanter Politik verständlich gemacht werden. Die Notwendigkeit direkten Eingreifens gegen Faschos darf nicht zugunsten falsch verstandener „Berechenbarkeit“ zur Disposition gestellt werden. Ganz falsch wäre es zu glauben, dadurch mehr gesellschaftliche Relevanz zu erhalten.

Mit der von der AAB hier skizzierten, praktizierten Politik wird das Potential der Sprengkraft außerparlamentarischen Widerstands, gerade im Bereich Antifaschismus, geschwächt und schlimmstenfalls kanalisiert auf einen langen Weg in die Parlamente und andere Institutionen dieses System, am Ende auf jeden Fall harmlos und staatstragend.

Wir wissen, daß es leicht ist zu kritisieren und haben auch selbst keine genauen Rezepte, was wir als radikale Linke der Verschärfung der Verhältnisse für Flüchtlinge, Frauen, Behinderte, Kranke, Erwerbslose, auch für uns als Linke entgegenzusetzen haben. In Bezug auf die Bedrohung durch die zunehmende Mobilisierungsfähigkeit der Faschos, wollen wir mit diesem Papier auch eine notwendige Diskussion anschieben.

Die Erfolge der Faschos auf der Straße entwickeln momentan eine Dynamik, die unserer Ansicht vor allem auf der Straße gebrochen werden muss. Wir reden uns teilweise den Mund fuselig in antirassistischer Alltagsarbeit, wo es oft schon schwerfällt den/die taz-lesende LehrerIn neben seinem/ihrem humanistischen Entsetzen noch eine weitergehende Analyse geschweige denn Konsequenzen im Sinne gesellschaftlichen Eingreifens abzuringen. In dieser Situation kann es uns passieren, daß die kleinen Erfolge in der Bewußtseinsarbeit vom rassistischen, deutsch-völkischen mainstream unter dem Druck der Straße schnell überrollt werden. Selbst beispielsweise in Friedrichshain am Ringcenter können sich die Faschos fast ungestört treffen, versuchen dort dreist Stärke zu demonstrieren und können es so schaffen, wieder ein Stück öffentlichen Raum einzunehmen. In allen Bereichen ist zu spüren, daß die Stärke der Faschos auf der Straße eine verbesserte Grundlage für die neue Rechte darstellt, wie selbstverständlich in den Diskurs um alle wichtigen Fragen gesellschaftlichen Zusammenlebens in Hochschulen oder Theorieblättern, vorzudringen.

Ein verstärktes Engagement als Linke auf der Straße halten wir in der jetzigen Situation deshalb momentan für dringend geboten, und werden diesbezüglich auch unsere eigenen politischen Schwerpunktsetzungen und Prioritäten neu gewichten müssen. Anläßlich des Naziaufmarsches am 1.Mai begrüßen wir die Verlegung der revolutionären 1.Mai-Demo in Berlin auf 18 Uhr Rosa-Luxemburg-Platz. Es ist unserer Ansicht nach gerade in Zeiten einer schwachen radikalen Linken notwendig, eigenständige Demos durchzuführen, d.h. wahrnehmbar und präsent zu sein, ohne nur auf die Faschos zu reagieren. Die Straße nicht den Faschos überlassen heißt auch selbst und ohne ihre Anwesenheit dort zu stehen. Wir werden am 1.Mai beides versuchen. Wir dürfen uns an den rassistischen Normalzustand auf keinen Fall gewöhnen. Denn was heute noch viele betroffen macht, kann morgen schon wieder „normal“ sein.

Deshalb raus auf die Straße, Maul aufreißen und Zähne zeigen!

To be continued!

G.A.L.L.E.
Militante AntifaschistInnen aus Berlin und Umland

Kein Fußbreit den Faschisten!
Kampf der NPD/JN auch in Bad Hersfeld!!!
Samstag 04. April '98

Die rechtsextreme NPD/JN hat für den 04. April '98 in Bad Hersfeld (Osthessen, Nähe Fulda und dem Autobahndreieck Kirchheim) eine Demonstration "Gegen Ausländerkriminalität - Arbeit zuerst für Deutsche" angemeldet. Geplanter Start ist 11:00 Uhr am Bahnhof Bad Hersfeld. In ihrer Anmeldung geht die NPD/JN von circa 300 Teilnehmern aus, besonders im Hinblick auf den 1. Mai, die zentrale geographische Lage der Stadt und der Tatsache, daß sie derzeit bundesweit über Telefon (NIT) und Internet mobilisieren, wäre aber auch eine größere Zahl möglich. Wir rufen alle engagierten Menschen auf, sich an der zeitgleich in Bad Hersfeld stattfindenden Demonstration des DGB sich zu beteiligen.

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) gewinnt nach einer Zeit der Perspektivlosigkeit, des Mitgliederschwunds und einem ideologischen Rückfall Anfang der 90er Jahre inzwischen wieder an große Bedeutung.
Seit den letzten Jahren dienen die NPD und ihre Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" (JN) verstärkt als Sammelbecken für die oftmals ehemaligen Mitglieder von verbotenen neofaschistischen Parteien und Organisationen.

Mit etwa 4.000 Mitgliedern bundesweit ist die 1964 gegründete NPD wieder zu einer der wesentlichen rechtsextremen Gruppierungen geworden. Zu Veranstaltungen, zum Beispiel in München und Dresden gegen die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht", sowie zu einem "Bundeskongreß" in Passau, mobilisiert die NPD in jüngster Zeit bis zu 5.000 Sympathisanten, darunter unter anderem auch als Gastredner den verurteilten "Rechtsterroristen" Manfred Roeder, der aus Schwarzenborn in der Nähe von Bad Hersfeld kommt.

In Bad Hersfeld gehörte die NPD 8 Jahre lang dem Stadtparlament an. Bei der Kommunalwahl '97 verpaßte sie mit 4,8% Prozent nur knapp den Wiedereinzug. Die NPD hat, wie auch andere rechte Gruppierungen (z.B. "Bund freier Bürger - Offensive für Deutschland", dessen Gründungsveranstaltung Anfang des Jahres in Kirchheim bei Bad Hersfeld stattfand), im hiesigen Raum zahlreiche Anhänger. Daneben findet am letzten Maiwochenende voraussichtlich zum 3. Mal die "Kulturkonservative Messe" in Bad Hersfeld statt. Veranstalter ist der " Konservative Kultur und Bildung e.V.", zu denen u.a. Caspar von Schrenck-Notzing und Gerhard Löwenthal gehören. Auch ist nicht auszuschließen, daß die NPD/JN, wie schon im letzten Jahr als sie zum 1.Mai nach Hann.-Münden (Nordhessen) auswich, auch dieses Jahr wieder in dieser Region aufmarschiert. Nicht zu vergessen, den "Hess-Marsch" '93 in Fulda ...

Bad Hersfelds Bürgermeister Hartmut Boehmer bekundete, daß sich die Ereignisse Anfang der 80iger, als mehrere Treffen alter SSler in Bad Hersfeld und Umgebung stattfanden und es auch zu teils heftigen Auseinandersetzungen mit Gegendemonstranten kam, nicht wiederholen dürften und hat bereits angekündigt, den "braunen Zauber" zu verhindern (Kreisanzeiger vom 12.03.'98). Die NPD ist aber bekanntermaßen sehr klagefreudig und setzte bereits an vielen anderen Orten ihre Treffen gerichtlich durch. Kommt deshalb alle:

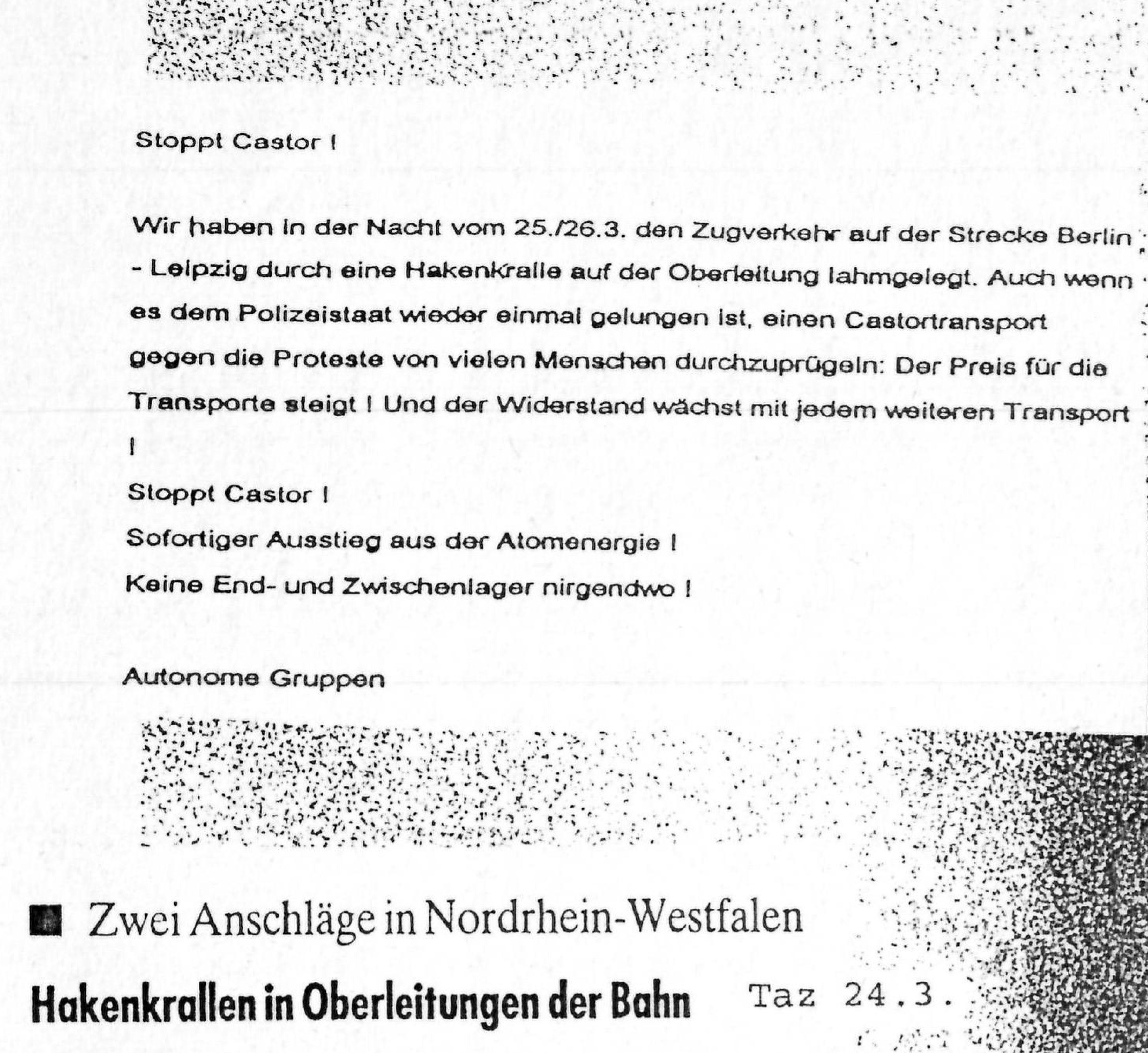
DEMO: 11 UHR
AB LANDRATSAMT BAD HERSFELD
(Friedloser Str./ Nähe Bahnhof)
DEN NATIONALEN KONSENS BRECHEN!!!

Das "Bündnis gegen Rechts" wird zur Zeit von folgenden gebildet: Deutscher Gewerkschaftsbund Hersfeld-Rotenburg-Eschwege, SchülerInnenvertretung im Kreis Hersfeld-Rotenburg, Projektgruppe Zeitsprünge der Jugend-Umwelt-Info-Stelle Bad Hersfeld, Bündnis 90/Die Grünen Ortsverband Bad Hersfeld, Bündnis 90/Die Grünen Kreisverband Hersfeld-Rotenburg, Unabhängige Antifas aus der Region

Kontakttelefon: dienstags 11.15 bis 15.00 Uhr: 069/15332818 oder
DGB Bad Hersfeld-Eschwege: 06621/9293-0

Literaturempfehlung zu Rechtsextremismus in Osthessen: **"Deutschlands Mitte - aber rechts daneben"**, Hrsg. T. Schadt & K. Seewald ISBN 3-00-001818-2 erschienen bei Zeitsprünge. 300 Seiten A5, DM 19,80

V.i.S.d.P.: Justus Müller, Bad Hersfeld


Stoppt Castor !

Wir haben in der Nacht vom 25./26.3. den Zugverkehr auf der Strecke Berlin - Leipzig durch eine Hakenkralle auf der Oberleitung lahmgelegt. Auch wenn es dem Polizeistaat wieder einmal gelungen ist, einen Castortransport gegen die Proteste von vielen Menschen durchzuprügeln: Der Preis für die Transporte steigt ! Und der Widerstand wächst mit jedem weiteren Transport !

Stoppt Castor !

Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie !

Keine End- und Zwischenlager nirgendwo !

Autonome Gruppen

NAZIS vertreiben !

Mehrfach wurden in Kreuzberg (Admiralsstraße, Urbanstraße) Plakate der „Junge Nationaldemokraten" (JN) und der „Nationaldemokratische Partei Deutschland" (NPD) geklebt. Stellen wir uns den Nazis entgegen. Achtet auf diese und andere Nazi-Plakate und Nazi-Sprüche. Greift ein, wenn ihr Nazis beim plakatieren seht. Plakate und Parolen vernichten! Nazis verjagen!

■ Zwei Anschläge in Nordrhein-Westfalen

Hakenkrallen in Oberleitungen der Bahn

Taz 24.3.

Gelsenkirchen (dpa) – Mit Hakenkrallen sind am Wochenende zwei Anschläge auf Oberleitungen von Bahnstrecken in Gelsenkirchen und in Düsseldorf verübt worden. Dies berichtete die Polizei erst gestern. In Gelsenkirchen hatte sie in der Nähe des Tatorts Flugblätter gefunden mit der Aufschrift „Nix fährt mehr". Insgesamt ist der Deutschen Bahn AG nach Angaben eines Sprechers in Essen ein Schaden in Höhe von rund 90.000 Mark entstanden. Menschen wurden nicht verletzt.

Rund 100 Bahnreisende saßen in der Nacht zum Sonntag fast eineinhalb Stunden zwischen Essen und Gelsenkirchen fest. Hier war die Oberleitung gerissen, nachdem sich der Stromabnehmer der Lok in einer Hakenkralle verfangen hatte.

Wir haben in der Nacht zum 18. März, dem Tag der politischen Gefangenen, zwei laute und helle Feuerwerke an den Schubkästen im Landesgericht I und II in Wien veranstaltet.
Wir haben damit die Ruhe und Ordnung derer gestört, die meinen sie könnten stillschweigend ihre rassistische Politik der Abschiebung und Folter fortsetzen. Weiters haben wir an diesem Tag an die politischen Gefangenen gedacht, die festgehalten werden, weil sie für eine gerechtere Welt gekämpft haben. Der Folterstaat Österreich hält immer noch die beiden Palästinenser Tawfik Ben Achmed Chaovali und Ben Saadaoui fest. Wir sagen, egal was jemand getan hat, es gibt keine Rechtfertigung für Isolationsfolter und körperliche Mißhandlungen.
Wir grüßen die Gefangenen in Stein, in der Karlau und überall auf der Welt.

Hoch die Internationale Solidarität!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

KURDISTAN - VÖLKERMORD MIT HERMESBÜRGSCHAFT
16.3.1998 - 10 JAHRE HALABJA
RÜSTUNGSEXPORTE STOPPEN

- Besuch bei der Berliner Geschäftsstelle der Hermes Kreditversicherungs AG -

"Deutsche Maschinen- und Anlagenbauer sind Spezialisten bei der Errichtung schlüsselfertiger Anlagen, wie sie gerade in Entwicklungsmärkten in wachsenden Maße nachgefragt werden. Deutsche Finanzierungsfazilitäten und die politische Flankierung der Exportaktivitäten seitens der Bundesregierung haben sich ebenfalls zu einem Wettbewerbsvorteil entwickelt".
(Geschäftsbericht 1996 der Hermes Kreditversicherungs AG)

Am 16. März 1988, vor genau zehn Jahren, starben in fünf Minuten fünf tausend KurdInnen in der südkurdischen Stadt Halabja - durch deutsches Giftgas, abgeworfen von der irakischen Luftwaffe unter anderem aus deutschen MBB-Hubschraubern. Das Gas stammte aus dem irakischen Fabrikkomplex Samarra, eine von Spezialisten 17 deutscher Firmen schlüsselfertig aufgebaute Anlage. Dort wurde unter Anleitung deutscher Spezialisten Senfgas, eine deutsche Erfindung für den 1. Weltkrieg und Blausäure, ebenfalls ein deutsches Produkt, daß besser unter dem Namen Zyklon B bekannt ist, hergestellt. Preussag, Karl Kolb, ... die Namen der Verbrecher sind bekannt, aber nicht einer dieser Todeskrämer, zumeist honorige mittelständische Manager, wurde bisher verurteilt.

Halabja steht beispielhaft für den Krieg gegen das um Freiheit und Selbstbestimmung kämpfende kurdische Volk - und beispielhaft für die Verstrickung der BRD in diesen Krieg: sowohl der Irak als auch die Türkei sind mit modernster Waffentechnologie "Made in Germany" ausgestattet. Die BRD ist mit den USA der wichtigste Waffenlieferant der Türkei. Und es ist kein Geheimnis, wen die türkische Armee mit den deutschen Waffen umbringt. Wir kennen die Bilder deutscher Panzer, mit denen kurdische KämpferInnen zu Tode geschleift wurden.

Viele KurdInnen sind Kriegsflüchtlinge. Aus der sogenannten UN-Schutzzone ist seit ihrer Einrichtung ein Drittel der Bevölkerung vor den Einmärschen der türkischen Armee und den Angriffen der kurdischen KDP-Miliz geflohen.
Im Dezember suchten etwa tausend KurdInnen in Italien Asyl. Der Scharfmacher Kanther stilisierte ihre Not zum Organisierten Verbrechen. Die Verteidigung der europäischen Außengrenzen gegen kurdische Familien wird in militärischen Einsatzstäben organisiert. Italien und Griechenland erhalten von deutschen Spezialisten an der Oder/Neiße-Grenze erprobte Überwachungstechnik. Auch direkt in Kurdistan soll ein vorgelagerter elektronischer Wall hochgezogen werden. Die BRD hat mit dem Provinzgouverneur von Diyarbakir einen Vertrag über die Lieferung von mobilen Grenzüberwachungsanlagen im Wert von 61,5 Mio DM abgeschlossen. Sie wollen die irakisch-türkische Grenze zumachen.
Hinter dieser Grenze liegt Halabja. Es ist das Aufmarschgebiet der türkischen Armee. Dorthin will ein Arbeitskreis der Staatssekretäre des BMI, des AA und des BMZ die in der BRD lebenden kurdischen Flüchtlinge aus dem Irak abschieben. Dafür versuchen sie, den letzten geltenden Abschiebestopp zu kippen und den anerkannten politischen Flüchtlingen aus Südkurdistan ihren Status abzuerkennen. Mit dem kurdischen Feudalherr Barzani, dem KDP-Chef, verhandelt der Arbeitskreis über ein "Rückführungsabkommen".

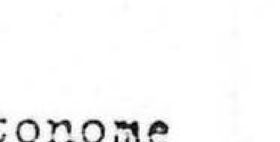
Sowohl zahlreiche Rüstungslieferungen in die Türkei, zuletzt u.a. 590 geländegängige Militärtransporter und mehrere Fregatten, wie auch die genannte Lieferung von Infrarotkameras und Satellitentelefonen werden mit Hermes-Bürgschaften abgesichert.

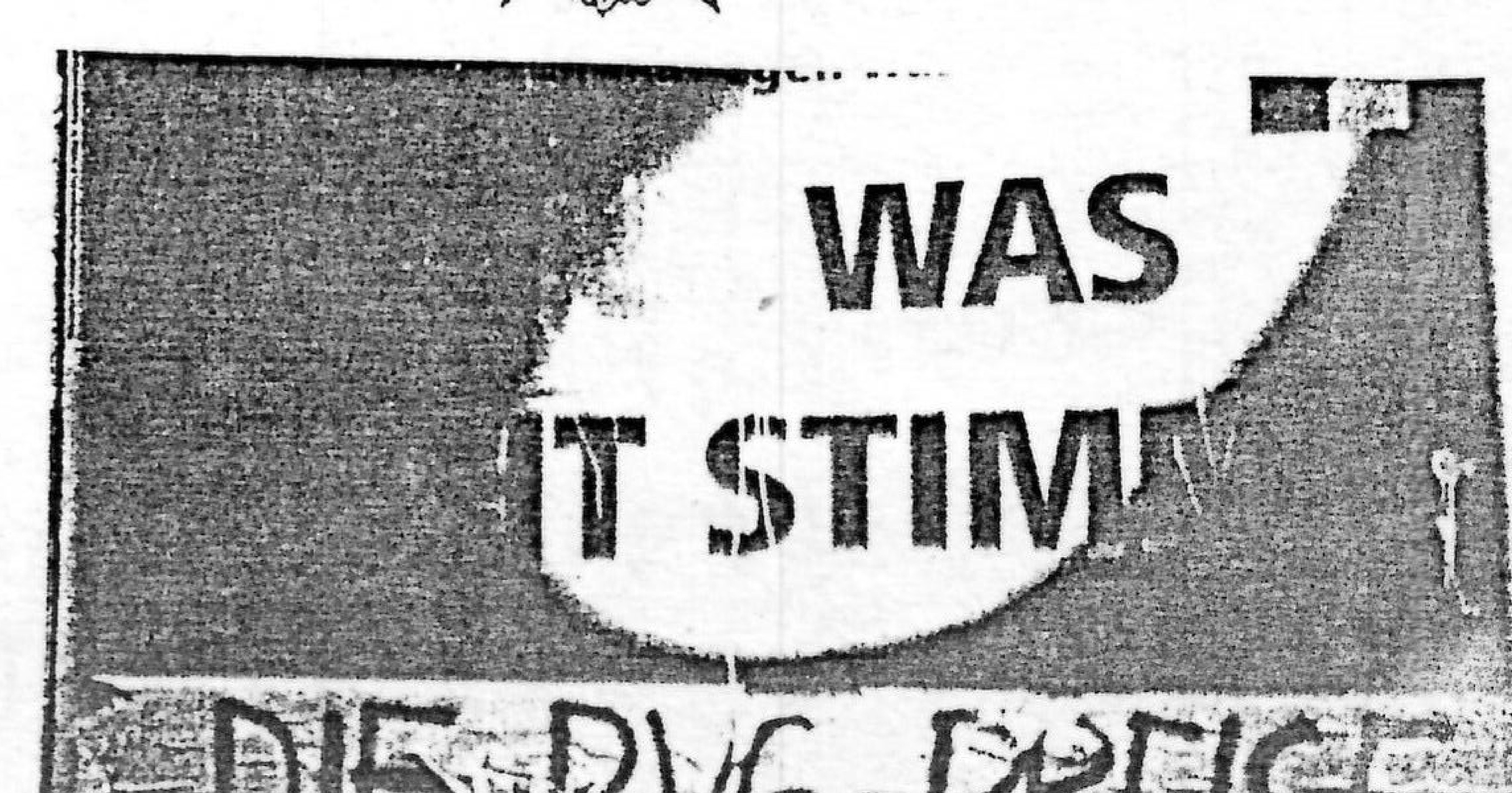
Deshalb haben wir heute die Berliner Geschäftsstelle der Hermes Kreditversicherungs AG in der Jägerstraße 71 besucht und dort unseren Protest mündlich und auch schriftlich an den Hauswänden niedergelegt.

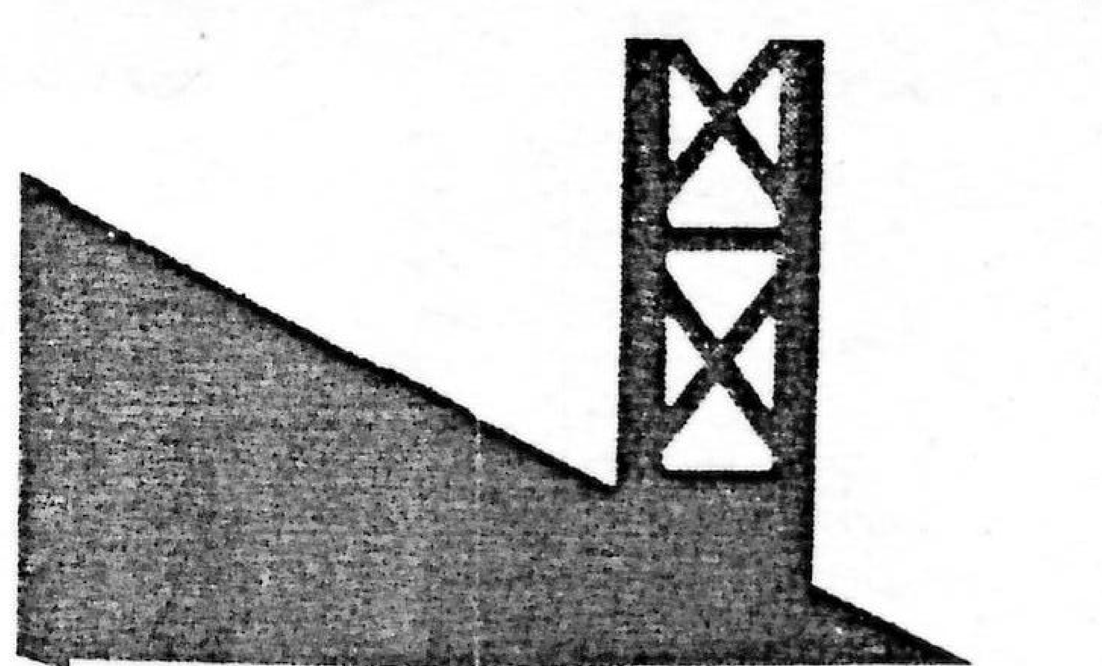
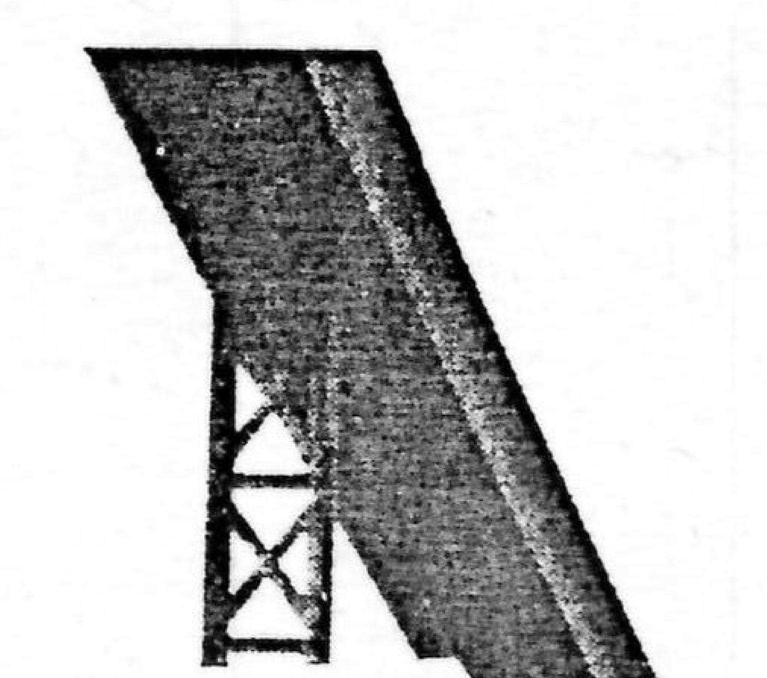
---

an die gemeinnützige siedlungs- und wohnungsbaugesellschaft,
kochstr.22, 10969 berlin
sie haben in der oranienburgerstr.8/wittenau die wohnung 2. stock links an Hans-Werner ROLOFF, tel.:4118059 vermietet . ROLOFF ist landesvorsitzender der DVU und betreibt in seiner wohnung auch das parteibüro. im gegensatz zur offen militant agierenden npd schleicht sich die DVU im schatten der bundestagswahl mit einem parteiprogramm heran, das so von den etablierten parteien abgeschrieben und mit der eigenen braunen soße verrührt wurde, so daß verBILDete einfach gestrickte menschen die DVU wählen könnten, ohne sich als nazi zu fühlen. auf der anderen seite verherrlicht die DVU im "EHRENBUND RUDEL" die kriegsverbrechen der wehrmacht und ist somit auch für r ü h e ' s r e c h t e t r u p p e attraktiv in der "Initiative für Ausländer-Begrenzung" ruft die DVU zum rassenhaß auf. in der nacht 12./13.03.98 haben wir an dem haus, in dem ROLOFF seine kloake hat, einige DVU-feindliche sprüche gesprüht und sein fenster entglast. da auch menschen in dem haus wohnen kamen keine brandeinsätze zum einsatz. hier fängt die verantwortung der GSW an: kündigen sie den mietvertrag mit der DVU-zentrale! ROLOFF darf sich nicht in zivilen objekten verstecken! sollten sie ROLOFF weiter beherbergen, geraten sie in den verdacht die DVU zu unterstützen und mit ROLOFF zu sympathisieren und könnten so selbst zum ziel werden. ROLOFF KRATZ AB! DVU ZERSCHLAGEN!

autonome  miliz





Infoveranstaltung zu dem Mackenrode-Prozeß
Angeklagt sind vier Männer und eine Frau sich im Oktober 1991 am erfolgreichen Angriff auf das FAP- Schulungszentum in Mackenrode bei Göttingen beteiligt zu haben. Ihnen wird u.a. Landfriedensbruch, Körperverletzung sowie in jeweils einem Fall versuchter Totschlag und versuchte Brandstiftung vorgeworfen.
Dieser Prozeß stellt den vorläufigen Abschluß der Kriminalisierungswelle gegen Göttinger Antifas seit 1992 dar, in deren Verlauf auch die 129/129a Verfahren gegen die Antifa M und den Buchladen Rote Straße eingeleitet wurden. Prozeßbeginn ist der 15.April.
Bei der Veranstaltung wird ein Angeklagter anwesend sein. Neben aktuellen Prozessinfos werden Hintergründe zu den Naziaktivitäten in Südniedersachsen Ende der 80er/Anfang der 90er , Formen der Antifaselbsthilfe und den Machenschaften des Staatsschutzes erläutert werden.
Die Veranstaltung findet am 7.4.98 um 20°° im Größenwahn, Kinzigstr.9 H.H. , statt

Jaschbo und Richard müssen raus! Liberté pour Richard et Jaschbo!

Am 18. 3. wurden Jaschbo und Richard in Friedrichshain/Lichtenberg (zusammen mit anderen) verhaftet.
Ihnen wird die Beteiligung an einem Angriff auf das "Cafe´Germania", einen Treffpunkt der Faschisten, vorgeworfen. Nach ihrer Verhaftung wurden sie vermummt den Faschos gegenübergestellt und angeblich wiedererkannt. Die Anklagepunkte gegen sie lauten: "Besonders schwerer Landfriedensbruch", "Körperverletzung" und "Sachbeschädigung".

Am Donnerstag, den 26.3. hatte Jaschbo den ersten Haftprüfungstermin. Obwohl solche Termine unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, kamen viele Leute in der Hoffnung, mit Jaschbo zusammen diesen ekelhaften Ort verlassen zu können.
Der Richter hätte Jaschbo gegen Meldeauflagen und einer 7.500,-DM schweren Kaution erstmal rausgelassen. Daraufhin legte Staatsanwalt FEUERBERG Beschwerde ein. Jetzt geht die ganze Sache zum Landgericht: d.h. für Jaschbo noch mind. 1-2 Wochen Knast.
Der Haftprüfungstermin für Richard steht noch aus. Sollte Jaschbo rauskommen, würde auch Richard erstmal entlassen werden.
Unsere Befürchtung ist jedoch, daß seitens der Sicherheitsapparate ein massives Interesse besteht, beide drinzulassen. Jaschbo ist als politisch aktiver Mensch den Organen nicht unbekannt und bei Richard als Nichtdeutschem greifen die hinlänglich bekannten rassistischen Vorurteile der Justiz.

Die Einknastung von Jaschbo und Richard steht im Zusammenhang mit immer heftigeren Repressionsmaßnahmen gegen Antifaschistinnen. Als Beispiel sei der 14. März genannt: Insgesamt wurden bei Antifademos in Saalfeld und Lübeck über 500 Antifas vorläufig festgenommen; ca. 700 Leute wurden schon im Vorfeld daran gehindert zur Demo in Saalfeld zu gelangen. Im Gegensatz zum Umgang mit den Antifas wurde der Naziaufmarsch in Saalfeld massiv von der Polizei geschützt, den Faschos wurde eine Route am besetzten Haus und am Flüchtlingsheim vorbei genehmigt. In Lübeck wurde der Faschoaufmarsch von 1000 Bullen mit Unterstützung von Räumpanzern und Wasserwerfern durchgeprügelt (vgl. Castor). Erinnert sei auch an den Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße am 18. Januar 1996, bei dem 10 Menschen ums Leben kamen und 38 zum Teil schwer verletzt wurden. Den zunächst dringend tatverdächtigen Grevesmühlener Faschisten wurden geradezu Alibis konstruiert und die Verfahren gegen sie wurden eingestellt.

Die Faschisten, in letzter Zeit einträchtig in der NPD/ JN vereint, können immer offener und massiver ihre rassistische und menschenverachtende Hetze verbreiten. In Zeiten zunehmender sozialer Ungerechtigkeit stoßen die faschistischen Sündenbocktheorien auf immer breitere Zustimmung.

Jaschbo und Richard sitzen stellvertretend für alle, die sich nicht dem herrschenden rassistischen Normalzustand anpassen und dem Erstarken faschistischer Gruppen und ihrem Gedankenungut entgegentreten.

SOLIDARITÄT MIT JASCHBO UND RICHARD UND ALLEN ANDEREN POLITISCHEN GEFANGENEN! LAßT SIE NICHT ALLEIN.

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
K.Nr.7189690600 bei Berliner Bank
Blz.10020000
Stichwort: J&R

gemeinsames Antirepressionbündnis

Nix mehr!

Jetzt auch im Osten

Aktionsaufruf

Es wird akut. Die CASTOR-Transporte vom stillgelegten AKW Rheinsberg (Nordbrandenburg) in das Zwischenlager Nord (Greifswald/Mecklenburg-Vorpommern) rücken in greifbare Nähe. Mit dem ersten Transport kann wahrscheinlich schon im Frühsommer gerechnet werden.
Um den notwendigen Widerstand gemeinsam zu koordinieren, haben sich VertreterInnen der Bürgerinitiativen aus Rheinsberg und Greifswald, das Anti-Atom-Plenum-Berlin, verschiedene Anti-Castor-Gruppen, betroffene BürgerInnen und verschiedene Umweltverbande zusammengefunden.
Die nächste gemeinsame Aktion findet am

19. April 1998 um 13:30 Uhr in Rheinsberg

statt. Wir treffen uns am Bahnhof Rheinsberg, der direkte Verbindungen nach Oranienburg (bei Berlin) hat. Geplant ist der

2. Sonntagsspaziergang.

Der Spaziergang wird **jeden dritten Sonntag im Monat** bis zum eigentlichen Transport oder dessen Absage durchgeführt! Wir wollen mit diesen Sonntagsspaziergängen den notwendigen politischen Druck erzeugen, um eine Absage dieses gefährlichen und unsinnigen Transports zu erzwingen.

Bringt Transparente mit!

Natürlich müssen von uns und von Euch in der Zwischenzeit die Aktionen zum Tag X entlang der Strecke dezentral vorbereitet werden.

Am Tag X werden wir in Rheinsberg gemeinsam unser Recht auf Widerstand wahrnehmen.

Wir setzen, legen und stellen uns gemeinsam quer!

erst in Rheinsberg und dann entlang der gesamten Strecke.

Wir bereiten Campmöglichkeiten bei Rheinsberg vor. Nähere Informationen am 19. April, in den folgenden Aufrufen oder bei u.g. Adresse.

Wir brauchen Euch/Dich: Wir haben gemeinsam in Gorleben protestiert.
Jetzt wird Rheinsberg aktuell.
Kommt massenhaft nach Rheinsberg

Mit Witz, Mut und Phantasie - gegen atomare Energie!

UnterstützerInnen dieses Aufrufs:: Atomkraftgegner Altmark und Anrainer, Bündnis 90/Die Grünen Landesverband Brandenburg, BI Kernenergie Greifswald e.V., Grüne Liga Brandenburg, Kirchlicher Umweltkreis Menz, Koordinationskreis Siemens-Boykott Berlin, Antifa Neuruppin, Bündnis 90/Die Grünen Landesverband M/V, Bernau-Eberswalder Anti-Akw-connection (BEWAAC), Atomplenum Greifswald u.a. weitere UnterstützerInnen sind willkommen

---

Weitere Infos, Einträge in den Postverteiler für Aufrufe, Plakate etc., Aufnahme in die Telefonkette Greifswald.
BI Kernenergie e.V. zur Forderung alternativer Energiekonzepte, c/o Dr. Rosmarie Poldrack, Fleischerstr. 22, 17489 Greifswald, Tel./Fax 03834-892150, dienstl. Tel.: 03834-894655, Fax: 03834-894656
Kirchlicher Umweltkreis Menz, Kirchstr. 1, 16775 Menz

Verhindert den ersten CASTOR-Transport ins Zwischenlager Greifswald/Lubmin!

Noch Nachgefechte um den Castor-Transport

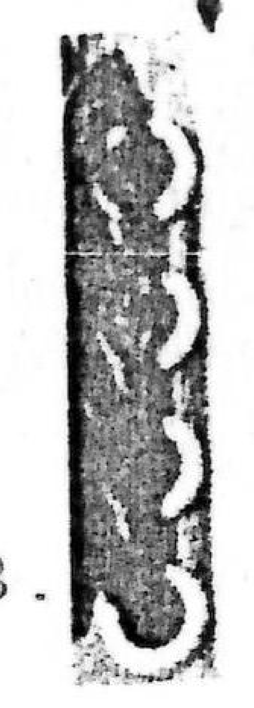
■ Ahauser BI kritisiert „brutale Polizeigewalt". SPD-Fraktionschef lobt „besonnenen Einsatz"

Düsseldorf (taz) – Mit scharfen Worten haben die Anti-AKW-Bürgerinitiativen den Polizeieinsatz beim Castor-Transport in Ahaus bilanziert. Am Ende habe sich die „Konfrontationsstrategie" des Düsseldorfer SPD-Innenministers Franz-Josef Kniola „überall" durchgesetzt und zum Teil zu „brutaler Polizeigewalt" geführt, heißt es in einer Erklärung der Mediengruppe der Anti-Castor-Initiativen. Auch Manfred Laumann von der katholischen Friedensbewegung „Pax Christi" kritisierte das Vorgehen der Polizeikräfte. Demgegenüber sprach SPD-Fraktionschef Klaus Matthiesen am Montag im Verein mit der CDU von einem „klugen und besonnenen Einsatz".

Nach Informationen der BI gab es bis zum Sonntag mehrere Schwerverletzte, darunter einen Demonstranten, dessen Fuß von einem Räumpanzer überrollt wurde. Während die Polizei in einer ersten Stellungnahme den Eindruck erweckt hatte, der Mann habe sich vor das Fahrzeug geworfen, klingt die Schilderung von Augenzeugen ganz anders. Danach fuhr der Räumpanzer am Freitag abend „rücksichtslos" in eine Sitzblockade unmittelbar vor dem Zwischenlager. Entgegen der Darstellung des Polizeieinsatzleiters Haase hat die Polizei doch Tränengas eingesetzt.

Der grüne Landtagsabgeordnete Rüdiger Sagel will dazu jetzt ebenso eine Anfrage im Düsseldorfer Landtag einbringen wie zu dem Knüppel- und Wasserwerfereinsatz. Sagel zur taz: „Ich stand 10 Meter davon enfernt, als Berliner Polizisten Demonstranten mit Knüppel und CS-Gas traktierten." Daß die Berliner Polizei sich nicht an die Linie der Deeskalation gehalten habe, hatte selbst Kniola am Sonntag eingeräumt. Berlins Innensenator Schönbohm (CDU) wies die Kritik gestern ebenso zurück wie die Gewerkschaft der Polizei.

Insgesamt wurden bei dem Castor-Einsatz rund um Ahaus laut Polizei 575 Personen in Gewahrsam und weitere 53 Menschen vorrübergehend festgenommen. **J.S.**



NRW-Grüne: Keine Berliner Polizisten mehr

Berliner Polizisten sollen nach dem Willen von Nordrhein-Westfalens Grünen nicht mehr in diesem Bundesland zum Einsatz kommen. Die Landespartei forderte dies gestern als Konsequenz aus dem Polizeieinsatz beim jüngsten Castor-Transport. dpa

Was ist eigentlich

Castor-Alarm?

Viele, die auch diesmal nicht dabei waren, als hochradioaktiver Atomschrott längs durch die BRD in ein sogenanntes Zwischenlager rollte, fragen sich vielleicht, was den Widertsand gegen die Atomenergie so spannend macht. Und viele, die auch diesmal wieder dabei waren, wissen jetzt genauer, was es heißt, wenn der Staat seine Strategie der sogenannten Deeskalation erfolgreich durchzieht, wie NRW-Innenminister Kniola im Anschluß an den Transport im WDR verkündete. Ein paar Antworten aus persönlicher Erfahrung vom Castor-Alarm im Ahauser März 98:

Kommt man/ frau im Widerstandscamp zu geruhsamem Schlaf?

Eigentlich nicht. Als ich mich am Freitag gegen vier Uhr früh auf meine Isomatte ins von solidarischen Bauern angekarrte Stroh bettete, wurde ich von den megagephonten Weckrufen für die gewaltfreien SitzblockiererInnen von „X-tausendmal-quer" am Einschlafen gehindert. Vorher waren meine spontan gebildete Bezugsgruppe und ich auf einer kleinen Erkundungstour durch die anliegenden Felder & Wälder von zwei Taschenlampen aufgeschreckt worden. Die Schienen hatten wir nicht erreicht. Von acht geplanten Camps waren fünf schon im Vorfeld verboten worden, von den drei übrigen wurden zwei am frühen Abend geräumt. Dementsprechend voll wurde es noch im Laufe der Nacht. So mußten die Polizeihubschrauber nur ein einziges Zeltlager permanent überfliegen, Scheinwerfer und Propellergeräusch waren einer erholsamen Nachtruhe natürlich auch nicht gerade zuträglich.

Ist auf die Sicherheitskräfte wirklich verlaß?

Im Grunde schon. Nach einem Kaffee und drei Stunden Schlaf (s.o.) machte ich mit einer neu und ebenfalls ad hoc gebildeten Kleingruppe die erste Probe aufs Exempel. Auf dem Weg zur Innenstadt, wo die Gewaltfreien inzwischen einen Bahnübergang mit 400 Leuten besetzt hatten, lagen die Schienen auf freiem Feld vor uns. Der Test begann mit ruhigem Schritt in Richtung Gleis, woraufhin sich die Tür der nächst gelegenen Bullenwanne öffnete und etwa zehn BeamtInnen sich in Laufschritt zur Verstärkung ihrer alle zehn Meter postierten KollegInnen aufmachten. Dann ein kleiner Spurt unsererseits, und sieh an, wir erreichten zuerst die Bahntrasse und konnten ätsch rufen und lachen. Aber die Sicherheitskräfte waren auch nicht schlecht und gleich zur Stelle, versuchten, mir den Schal vom Gesicht zu ziehen, schubsten uns die Böschung runter und erteilten uns einen entschiedenen Platzverweis. Daß der etwas unklar für die nächsten zehn, fünfhundert bzw. tausend Meter gelten sollte, war sicher ihrer leichten Anfangsnervosität geschuldet. Der Spaß mit der nervösen Verfassung schwerbewaffneter StaatsdienerInnen hörte jedoch erst später am Tage auf und wandelte sich zu, naja, tatsächlich blutigem Ernst.

Sind die vielgefürchteten Reisechaoten tatsächlich so gefährlich?

Andererseits ist eben doch kein Verlaß auf exekutive Monopolgewalt. „Hier spricht ihre Berliner Polizei" hieß es dann am Nachmittag. Münsters grüner Polizeipräsident Wimber hatte noch gesagt, wer friedlich ein Gleis blockiere, dem oder der drohten keine Schlagstöcke. Das war natürlich gelogen. Abgesehen davon, daß Schlagstöcke auch ohne Einsatz durchaus zu drohender Wirkung angetan sind, zumal wenn sie, wie diesmal, dreißigtausendfach auftreten und im Verbund mit Pistolen, Schildern, Machinengewehren, Helmen, Räumpanzern, Wasserwerfern, Hubschraubern, Gummigeschossen und, wie bei Beamten des Sondereinsatzkommandos (SEK), mit Potenz suggerierend albernen Sackschonern auftreten. Wimbers hauptstädtische Untergebene meinten jedenfalls zu den BlockiererInnen, als die das Gleis nicht verlassen wollten: „Sollten sie der Aufforderung nicht Folge leisten, wird es zu Schlagstockeinsätzen und zur Anwendung körperlicher Gewalt kommen". Bis dahin war kaum ein Grasbüschel in Richtung Bullen geflogen.

Lassen sich Gefangenentransporte aufhalten?

Schlecht. Noch vor dem großen Finale am Bahnübergang der Südstrecke setzten meine Bezugsgruppe und ich aber unsere kleinen Provo-Aktionen fort, um die Sicherheitskräfte auf ihren Anspruch hin zu prüfen (s.o.). Unter anderem kamen uns auf einem Weg in die Innenstadt die meisten der 400 GleisbesetzerInnen entgegen, jetzt allerdings in grünen Bussen sitzend und mit Plastikhandschellen statt an Schienen gefesselt. Wir können jedenfalls einige Busse zum anhalten bringen, werden von Grenzschützern von der Straße geschubst und N. zieht sich bei so einer Gelegenheit eine Prellung zu, die den Rest des Tages schmerzt. Und der dauert noch lang & heftig.

Da war es noch nicht 14Uhr und der Castor gerade zwischen Warburg und Paderborn, oder so. Das ist dann auch so die Zeit, wo die Gesichtsblässe ihre Pendants im ganzen Körper ausbreiten läßt. Rückenschmerzen setzen ein, die Beine bewegen sich eh nur noch mechanisch. Wir haben eben nicht das Glück, unsere Einsatzgruppen immer mal wieder austauschen zu können. Der Zustand also, wo das die Ungerechtigkeiten sind, die in Momenten wie diesen lange vor Atommafia & Staatsgewalt das Bewußtsein beschäftigen.

Was passiert eigentlich mit AKW-GegnerInnen, die während der Gleisblockade auf Bäume entlang der Fahrtstrecke geklettert sind?
In der Innenstadt befanden sich plötzlich einige hunderte oder gar tausende Menschen, die gemeinsam zum Gleis zogen und sich drauf setzten. Es dauerte Stunden, bis die Schienen freigeknüppelt waren. Gleichzeitig wurden die Demonstrierenden von den umliegenden Feldern gekämmt. Nur an einer von den vier Seiten, die den Bahnübergang rahmten, war noch ein Hügel entlang der Strecke von Castor-GegnerInnen gekrönt. Für bzw. gegen die wurden dann später die Wasserwerfer bemüht, die am nächsten Tag auf der Titelseite der *Süddeutschen* plaziert waren. Was ließen sich die tapferen Atomstaat- und ZugbeschützerInnen einfallen, um ihre GegnerInnen von den Bäumen zu holen? Sie sägten sie ab. Während der Sitzblockade hatten es sich einige Anti-CastorianerInnen in den Ästen der Trassenbotanik bequem gemacht. Nicht allzu lange Zeit später saßen sie dort allein, mitten in einer Bullensperrzone. Unbequem sah es aus, als die motorsägenbehandelten Bäume ihre besetzten Wipfel ruckartig neigten. Ihre BesetzerInnen wurden abgeführt und zu den insgesamt über siebenhundert Eingesperrten ins benachbarte Coesfeld gebracht. Die meisten wurden erst am nächsten morgen freigelassen.
Dann flogen wieder fünf, sechs Hubschrauber mehrere Kreise über die Wiese, landeten, setzten sicherheitshalber etwa je 20 AuswechselspielerInnen ab, die dann im Gleichschritt zum Schieneneinsatz über das Spielfeld trabten.

Was ist eigentlich Deeskalation?
Nichts von Bedeutung. Die plötzliche Vorverlegung des Transporttermins traf die Anti-AKW-Bewegung empfindlich in der eigentlichen Vorbereitungsphase, die Räumung der Camps zwang die Infrastruktur des Widerstands in ganz neue, behelfsmäßig errichtete Zustände. Wir MünsteranerInnen hatten dabei mit einer knappen Autostunde Entfernung noch einen deutlichen Standortvorteil. Der bescherte u.a. das Glück, an allen möglichen Gleisabschnitten immer wieder Bekannte & GenossInnen zu treffen. In allen Krisengebieten eine durchaus unterstützende Angelegenheit.
Wasserwerfereien, mit Knüppeln austickende Grenzschützer, die penetrante audiovisuelle Hubschrauberpräsenz und der Showdown mit den anrollenden Castor-Behältern im scheinbeworfenen Halbdunkel: Deeskalation steht für die stufenweise Herabsetzung der eingesetzten Mittel in politischen und/ oder militärischen Auseinandersetzungen und damit für den stufenweisen Raub des allgemein gebräuchlichen Bedeutungsgehaltes der eingesetzten Begriffe.

Machen wir dem Atomstaat den Garaus?
Nicht wirklich. Als widerstandslose Alternative zu Gorleben scheidet Ahaus zwar aus, dennoch verbuchten auch Staatsdiener und -herren diese Brennstäbereise als Erfolg. Es ist eine pluralistische Frechheit, daß sogenannte JungsozialistInnen am nächsten Tag mit SPD-Fahnen zur Großdemo in Münster auflaufen. Der Staat, der seine dem angeblich postmodernen Schwinden ausgesetzte Macht mit Atomtransporten rituell manifestiert, braucht seine aufrechten DemokratInnen - „Wir wollen den friedlichen Protest", Kniola (SPD) - wie seinen Polizeiapparat.
Mit der Erstürmung des letzten Hügels durch eine Bullenstaffel ist die Streckenkontrolle vorerst sichergestellt. Daß sie „ihrer Polizei" gegenüber standen, werden im Nachhinein die wenigsten derer, die dabei waren, noch glauben können. Auch wenn die *taz* „Castor durchgeprügelt" titelt, läßt die spektakelfixierte Berichterstattung von Angst Ohnmacht Hass nichts übrig oder rüberkommen. Wie sind wir denn drauf? Daß die hegemoniale Mischung aus Businessman und John-Wayne-Verschnitt sich in der Existenzweise der Widerständler breit gemacht hätte, kann ich wirklich nicht behaupten. Ganz gleich, ob ich vorher je so viele abgefuckte Typen mit Handy auf einem Haufen gesehen hätte oder nicht (- hab ich nicht.).

Plot Passenger

Ich sage euch: tanzt-tanzt! Vor allem: aus der Reihe!!



Thesen zur aktuellen Auseinandersetzung gegen die Atomtechnologie.

von Fritz Storim

Atomtechnologie heißt Verletzung und Mord an vielen Millionen Menschen!

Das Streben nach weltweiter politischer und ökonomischer Vorherrschaft, nationalistische Überheblichkeit und wissenschaftlicher und technologischer Machbarkeitswahn waren und sind die Rechtfertigungen für grausame Verletzungen und Mord an mehreren Millionen Menschen durch radioaktive Strahlung.

Hiroshima, 6. Aug. 45, Nagasaki, 9. Aug. 45, auf beide Städte werfen die USA eine Atombombe. Geschätzte Tote bis Ende 46 zusammen 230 000, an den Spätfolgen starben bis Ende 81 zusätzlich ca. 150 000 Menschen. Auch jetzt erkranken und sterben immer noch Menschen an den Folgen. Für die PolitikerInnen eine Machtdemonstration - speziell gegenüber der UdSSR -, für die WissenschaftlerInnen ein Freilandexperiment an konkreten lebenden und toten "Objekten".
(Die Zahlen sind als Größenordnungen zu verstehen, die auf das Ausmaß der Bedrohung einerseits und auf die Skrupellosigkeit andererseits, mit denen politische und ökonomische Interessen durchgesetzt werden, hinweisen sollen. Die wirklichen Auswirkungen sind durch Zahlen gar nicht zu erfassen.)

Seit 1945 wurden bei ober- und unterirdischen Atomexplosionen (2047 Tests, durch die USA davon 1051; Stand 17. Aug. 95) gewaltige Mengen Spaltprodukte in die Biosphäre freigesetzt; das entspricht mehr als 40 000 Hiroshima-Bomben. Emissionen aus Atomkraftwerken, die auch größere Unfälle wie "Three Miles Island" (1979) und "Tschernobyl" (1986) einschließen, erhöhen die Gesamtbelastung noch, die zu einem erheblichen Teil aus langlebigen radioaktiven Isotopen besteht, die sich Tausende von Jahren in der Stratosphäre halten.
Der sichere Betrieb von Atomkraftwerken, und die sichere Entsorgung von Atommüll sind bisher gänzlich ungelöst und nicht vorstellbar.
Einen Genzwert für die Verträglichkeit radioaktiver Strahlung gibt es nicht. Die Ideologie der Grenzwerte soll über das tödliche Risiko hinwegtäuschen. Weltweit werden weiterhin viele Millionen Menschen durch die Aufnahme dieser Spaltprodukte verletzt und ermordet werden.

Widerstand und gesellschaftliche Utopie als dialektische Einheit.

Atombomben/AKWs lassen sich nicht als isolierte gesellschaftliche Erscheinungen, als bloße gesellschaftliche Auswüchse verstehen, sondern sind bewußter und konsequenter Bestandteil dieser herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse.

Die ökonomische/politische Macht der "Freien Sozialen Marktwirtschaft" des Kapitalismus beruht auch auf der Ausplünderung der Quelle menschlicher Arbeitskraft und "Natur". Der Mensch als "Naturwesen" ist von bestimmten ökologischen Bedingungen abhängig und genau diese werden aber durch die kapitalistische Produktionsweise vernichtet. Das bedeutet, die ökologische Frage wird nur im Zusammenhang mit der sozialen gelöst werden können - durch den Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse!
Das heißt für die ökologische Bewegung, daß sie sich weder auf ausschließlich regionale noch ausschließlich fachspezifische (gegen AKW, Zwischenlager, Atombombe, Gentechnologie, Bioethik, ...) Kämpfe beschränken kann, will sie die Fragen an der Wurzel packen und sich nicht damit zufrieden geben, das Problem vor der eigenen Haustür zu "lösen" - das wird immer nur eine kurzfristige Scheinlösung sein - und dann jedes Problem immer wieder neu!

Und die Kritik an Atomtechnologie wird nur im Kontext gesamtgesellschaftlicher Auseinandersetzung und der permanenten Suche und Umsetzung eigener >>Utopie einer menschlichen Gesellschaft<< <u>längerfristig</u> erfolgreich sein:
Es geht uns eben nicht nur um die Beseitigung der Atomtechnologie, sondern wir kämpfen gegen Atomtechnologie als <u>ein</u> Erscheinungsbild der herrschenden menschenverachtenden Verhältnisse und für eine Gesellschaft, in der nicht die ökonomische Rationalität, sondern der Mensch im Mittelpunkt steht. Was wir darunter verstehen, das müssen wir gemeinsam herausbekommen (Begriff von Herrschaftsfreiheit, Solidarität, Autonomie, Kollektivität und Selbstbestimmung, Gewalt,.Recht, ...). Geht es uns <u>darum</u>, kommen wir nicht umhin, unseren Widerstand gegen Atomtechnologie, Rassismus, Faschismus, Patriarchat, Warencharakter der Gesellschaft und unseres Lebens und der Arbeitskraft, Privateigentum, gesellschaftliche Selektion und Normierung, ... als Einheit zu begreifen.

Was nicht bedeutet, daß Staat und Industrie nicht zumindest regional, aus taktischen Erwägungen heraus, auf Atomenergie verzichten werden - falls der Loyalitätsschwund in der Bevölkerung für sie zu groß wird - auch ohne daß sie sich dadurch grundsätzlich in Frage stellen lassen (z.B. konnten das AKW in Wyhl, der Schnelle Brüter in Kalkar, die WAA in Dragahn, die WAA in Wackersdorf, der Hochtemperaturreaktor in Hamm-Uentrop, die WAA in Gorleben, die MOX-Brennelementproduktion in Hanau, der Weiterbau der AKW in Stendal, ... und der größte Teil des geplanten Atomprogramms in der BRD verhindert werden).
So kann es wohl eintreten, daß wir das Zwischenlager oder die Castor-Transporte in Gorleben verhindert haben, dennoch auch eine politische Niederlage erlitten haben!
Wobei es mir aber noch offen erscheint, ob SIE momentan im Rahmen der "Neuen Weltordnung" weltweit auf Atomtechnologie verzichten können, ohne auch die eigenen Machtstrukturen grundsätzlich in Frage zu stellen.

Eigener Begriff von "Recht" und "Gewalt", "Autonomie" als gesellsch. Utopie.

Die Kraft der Anti-AKW-Bewegung ist auch daraus entstanden , daß so viele Menschen - und das ohne schlechtes Gewissen (das, nachdem alle Versuche der Argumentation auf Erörterungsterminen, vor Gerichten, auf Veranstaltungen mit VertreterInnen der Atomindustrie und PolitikerInnen gescheitert waren) - z.B. gesagt haben:

- >>Radikale werden nicht geboren, sondern von der Umwelt produziert<<, oder

- >>Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht<<, oder

- >>Wenn <u>das</u> Gesetz sein soll, was unser Leben zerstört, dann haben wir ein Recht, dieses Gesetz zu brechen<<, oder

- >>kriminell sind die, die AKWs bauen und nicht die, die sie zu verhindern suchen<<, oder

- >>Es ist legitim, den Bauplatz zu besetzen<<, oder

- >>Die Region, in der das AKW gebaut wird, zum Feindesland für die Verantwortlichen und damit unregierbar zu machen<<.

Materieller Schaden ist meist verhältnismäßig leicht zu ersetzen, aber der Verlust an politischer Glaubwürdigkeit, der Verlust an politischer Legitimität staatlichen Handelns führt zum Loyalitätsschwund der Bevölkerung den politisch Mächtigen gegenüber und führt dazu, den herrschenden Vorstellungen von Recht und Gewalt eigene Vorstellungen von Legitimität und Widerstand entgegenzusetzen

("Filbinger (damaliger Ministerpräsident von Baden-Württemberg) hat gesagt, das Schlimmste bei Wyhl war, daß die Bauern und Winzer ein so verteufelt gutes Gewissen hatten, wenn sie die geltenden Gesetze brachen". (Jens Scheer, auf einer Kundgebung am 24.9.77 in Kalkar)). Dazu, und auch, um mit Menschen mit verschiedenen politischen Vorstellungen gleichberechtigt zusammenarbeiten zu können, war es nötig eigene Begriffe/Organisationsformen von Selbstbestimmung, Kollektivität, Autonomie, Herrschaftsfreiheit und Solidarität zu entwickeln.
Dies ist es, was uns für diesen Staat unbegreiflich, unkontrollierbar macht, uns so antiparlamentarisch und antistaatlich werden läßt. Viele von uns sind über sich selbst erstaunt, wenn sie sich mit solcher Selbstverständlichkeit als Staatsfeinde wiederfinden.

"Gewaltfreiheit", "Ziviler Ungehorsam".

Unbestritten ist es ist sicher immer klug, einer Konfrontation aus dem Weg zu gehen, aus der wir absehbar nicht erfolgreich herauskommen werden, die uns politisch schadet, und wenn wir uns nicht in eine Falle locken/provozieren lassen. Bloß darüber wird es vermutlich oft sehr unterschiedliche Meinungen geben. Und wir müssen an Kommunikationsformen arbeiten, so daß wir die unterschiedlichen Meinungen nachvollziehbar machen, sie gegenseitig respektieren und so - auf einer nichtfunktionalen, nichttaktischen sondern offenen Ebene - gemeinsame Handlungsvorstellungen entwickeln können oder auch verschiedene Formen des Widerstandes nebeneinander stehenlassen können.

Aber, zumindest nach meinen Erfahrungen, führt es in die Resignation, wenn Menschen sich zum Opfer machen, sich dem Gegner ausliefern und gerade ihre Wehrlosigkeit und Passivität als Stärke begreifen, als moralischen Sieg feiern und propagieren, manchmal selbst damit kokettieren, Passivität und Opferhaltung zum politischen Konzept machen.

Das Opfer sagt, ich wehre mich nicht, dadurch setze ich den, der gegen mich Gewalt (?) anwendet, ins Unrecht (?). Und ab diesem Augenblick braucht der Knüppel längerfristig nicht mehr eingesetzt zu werden - es reicht die Androhung, das Opfer hat den erhobenen Knüppel bereits verinnerlicht.
Hier ist es dem Staat nicht nur gelungen, Menschen über seine "ausführenden Organe", Knüppel, Maschinenpistolen, ... Gewalt anzutun, sondern auch ihre Köpfe, ihr Denken, Fühlen und Wollen zu beherrschen.
Das Sichwehren gegen Gewalt wird dann als Einlassen auf die "Provokationen der Polizei" verurteilt und somit den Menschen, die dies tun, jedes selbstbestimmte Handeln abgesprochen.
Oder es wird gar behauptet, es diene im Endeffekt nur den Herrschenden, die das als einen willkommenen Anlaß nehmen, alle Anti-AKW-GegnerInnen als "Gewalttäter" und "Chaoten" abzustempeln und das wiederum für den Abbau demokratischer Rechte nutzen. Von hier ist es nur noch ein kleiner Schritt zu der Behauptung, daß diese Aktionsformen direkt von den Herrschenden durch ihre Provokateure in Szene gesetzt werden und all jene, die sich nicht an die verordnete "Gewaltlosigkeit" halten als solche zu diffamieren. Die Aggressionen richten sich dann oft gegen die, die sich gegen die herrschenden Verhältnisse militant wehren.

Diese Argumentation macht sich die Sichtweise/Moral /Demagogie der Herrschenden zu eigen und verhält sich darin opportunistisch und widerspruchsfrei, verzichtet auf eine eigene Begrifflichkeit von Gewalt, Recht und Widerstand, kann auch keine eigene Begrifflichkeit der Gewaltverhältnisse entwickeln.

Das zeigt sich auch in der Aufforderung, zu unserem Widerstand offen und öffentlich namentlich zu stehen, mit offenem Visier zu kämpfen; mit den Bullen, den AKW-Betreibern u.s.w. in Dialog zu treten, um sie zu überzeugen, daß sie im Unrecht sind. Das setzt die eigene Begrifflichkeit von Recht und Unrecht auch für den Gegner als "wahr" voraus und appelliert an seine Fairness.
Aber es gibt keinen ergebnisoffenen Dialog, und es ist kein sportlicher Wettkampf, der hier stattfindet, sondern tödlicher Ernst - und wir haben uns das nicht ausgesucht!

Aufklärung/Information.

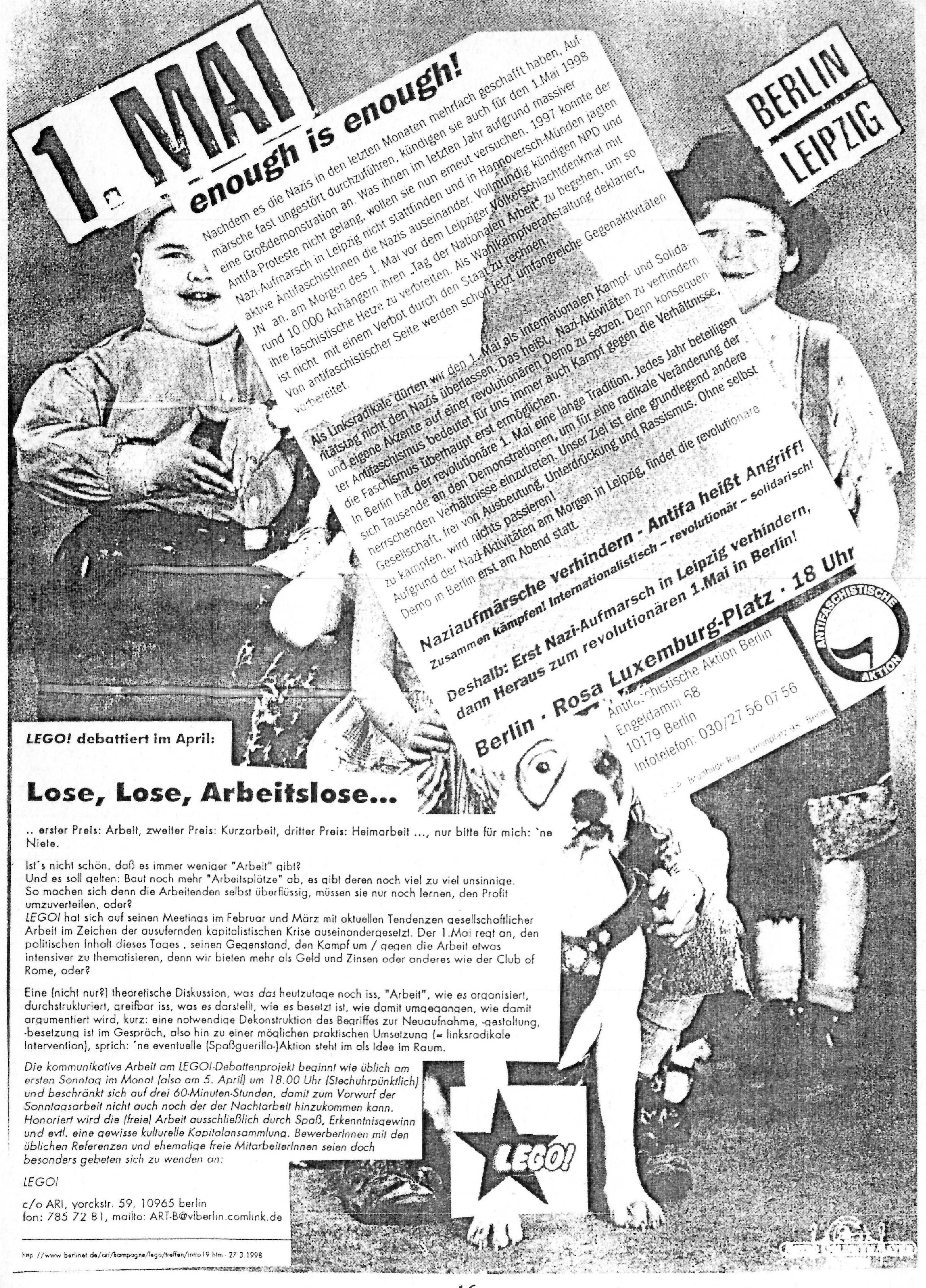
Appelle an die Vernunft (wessen Vernunft?), um die Entwicklung zu stoppen?
Fehlende Information, Aufklärung sind schon lange nicht mehr das Problem dieser Gesellschaft!
Bloße Aufklärung bewegt in einer Gesellschaft, in der Herrschaft weitgehend anonymisiert - es gibt scheinbar keine Verantwortlichen, keine Schuldigen - und somit immer schwerer (be-)greifbar ist, kaum noch etwas. Einerseits wird versucht, jede Kritik unter der Decke vermeindlicher Sachzwänge zu ersticken oder im Rahmen von Modernisierung zu integrieren, andererseits ist das Gefühl, eingreifen, gestalten, verwirklichen zu können, dem Gefühl der zunehmenden Unwirklichkeit, einer entgleitenden Wirklichkeit, einer virtuellen, simulierten Wirklichkeit, in der das "Reale" in seiner medialen Aufarbeitung verschwindet (Jean Baudrillard) gewichen. Das ist die Ideologie des "Zeitgeistes" der Postmoderne und äußert sich in Resignation und Schicksalsergebenheit; Es geht lediglich um das Durchbeißen, um das individuelle "Glück", um im Rahmen der vermeintlich von außen unumstößlich festgelegten Bedingungen, in einem vorgegebenen und akzeptierten Spielraum, das Beste für sich rauszuholen. Nur, dieser Weg, der zur Aufgabe jeglicher Selbstbestimmtheit und kollektiven Handlungsmöglichkeit und Kommunikation, in die totale Vereinzelung und Funktionalisierbarkeit für Fremdinteressen führen wird oder weitgehend schon geführt hat, wird sich als Täuschung und Selbsttäuschung herausstellen - was nicht heißt, daß die Erfahrung und Erkenntnis darüber von innen noch stattfinden: Das bedeutet das Ende kollektiver Lebensentwürfe und gesellschaftlicher Utopie und suggeriert Zwangsläufigkeit und Unausweichlichkeit!

"Kommunikation" als Sabotage an den herrschenden Verhältnissen.

Menschen neu für den Widerstand zu gewinnen, wird uns kaum über Angst und Horror gelingen. Ziehen wir uns den Horror rein: radioaktive Belastung, Kriegsvorbereitung, Waldsterben, Verseuchung von Luft, Wasser, Boden und Lebensmitteln, Genmanipulation, Reproduktionsmedizin, Bioethik, "Neue Euthanasie", "Neue Eugenik", gesellschaftliche Normierung und Selektion, Kontrolle aller Lebensbereiche, Entfremdung, Lohnarbeit, Krieg, Nationalismus, Rassismus, Sexismus, ..., so scheint vielen Menschen nichts anderes übrig zu bleiben, als den Kopf in den Sand zu stecken, zu verdrängen und zu resignieren, einen Freiraum, ein Reservat zu suchen und sich zu arrangieren.
Wobei diese ganze Entwicklung, als eine Entwicklung, hinter der Absicht/Kalkül steckt, weitgehend auch nicht mehr wahrgenommen wird und über die Verinnerlichung dieser Verhältnisse von uns selbst wiederum unterstützt wird (s. These X).

Wissen und Analysen/Theorien sind so lange tote Buchstaben, so lange sie nicht auch eine praktische Perspektive für die Veränderung des Alltags, der Kommunikation, der Beziehungen und der Subjektivität beinhalten. Das heißt auch, daß z.B. die >>Stillegung aller AKW<< von uns nicht nur als technisches Ziel behandelt werden sollte (s. These IV. und V.), sondern, daß es uns vor allem auch darum gehen sollte, wie wir diese Ziele erreichen, was sich dabei unter uns und bei uns selbst verändert:
Gesellschaftliche Vereinzelung ist eine Grundlage von Herrschaft: Kontrolle, Steuerung, Zerstörung von Individualität, ...
"Kommunikation" als Sabotage an den herrschenden Verhältnissen entsteht überall da, wo Menschen versuchen, Auseinandersetzungen zu führen, um sich einen Begriff von Herrschaftsfreiheit und Solidarität anzueignen.

v.i.d.a.p
M. [illegible]
C/O [illegible] für [illegible] des AZ
[illegible] 34
[illegible] Wuppertal



LEGO! **debattiert im April:**

Lose, Lose, Arbeitslose...

.. erster Preis: Arbeit, zweiter Preis: Kurzarbeit, dritter Preis: Heimarbeit ..., nur bitte für mich: `ne Niete.

Ist´s nicht schön, daß es immer weniger "Arbeit" gibt?
Und es soll gelten: Baut noch mehr "Arbeitsplätze" ab, es gibt deren noch viel zu viel unsinnige.
So machen sich denn die Arbeitenden selbst überflüssig, müssen sie nur noch lernen, den Profit umzuverteilen, oder?
LEGO! hat sich auf seinen Meetings im Februar und März mit aktuellen Tendenzen gesellschaftlicher Arbeit im Zeichen der ausufernden kapitalistischen Krise auseinandergesetzt. Der 1.Mai regt an, den politischen Inhalt dieses Tages , seinen Gegenstand, den Kampf um / gegen die Arbeit etwas intensiver zu thematisieren, denn wir bieten mehr als Geld und Zinsen oder anderes wie der Club of Rome, oder?

Eine (nicht nur?) theoretische Diskussion, was *das* heutzutage noch iss, "Arbeit", wie *es* organisiert, durchstrukturiert, greifbar iss, was *es* darstellt, wie *es* besetzt ist, wie damit umgegangen, wie damit argumentiert wird, kurz: eine notwendige Dekonstruktion des Begriffes zur Neuaufnahme, -gestaltung, -besetzung ist im Gespräch, also hin zu einer möglichen praktischen Umsetzung (= linksradikale Intervention), sprich: ´ne eventuelle (Spaßguerilla-)Aktion steht im als Idee im Raum.

Die kommunikative Arbeit am LEGO!-Debattenprojekt beginnt wie üblich am ersten Sonntag im Monat (also am 5. April) um 18.00 Uhr (Stechuhrpünktlich) und beschränkt sich auf drei 60-Minuten-Stunden, damit zum Vorwurf der Sonntagsarbeit nicht auch noch der der Nachtarbeit hinzukommen kann. Honoriert wird die (freie) Arbeit ausschließlich durch Spaß, Erkenntnisgewinn und evtl. eine gewisse kulturelle Kapitalansammlung. BewerberInnen mit den üblichen Referenzen und ehemalige freie MitarbeiterInnen seien doch besonders gebeten sich zu wenden an:

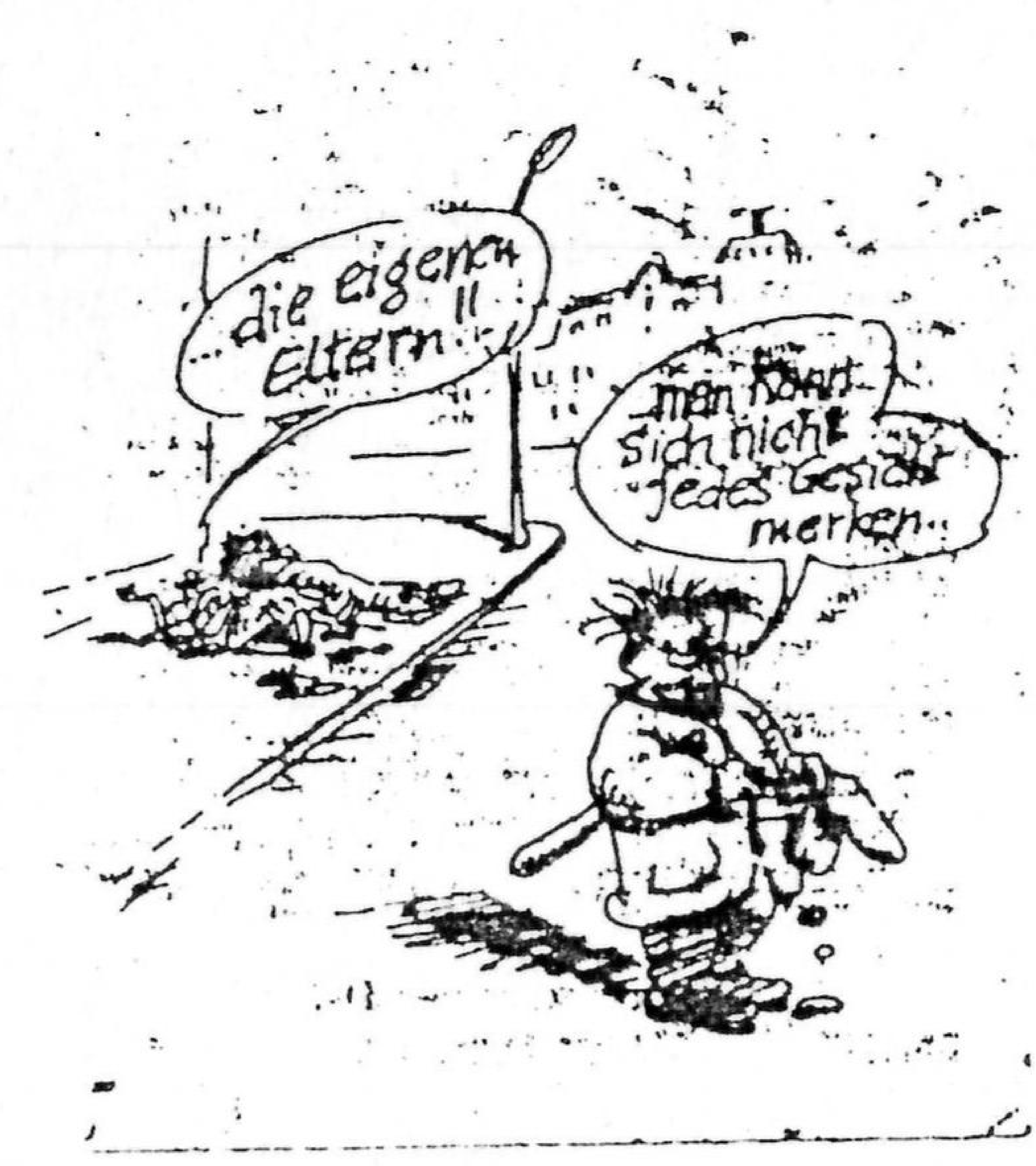
LEGO!

c/o ARI, yorckstr. 59, 10965 berlin
fon: 785 72 81, mailto: ART-B@viberlin.comlink.de

http://www.berlinet.de/ari/kampagne/lego/treffen/intro19.htm - 27.3.1998

Das System ist faul, nicht der Arbeitslose !

I. Mai 98 - Soziale Revolution kosmosweit - Sozialrevolutionärer Block subito



Zum Ausklang des Millenniums hat der Kapitalismus nicht nur seine „Systemkonkurrenz" verloren, sondern verfestigt sich als alternativlose Vorstellung in beinahe allen Köpfen. Er bestimmt immer mehr den sozialen Austausch und verunmöglicht jeden Emanzipationsversuch. Widerstand für eine wirklich befreite Gesellschaft ist nicht mehr vermittelbar unter Bedingungen, die Freiheit erscheinen lassen als den möglichst ausgedehnten Gebrauch von Handy und Bankcard. Glücklich, wer nur mit Vereinzelung zahlt, wo der Wert des Menschen von seiner Ausbeutbarkeit abhängt. Chancenlosigkeit auf dem Arbeitsmarkt bedeutet in Abstufung immer auch Verlust von Selbstwert - mensch erlebt sich als Kostenfaktor, ohne den es anderen besser gehen würde. Wer ganz tief fällt, erfährt Wahrnehmung nur noch durch **aggressives Betteln**. Jede Perspektivlosigkeit ist Resultat des Systems - ist Resultat der Verfügungsmacht von Menschen über Menschen.
In vielfacher Hinsicht erlebt der Mensch systematisch seine Entwertung: Das Menschenbild der NS-Rassenhygiene wird mit Hilfe einer abstrusen Bioethik modernisiert. Sie wird möglicherweise zu einer Propaganda, mit der die Gentechnik gesellschaftlich durchgesetzt werden könnte. Mit ihr kommen faschistische Kategorien, wie die des „werten" und „unwerten Leben" auf High-Tech Niveau zurück.
Die Medien, vierte Gewalt *des* Systems, nerven uns in Focus, Spiegel und auf nahezu allen „Kanälen" mit marktwirtschaftlicher „Vernunft", unisono tönt es:

- Wir hätten Abschied zu nehmen von den Tarifsicherheiten der „fetten Jahre". Die Vernunft erfordere Elendslöhne auch in hochindustrialisierten Zentren.
- Arbeitslosigkeit sei individuelles Unvermögen. Es gebe keine Systemkrisen, sondern nur Gewinner und Verlierer
- Arbeit müsse sich wieder lohnen. Bei sinkenden Reallöhnen können erwerbslose „Schmarotzer" kein menschenwürdiges Leben mehr erwarten.
- Kein Asyl für Wirtschaftsflüchtlinge! Zu viert auf 16 qm war zu bequem, sie besetzten den für heimische Loser vorgesehenen Wohnraum und nahmen denen die Sozialhilfe weg. Die Fremden sollen bleiben, wo „unsere" Monokulturen (Kaffee, Tee, Kakao, Diktaturen) blühen.
- Wir bräuchten eine konkurrenzfähige Leistungsgesellschaft! Soziale Abstiegsangst motiviert. Mit den von Schokolade und billigem hormonverseuchten Fleisch dickgewordenen Arbeiter/innen ist der Standort Deutschland nicht zu halten. („Fit for fun" - die neuformulierte „Kraft durch Freude" - Parole).

Don´t Panic!!! Der Unwahrscheinlichkeitsdrive der Geschichte ist auf unserer Seite

Auch wenn wir nicht wissen, wie wir das Ruder herumreißen sollen oder fast ohnmächtig staunend den Weltengang betrachten. Was solls?! Oder mit den Worten des „Per Anhalter durch die Galaxis": „Es gibt eine Theorie, die besagt, wenn jemals irgendwer genau rausfindet, wozu das Universum da ist, dann verschwindet es auf der Stelle und wird durch etwas noch Bizarreres und Unbegreiflicheres ersetzt. Es gibt eine andere Theorie, nach der das schon passiert ist." Also, wollen wir Euch die Verhältnisse nicht endlos (v)erklären, die „Wahrheit" lassen wir nach wie vor durch die GenossInnen der Leninistischen und Maoistischen Heilsfront proklamieren, dennoch bleibt uns nur eins - die Umwälzung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse und nicht nur in den ohnehin lockereren Teilen der Galaxis, kosmosweit!
Wir rufen Euch zur erneuten Bildung eines antiautoritär-sozialrevolutionären Blocks auf der Rosa-Luxemburg-Demo zum 1. Mai auf unter dem Motto „Das System ist faul, nicht der Arbeitslose". Der Block soll sich verstehen als Versuch einer Zusammenführung der Frustrierten mit den Lebenshungrigen (die wissen schon warum!).

Revolution ohne Emanzipation ist Konterrevolution, also:

Antiautoritär & Linksradikal ins nächste Millennium!

Das System ist Flasche leer !!!, meinen

Zaphod, Trillian & Arthur

AG „gemischt-geschlechtliche Anti-Patriarchats-Politik" beim Autonomen Wochenende gegen die Leere (Berlin, 27.-29.03.)

Das anti-feministische roll back *geht weiter*

Die Arbeitsgruppe sollte laut Vorbereitungspapier dem Ziel dienen, „mit Hilfe gemischt-geschlechtlicher Anti-Patriarchats-Praxis [...] der innerautonomen Auseinandersetzung mit dem patriarchalen Geschlechterverhältnis einen wirklichen Schubs zu geben" (5). Nach Stattfinden der Arbeitsgruppe stellt sich allerdings die Frage: Ein Schubs *in welche Richtung*?

Das Thesenpapier: (Pro)-Feministische DiskussionsverweigerInnen und gutwillige Männer

Das Thesenpapier nennt drei wesentliche Schwierigkeiten, die einer gemischt-geschlechtlichen, anti-patriarchalen Praxis entgegenstehen: *Erstens* die Tatsache, daß viele FrauenLesben bestimmte Diskussion nicht bereit sind, mit Männern zu führen (2). *Zweitens* die mit zahlreichen Verletzungen verbundene Konfliktdynamik bisheriger autonomer Auseinandersetzungen um das Geschlechterverhältnis (2 f.). Und *drittens* die angeblich verbreitete Einschätzung, daß eine politische anti-patriarchale Praxis von Männern diese von der notwendigen Selbstveränderung abhalte (4).

Das Vorbereitungspapier teilt zwar folgendes Ergebnis einer statistischen Erhebung mit: „Von den 10 Demoaufrufen, die bislang zur revolutionären 1.Mai-Demo erschienen sind, führt kein einziger das patriarchale Geschlechterverhältnis in irgendeinem näher bestimmten Sinne als Demobegründung an; [...]." (4).

Trotz dieser statistischen Beobachtung wird aber *der entscheidenen Grund* dafür, daß es kaum eine gemischt-geschlechtliche, autonome, antipatriarchale Praxis gibt, in dem Papier *nirgends klar* herausgearbeitet - nämlich das *schlichte Des-Interesse* zumindest der meisten Männer in den männer-dominierten, gemischtgeschlechtlichen Zusammenhängen an einer solchen Praxis. Statt dessen wird der Eindruck erweckt es gebe seitens der FrauenLesben-Szene und der patriarchatskritischen Männergruppen eine grundsätzliche Ablehnung einer gemischtgeschlechtlichen antipatriarchalen Praxis. Aber welcher (pro)-feministische getrenntgeschlechtliche Zusammenhang hätte es je abgelehnt, wenn eine gemischte Gruppe in ihrem 1. Mai-Aufruf nicht nur zu Kapitalismus und Faschismus, sondern auch zum sexistischen Geschlechterverhältnis etwas gesagt hätte? Welcher (pro)-feministische Zusammenhang hätte es je abgelehnt, wenn eine gemischte Gruppe, die in die Erwerbslosen- oder Studi-Proteste interveniert, auch etwas zu geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung und feministischer Theorie sagt?

FrauenLesben-Organisierung ist doch vielmehr unter anderem die Folge der systematischen Diskussions- und Praxisverweigerung von Männern hinsichtlich des sexistischen Geschlechterverhältnisses. Und patriarchats-kritische Männer sind - auf entsprechenden feministischen Druck hin - der Versuch von einigen Männern, mit dieser Diskussions- und Praxisverweigerung zu brechen.

Die AG-Diskussion: Feministische Subjektvistinnen mit hohen, abstrakten Ansprüchen und gemischte Zusammenhänge, die zur Praxis streben

In der AG-Diskussion verstärkte sich der Eindruck noch, daß einige vor allem in FrauenLesben-Organisierung und feministischen Inhalten den Grund dafür sehen, daß es kaum eine gemischt-geschlechtliche, anti-patriarchale Praxis gibt:

- Zwar wurde von niemandem/r FrauenLesben-Organisierung ausdrücklich abgelehnt, aber es wurde der Eindruck erweckt, *die bloße Forderung* nach gemischt-geschlechtlicher anti-patriarchaler Praxis (zusätzlich zu FrauenLesben-Organisierung) sei eine *neue Idee*, die anti-patriarchale Praxis voranbringen könne. Es wurde FrauenLesben-Zusammenhängen vorgeworfen, sie würden denken, die Welt würde dadurch besser, daß FrauenLesben ausschließlich unter sich diskutieren.

Hier wird wieder einmal ein völlig realitätsfernes Bild von FrauenLesben-Positionen gemalt, um sich mit den tatsächlichen feministischen Positionen nicht auseinandersetzen zu müssen. Außer bei einer kleinen Minderheit von radikal-separatistischen Lesben gab es zu keinem Zeitpunkt eine generelle Weigerung von Feministinnen, in gemischte Diskussion zu intervenieren.

Für die große Mehrheit von Feministinnen hatte FrauenLesben-Organisierung schon immer u.a. folgende Funktion: 1. Austausch über Inhalt und Grenzen der gemeinsamen Erfahrungen von Frauen 2. analytische Aufarbeitung dieser Erfahrungen und Entwicklung feministischer Analysen der gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt 3. Entwicklung einer daraus abgeleiteten eigenständigen feministischen politischen Praxis; in diesem Rahmen: 4. Intervention auf der Grundlage der Stärke gemeinsamer Diskussion und Organisierung in die gemischt-geschlechtliche Linke, um dort Aufmerksamkeit für ihre Forderungen sowie Arbeitsstrukturen, die ihnen realen Einfluß sichern, durchzusetzen 5. direkte Intervention in die gemischt-geschlechtliche *mainstream*-Öffentlichkeit/Gesellschaft auf verschiedenen Politikfeldern; Angriffe auf die patriarchalen Strukturen und deren männliche Träger.

Wer/welche die Kombination separatistischer und gemischt-geschlechtlicher Arbeit *als neue Idee* ausgibt, denunziert damit *de facto* die bisherige feministische Praxis; wer/welche tatsächlich an einer verstärkten gemischt-geschlechtlichen, anti-patriarchalen Praxis interessiert ist, müßte - statt vor allem Kritik an FrauenLesben-Zusammenhängen zu üben - neue Mittel entwickeln, mit denen die Diskussions- und Praxisverweigerung von Männern durchbrochen werden kann!

- In der Diskussion wurde auch deutlich, daß es - entgegen der vordergründigen Rhetorik - gar kein tatsächliches Interesse gibt, zu einer verstärkten, gemischt-geschlechtlichen, anti-patriarchalen Praxis zu kommen.

Auf mehrfache Nachfrage, was denn konkrete Praxisvorschläge sein könnten (sei es speziell am 1. Mai oder generell), bzw. aus welchem Interesse die TeilnehmerInnen zu der AG gekommen sind, gab es keine konkrete Antwort. (Als ein Mann vorschlug, frau/mann könne ja zumindest vermehrt im Alltag spontan auf sexistische Werbeplakate reagieren, wurde auch dies mit konstruierten Feindbildern zerredet.).

Die *tatsächliche Funktion* dieser Debatte über „gemischt-geschlechtliche Anti-Patriarchats-Politik“ wurde deutlich, als eine Frau auf den Vorwurf reagierte, der ihr angeblich gemacht wurde, sie sei gegen FrauenLesben-Organisierung. Sie sagte: Sie sei durchaus nicht gegen FrauenLesben-Organisierung; sie habe nur inhaltliche Differenzen zu vielen in FrauenLesben-Zusammenhängen vertretenen Positionen.

Daraus läßt sich schlußfolgern: Die Funktion dieser Debatte ist es, mittels gemischt-geschlechtlicher sogenannter „Anti-Patriarchats-Politik“ feministische FrauenLesben-Positionen zurückzudrängen und - bestenfalls - durch einen gemischt-geschlechtlichen Geschlechterreformismus zu ersetzen!

• Schließlich wurde noch behauptet, daß es nicht mehr gemischt-geschlechtliche, antipatriarchale Praxis gebe, liege daran, daß in der autonomen Szene ein subjektivistischer Patriarchats-Begriff vorherrsche, der sich nur um Themen wie Macker-(Rede)-Verhalten, Vergewaltigungen etc. kümmere, bzw. daß „zu hohe Ansprüche“ an eine antipatriarchale Praxis gestellt würden. Aus diesem Grunde fehle es an einer gemischten Praxis zu im Thesenpapier genannten strukturellen und konkreten Politikfeldern wie „frauenspezifische Arbeitslosigkeit, [...], frauenspezifische Wohnungslosigkeit, Mittelstreichungen für frauenspezifische Sozialprojekte, frauenspezifischer Körperterror, Paragraph 218“ (6).

Auch hier wird wieder (wie auch eine Frau in der AG-Diskussion kritisierte) ignoriert, daß es zu diesen Themen seit Jahren Analysen und politische Interventionen von FrauenLesben gibt. Diese Themen sind keine neuen Entdeckung einer „gemischtgeschlechtlichen Anti-Patriarchats-Politik“; vielmehr wurden sie - u.a. aufgrund männlichen Dominanzverhaltens - jahrelang von der gemischten Szene nicht oder nur am Rande beachtet. - Und es gäbe sicherlich zu diesen Themen noch mehr Interventionen von FrauenLesben, wenn sie nicht immer wieder gezwungen wären, - im Interesse ihrer persönlichen Sicherheit und eines Minimums an erträglichen politischen Arbeitsbedingungen - subjektive Erscheinungsformen des Patriarchats wie Macker-(Rede)-Verhalten und Vergewaltigungen zum Thema zu machen.

Resümee: Sexismus - Teilbereich oder Gesellschaftsstruktur?

Antipatriarchale Politik erscheint an verschiedenen Stellen des AG-Thesenpapieres als „besonders heikle[r] und schwierige[r]“ (6) Politik*bereich*: „Egal welcher patriarchale Sachverhalt zum je konkreten Gegenstand gemischt-geschlechtlicher Anti-Patriarchats-Praxis gemacht werden würde [...], die jeweiligen Perspektiven auf eben diesen Sachverhalt [...] würden letztlich genauso verschiedenartig ausfallen, wie die je geschlechtsspezifischen Erfahrungshorizonte unterschiedlich bzw. gegenläufig sind.“ (1).

Dies ist sicherlich in einem gewissen Sinne richtig. Das Problem ist aber, daß damit gleichzeitig unterstellt wird, daß es bestimmte „patriarchale Sachverhalte“ gibt, die Gegenstand einer Anti-Patriarchats-Politik sein können; während es andere „Sachverhalte“ gibt, die unabhängig von antipatriarchaler Politik und damit auch mit weniger 'Schwierigkeiten' und „heikle[n]“ „emotionalen Verknotungen“ (2) etc. - bearbeitet werden können.

Letzteres ist sicherlich gängige Praxis der gemischt-geschlechtlichen, nicht nur autonomen, Linken. Aber gerade darin liegt ein grundlegendes Problem: Das Geschlechterverhältnis wird als ein *besonderer Politikbereich* aufgefaßt, für den einzelne SpezialistInnen (vorzugsweise 'Frauen als Betroffene'; denn es geht ja - wie es im AG-Thesenpapier an mehreren Stellen [alle folgenden Zitate von S. 6] heißt - um „frauenspezifische“ Themen) zuständig sind.

Was (zumindest in den männer-dominierten Strukturen) fehlt, sind die Ideen und die Bereitschaft, das *gesamte* politische Feld aus einer feministischen Perspektive zu beackern. Der erste Fehler ist schon gemacht, wenn davon ausgegangen wird, es könne eine *allgemeine* Politik „gegen [...] Arbeitslosigkeit, [...] Lohnausbeutung, [...] Wohnungslosigkeit“ etc. geben, und dann könne - je nach persönlichem Interesse - eine *besondere* Politik „gegen frauenspezifische Arbeitslosigkeit, frauenspezifische Lohnausbeutung, [...], frauenspezifische Wohnungslosigkeit“ *hinzu*kommen. Und der nächste Fehler wird gemacht, wenn - wie in dem AG-Thesenpapier - davon ausgegangen wird, es könne *einerseits* eine Politik *gegen* diese *„frauenspezifischen Diskriminierungen“* und *andererseits oder wahlweise* eine Politik *„gegen Männerdominanz“* und *„Männerstrukturen“* (Hervorh. i.O.) geben. Denn die „frauenspezifische Ausgrenzung aus verantwortlichen Positionen“, Gewalt gegen Frauen und Mädchen, die „mädchenspezifische Diskriminierung und Benachteiligung in der Schule“ etc. ist *überhaupt nicht zu trennen* von „männlichem Dominanzverhalten im öffentliche Raum“ und „Männergewalt“. Und all dies ist wiederum nicht zu trennen vom *„Kampf gegen das große Ganze“* (Hervorh. i.O.), die „hierarchisierte Zweigeschlechtlichkeit“. Denn Frauen und Männer sind gerade dadurch und durch nichts anderes definiert, daß sie an all diesen Frontlinien auf gegensätzlichen Seiten der Barrikade stehen.

Wem/welcher es tatsächlich um eine gemischte, antipatriarchale Praxis geht, der/die sollte Vorschläge unterbreiten wie *jeder* Politikbereich aus einer feministischen Perspektive bearbeitet und wie die Diskussions- und Praxisverweigerung von Männern aufgebrochen werden kann. Das Problem ist nicht die Existenz getrennt-geschlechtlicher Strukturen, sondern die mangelhafte Verankerung feministischer Politik in der gemischten Szene. Wer/welche zu *diesem* Problem schweigt und *statt dessen* Kritik an FrauenLesben-Strukturen (und sei es sog. „Selbstkritik von Frauen“ [Zitat aus der AG-Diskussion]) in den Mittelpunkt stellt, beteiligt sich aktiv am anti-feministischen *roll back.*

Organisiert den feministischen Widerstand!

EinE AG-TeilnehmerIn

Allerhand Fragwürdiges

Situationsbericht aus Sicht des Frauenplenums des Anti-A-33-Hüttendorfes

(siehe auch Brief einiger Männer des Hüttendorfes, Interim Nr. 443, vom 22. 1. 98)

Bei Menschen, die versuchen, sich von Unterdrückungsformen der Gesellschaft zu befreien - Widerstand und Miteinanderleben verbinden wollen - kommt es vor, daß eben diese mehr oder minder versteckt gelebt werden.

Wenn in sogenannten Freiräumen sexuelle Übergriffe begangen werden, würden wir uns gerade dort eine persönliche, offene, ehrliche und vor allem sensible Auseinandersetzung wünschen.

Es darf nicht - wie im Hüttendorf geschehen - dazu kommen, daß Frauen, sobald sie sich öffnen, eine doppelte Verletzung erfahren, weil ihre geäußerten Gedanken und Gefühle verdreht, abgeschwächt und in Frage gestellt werden.

Dazu, daß wir diesen Brief erst zu diesem späten Zeitpunkt veröffentlichen, ist folgendes zu sagen:

Zunächst einmal stellten die Beiträge einiger Szenemacker in der Interim für uns eine Schwierigkeit dar, denn diese bedeuteten für uns, daß auch hier ein großer Teil unserer Gedanken und Gefühle aus Selbstschutz nicht geäußert werden kann.

Wir bedauern es, daß wir es nicht zu einem früheren Zeitpunkt geschafft haben, andere Menschen über die Situation im Hüttendorf aufzuklären, speziell Frauen/Mädchen zu warnen.

Obwohl es so wirken könnte, ist dieser Brief keine bloße Reaktion von Frauen auf Dinge, die Männer gesagt, getan oder geschrieben haben! Es fühlte sich aber ein Teil der Frauen durch das Erscheinen des Briefes einiger Männer aus dem Hüttendorf (Interim Nr. 443) genötigt, eine "Auseinandersetzung" (weiter) zu führen, die wir, zumindest im Hüttendorf, als gescheitert ansehen.

Die im Hüttendorf so oft geäußerten Kritiken wurden häufig überhört oder aber auch auf Plena angesprochen. Dort wurde dann ein wenig Betroffenheit, einige Aggressionen und viel Ignoranz bekundet, woraufhin das ganze dann mal wieder im Sande verlief, wie scheinbar so üblich! (?)

Somit können wir noch nicht einmal von einer gescheiterten Auseinandersetzung reden, denn "das Hüttendorf" als Gruppe hat sich gar nicht, weder mit den öffentlich gemachten sexuellen Übergriffen noch mit der Thematik Sexismus an sich auseinandergesetzt. Außerdem haben keine Diskussionen über mögliche Formen der Auseinandersetzung stattgefunden. Hier stellt sich die Frage: Was heißt denn AUSEINANDERSETZUNG?

Unserer Ansicht nach hätte diese Frage zuerst einmal diskutiert werden sollen im Hüttendorf. Das soll aber nicht bedeuten, daß wir meinen, es gäbe ein Patentrezept, vielmehr halten wir es für dringend notwendig, in jedem Fall neu zu diskutieren, wie diese "Auseinandersetzung" aussehen kann. Wir haben hierzu einige Ansätze erarbeitet.

Relativ ausgedrückt hieße das für uns in diesem Falle: Die eigene Position und Rolle und die der anderen zu analysieren. Um daraufhin die Mechanismen und Verhältnisse, die sowohl in der "Kleingesellschaft Hüttendorf" als auch in der bestehenden kapitalistischen und patriarchal strukturierten Gesellschaft vorhanden sind, aufzudecken und zu hinterfragen.

Leider ist es im Hüttendorf nicht gelungen, aus den vielfältigen politischen Ansätzen durch eine offene, kontinuierliche Diskussion eine gemeinsam agierende Gruppe (natürlich auch mit Gewichtung auf verschiedene Teilbereiche) aufzubauen. Viel öfter führte z. B. Dogmatismus und Selbstinszenierung dazu, daß zwischen den sich teils eigentlich ergänzenden Teilbereichen linker "Politik" scheinbare Widersprüche aufgebaut wurden bzw. über Widersprüche gar nicht erst diskutiert werden konnte.

Da das Hüttendorf als Gruppe gar nicht existiert(e), wurden mal wieder Grabenkämpfe auf dem Rücken anderer Menschen ausgetragen. Mit der Zeit gewann vor allem für Frauen die Tatsache, daß sie zahlenmäßig den Männern auf dem Platz weit unterlegen waren, immer mehr an Bedeutung.

Verbal geäußerte sexistische Denkmuster, die weitgehend unreflektiert blieben, männerdominiertes Redeverhalten (auch während der Plena, wodurch Entscheidungsfindungen beeinträchtigt werden) und zum Teil massive verbale Attacken gehörten zum Alltag.

Dies führte dazu, daß Frauen immer mehr an Selbstsicherheit und Selbstvertrauen einbüßten und das Vertrauen in andere verloren ging.

Das sind nur einige Brocken davon, die uns täglich entgegengekotzt wurden (Zitate einiger Männer aus dem Hüttendorf):

"Wenn du dich hier nicht wohlfühlst, verpiß dich doch einfach!"

"Vergewaltiger sind Opfer.!

"Wenn Sexismus Plenumspunkt ist, komme ich nicht."

"Ihr Frauen wollt uns doch eh nur eure Wahrheit aufdiktieren!"

"Wie, du hast keine Lust mit XY zusammenzuleben, weil er ein Sexist ist?"

"Du bist mal vergewaltigt worden? - Das interessiert mich überhaupt nicht. Das nimmst du doch nur als Vorwand, alle rauszuschmeißen, die dir nicht passen."

"Die Frauen sind nur ausgezogen, weil sie zu faul sind zum Holzhacken!"

Auf einem Frauen/Lesben-Plenum berichtete eine Frau davon, daß sie einen sexuellen Übergriff durch einen Hüttendorf-Bewohner erleben mußte, woraufhin sich andere Frauen ermutigt fühlten, von ähnlichen Erlebnissen zu berichten.

Daraufhin veröffentlichten wir im Hüttendorf einen Wandbrief.

OFFENER WANDBRIEF

Uns reicht's!!!!! Da sich auf diesem Platz immer wieder Männer sexistisch verhalten, Grenzen überschreiten und aufgrund dessen Frauen gezwungen sind, das Hüttendorf zu meiden ....

Frauen, die noch nicht die Konsequenz gezogen haben, den Platz zu verlassen,

müssen ständig mit neuen Vorfällen rechnen/leben. Sie werden somit daran gehindert, frei aus sich heraus zu leben und ihre politischen Ansprüche zu verwirklichen. Aufgrund des nicht-Umgangs mit diesem "Problem" wird der politische bzw. antipatriarchale Anspruch, den dieser Platz haben sollte, völlig verfehlt! Der Umgang beschränkt sich auf die Verharmlosung (Relativierung) sexistischer Vorfälle. Wenn Frauen nicht bereit sind, sexistische Vorfälle zu schlucken, werden sie entweder durch eine Art "Rudelverhalten" attackiert oder mit einem tiefergreifenden "ach-du-Arme-Blick" bedacht!

Wie kann es in so einer Situation möglich sein, Utopien von einem herrschaftsfreien Leben auch nur ansatzweise zu verwirklichen???

Erneut fielen zwei Männer dadurch auf, daß sie Frauen sexuell belästigten. Beide fallen auch durch aggressive Reaktionen auf Kritik und dominantes Redeverhalten auf.

Daher erscheint es uns unmöglich, uns mit ihnen direkt auseinanderzusetzen. Und BOCK HABEN WIR SOWIESO SCHON LANGE NICHT MEHR!!! Die eigentliche Konsequenz für uns wäre ein Rausschmiß!

Wir haben noch keine Ahnung, unter welchen Voraussetzungen ein weiteres Zusammenleben noch möglich sein könnte!?

Oder sollen wir Besucherinnen zukünftig sagen müssen, zu wessen Wägen sie besser nicht gehen sollten, wenn sie nicht angegrabbelt werden wollen!???

Wir fordern von allen eine Auseinandersetzung!!!

GEDANKEN dazu:

1. Wir wollen nicht, daß alles zeitlich verschleppt wird und im Sande verläuft, ohne daß sich etwas ändert!

2. Muß alles darauf hinauslaufen, daß es nur gleichgeschlechtliche Zusammenhänge gibt und immer mehr Frauen sich verpissen!???

3. Wir erwarten, daß sich alle mit ihrem eigenen Sexismus auseinandersetzen und nicht alles an den "Buhmännern" abgearbeitet wird!

4. Wir erwarten als Plenumsverhalten:

- keine Glaubwürdigkeitsdebatten

- die Anonymität der Frau muß gewahrt werden

- keine Einschüchterungsversuche (z. B. beim gemischten Plenum)

- wir haben keine Lust, daß sich Frauen für ihre Reaktionen rechtfertigen müssen (warum hast du ihm nix gesagt/gemacht)

DOCH es kam sowohl zu einer Namensnennung, welche u. a. eine heuchlerische Sonderbehandlung der betreffenden Frauen nach sich zog (von den Gefühlen der Frauen mal ganz abgesehen), als auch zu einer Tatbeschreibung durch einen der Täter, woraus logischerweise eine Relativierung und Glaubwürdigkeitsdebatte (um das Urteilsvermögen der Frau) folgte!

Immer wieder wurde der "Tathergang" thematisiert und zum Kriterium dafür erhoben, wie schwerwiegend der Vorfall sei.

Zum x-ten Mal: Kein Mensch darf festlegen, wo bei einem anderen Menschen die Toleranzgrenze zu liegen hat.

Scheinbar werden Frauen immer noch nicht für fähig gehalten zu entscheiden, was eine Grenzverletzung ist ...

Anstatt eine wirkliche persönliche Auseinandersetzung mit den Vorfällen und dem eigenen Sexismus zu führen, zeigten viele Männer ein Verhalten, daß sich durch Verständnis für die Situation der Täter-Männer auszeichnete und somit praktisch auf eine Solidarisierung hinauslief.

Das führte dazu, daß fast alle Frauen ausgezogen sind, die Täter aber nahezu unbehelligt blieben.

Hier zeigt sich, wie wenig sich sogenannte Freiräume teilweise von der "normalen Gesellschaft" unterscheiden. Männer, die in einem patriarchal strukturierten Gesellschaftssystem potentielle Täter darstellen, solidarisieren sich oft mit Tätern, um somit u. a. auch auf Rückendeckung hoffen zu können, wenn sie selber als Täter entlarvt werden.

Einige Männer aus dem Hüttendorf verfaßten einen Wandbrief ihrerseits. Dieser nahm vor allem Bezug auf die Art der (Nicht)Auseinandersetzung. Diese Männer wurden in die Rolle einer p.c.-Polizei gedrängt, was viele andere Männer zum Anlaß nahmen, Männerplena zu boykottieren, da diese nicht die richtige Art der Auseinandersetzung für sie seien. Fronten, die auch vorher schon mehr oder minder offen gelebt wurde, verschärften sich immer mehr. Daß die Grabenkämpfe auf dem Rücken der Frauen ausgetragen wurden, machte die Situation für uns immer unerträglicher.

Oft wurde Frauen ein ausgrenzendes Verhalten gegenüber Tätermännern unterstellt, die ja schließlich auch nur Opfer ihrer SOZIALISATION seien. Den Frauen wurde größtenteils nicht das Recht zugesprochen, selber zu entscheiden, inwieweit (bzw. ob überhaupt noch) sie sich mit den Tätern auseinandersetzen wollen oder können.

Die Frauen wurden teilweise verbal in die Ecke gedrängt (somit gedemütigt und unter Zugzwang gestellt), sich mit ihrer Vergangenheit (sprich: sexuellen Übergriffen, Vergewaltigung) für ihre Standpunkte zum Thema zu rechtfertigen. Darauffolgend wurden diese aber wieder zunichte gemacht, da die Frauen ja traumatisiert seien und somit ihr Urteilsvermögen als nicht objektiv genug erachtet wird.

Eine Auseinandersetzung mit Sexismus fand auch weiterhin nicht statt. Frauen stellten sich die Frage, inwieweit sie sich auf diesem Platz weiterhin einbringen oder gar leben wollen/können. Die meisten Frauen zogen für sich die Konsequenz, aus dem Hüttendorf auszuziehen und die dort verbleibenden versuchten, so wenig wie möglich an sich ran zu lassen.

Da wir aber nach wie vor in einem Hüttendorf gegen die A 33 leben wollen, sehen wir aufgrund unserer Erfahrungen mit diesem Projekt für uns die einzige Perspektive darin, in Frauenzusammenhängen zu agieren.

Während des DIREKTE AKTIONS CAMPS werden separate Frauenräume geschaffen. Für weitere Informationen achtet bitte auf Ankündigungen in Frauen/Lesben-Zeitungen oder unter Tel.: 05425/270.

STELLUNGNAHME VON 40 TWH-BewohnerInnen und -MitarbeiterInnen zu den Ereignissen im TWH

Kurz vor Beginn der Aktionswoche zum 25-jährigen machte eine Frau eine Vergewaltigung durch einen TWH- Bewohner offen. Unser Umgehen damit hat verdeutlicht, daß eine grundsätzliche Auseinandersetzung über Gewalt und speziell sexistische Gewalt von uns in der letzten Zeit versäumt wurde und dringend notwendig ist.

Um Interessierten die Ereignisse der letzten Zeit verständlich zu machen ist es wichtig, erst einmal zu erklären, daß das TWH aus seiner Geschichte heraus ein TreberInnenhaus war und ist! Es wurde erkämpft von SchülerInnen, Lehrlingen, TreberInnen, Leuten, die aus Heimen oder von zu Hause abgehauen waren. Es war Teil des nicht-studentischen Aufbruchs Ende der 60-er Jahre.
Die BewohnerInnen des TWH waren immer sehr unterschiedlich: sowohl politisch aktive Leute als auch Leute, die einfach ein Dach über dem Kopf brauchten lebten hier mit allen daraus resultierenden Schwierigkeiten miteinander. Das Haus bietet für alle Freiraum, d.h. Möglichkeiten der individuellen Entfaltung. Wie die Leute das nutzen hängt davon ab, wie sie drauf sind, was sie wollen. Ein Großteil der Leute hat vorher auf der Straße gelebt mit allen Härten an Erfahrungen. Diese werden mitgebracht und das spiegelt sich natürlich im täglichen Miteinander-Leben und auch in den Formen der Auseinandersetzung. Auch heute ist es so, daß sehr unterschiedliche Menschen im Haus zusammenleben. So leben in einem Stockwerk z.B. Leute, die von der Straße kommen mit schwarzen Musikern, StudentInnen und Punks zusammen. Es ist und war Konzept des Hauses, daß ankommende TreberInnen von Leuten aufgefangen und betreut werden, die früher selbst auf der Straße gelebt haben und ihre Erfahrungen besser vermitteln können als profesionelle SozialarbeiterInnen ohne diese persönliche Geschichte. Im TWH gab es schon immer einen permanenten Prozeß an Auseinandersetzungen, da trotz klarer Positionierung des Hauses die Durchsetzung der Forderungen aneinander (z.B. kein Alk- und Drogenmißbrauch, keine Gewalt, Selbstverwaltung) ständiger Diskussion bedarf.
Vor ca. 1 ½ Jahren war im Haus eine Situation, daß ziemlich viele Zimmer leer waren und die Leute, die aufgrund massiver Probleme aufgefangen werden mußten in der Überzahl. Es gab damals die Überlegung, bewußte Leute zu suchen, um die Stabilität des Hauses zu erhalten. Über eine Anzeige, die auf dem Hausplenum besprochen war, kamen dann Leute aus studentischen Kreisen ins TWH, die dann geschlossen auf die 4. Etage gezogen sind. Ab da war diese Etage für Leute, die von der Straße kommen und/oder bestimmten politischen Kriterien nicht entsprachen dicht!
Schon bei der ersten Auseinandersetzung im Haus zeigte es sich, daß es große Verständigungsschwierigkeiten gibt. Vorurteile von beiden Seiten wurden bestätigt. Es ist in der Folgezeit nicht gelungen, die Vorurteile abzubauen; die konträren Positionen verhärteten sich. Es kam seitdem bei Begegnungen, wie z.B. den Hausplena zu sehr aggresiven Verbalattacken. Das spiegelte sich in der täglichen Praxis wieder. Die politischen Aktivitäten der Gruppe aus der 4.Etage verlagerten sich zunehmend nach außen und wurden im Haus nicht vermittelt. Mit den anderen Leuten aus dem Haus wurden keine sozialen Kontakte und Auseinandersetzungen mehr gesucht. Auch dies wurde nach außen verlagert. Der praktische Einsatz im Haus war entsprechend gering. Seinen traurigen Höhepunkt nahm diese Entwicklung in den Auseinandersetzungen um den Umgang mit der Vergewaltigung. Parallel dazu zogen in die anderen Etagen neue Leute ein, die sich zum Teil sehr aktiv in die bestehenden Hausprojekte einbrachten.
Ende vergangenen Jahres eskalierte die Beziehungskrise eines Pärchens aus der 2. und 3. Etage und artete in beidseitiger Gewalt aus, d.h. sie prügelten beide. Die BewohnerInnen der Etagen, in der die beiden wohnten, versuchten in langen und intensiven Auseinandersetzungen die Beiden davon zu überzeugen, daß ihr gewalttätiges Verhalten inakzeptabel und für alle MitbewohnerInnen unerträglich ist. Auch an diesem Punkt mischte sich die Gruppe aus der 4. Etage nicht in die Auseinandersetzungen ein.

In dieser Situation bekamen einige Leute von der 2.Etage mit, daß es zwischen diesem Mann und einer anderen Frau von außerhalb zu einer lautstarken Auseinandersetzung kam. Sie beriefen daraufhin ein Etagenplenum ein und stellten den Mann in Anwesenheit der Frau zur Rede. Die Frau konfrontierte ihn mit seinem Verhalten, das sie als "brutal, Grenzen überschreitend und als Vergewaltigung" bezeichnete. Sie war eigentlich gekommen, um ihn damit zu konfrontieren und ihm begreiflich zu machen, was er getan hat. Er war dazu nicht bereit, sondern griff sie verbal an. Die Frau ging daraufhin. Die 2. Etage gab dem Mann eine Woche Zeit, sein Verhalten zu überdenken und forderte eine Entschuldigung für sein Verhalten, ansonsten muß er gehen. Einen Tag vor dem nächsten Plenum der 2. Etage war zu dem gleichen Vorfall von einer Hausbewohnerin aus der 4. Etage nach Rücksprache mit dem Büro ein Hausplenum einberufen worden, dem ein Rausschmißantrag gegen den Mann vorlag.

Das Hausplenum verlief ziemlich eklig. Die Frau machte die Vergewaltigung offen und der Mann stritt es lautstark ab. Ein Teil des Plenums war nach dem Bericht der Frau nicht mehr an einer Stellungnahme des Mannes interessiert; ein anderer Teil des Plenums wollte sie hören. Einigen BewohnerInnen erschien es unglaublich, daß ihr Mitbewohner ein Vergewaltiger sein soll/ ist. Erschwerend kam hinzu, daß von einigen HausbewohnerInnen gefordert wurde, gleichzeitig die Gewalt zwischen dem Mann und seiner Freundin zu thematisieren. Die Stimmung heizte sich immer mehr auf. KEINER der Anwesenden war in der Lage, die entgleiste und für die Frau unzumutbare Situation rechtzeitig zu stoppen.

Im Verlauf des Plenums wurde der Antrag gestellt , daß der Mann rausfliegt und noch zehn Tage Zeit kriegt, um sich eine Wohnmöglichkeit zu besorgen und daß er mindestens ein halbes Jahr Hausverbot bekommt. Dies war ein fauler Kompromiß aller noch Anwesenden, da einige den sofortigen Rausschmiß forderten und andere einen Monat Zeit geben wolten. Bereits während des Plenums wurde deutlich, daß wir zum Einen gravierende Fehler bei der Herangehensweise gemacht haben und zum Anderen daß aufgrund unterschiedlicher Erfahrungswerte und unterschiedlicher persönlicher Beziehungen Positionen bezogen wurden, die so nicht zu akzeptieren sind. Wir nahmen uns vor, eine grundsätzliche Diskussion zum Thema sexistische Gewalt und Umgehensweise damit auf dem nächsten Hausplenum am 15.03.98 zu beginnen. Klar wurde, daß wir nicht noch einmal einer Frau den für sie notwendigen Schutzraum vorenthalten dürfen. Die Situation war für alle Beteiligten eine völlig neue. Es gibt jetzt das erste Mal eine gemeinsame Disksussion im Haus darüber.

Vom 01.03. bis zum 07.03. führten wir mit Unterstützung von außen und unter Mitwirkung von vielen HausbewohnerInnen die Veranstaltungswoche zum 25- jährigen Bestehen des TWH durch. Sie stieß auf breites Interesse in der Öffentlichkeit.

Es wurde versäumt, dem Mann auf dem Hausplenum bzw. im Nachhinein von Einzelnen deutlich zu sagen, daß er in den öffentlichen Räumen des TWH nichts mehr zu suchen hat. Dies haben einige MitbewohnerInnen der Etage getan, jedoch weder die Sozialarbeiterinnen noch die Gruppe aus dem 4. Stock. Bis auf das Abschlußkonzert am 07.03. hat er auch nicht den Versuch gemacht, die öffentlichen Räume zu betreten. Im Vorfeld des Konzertes suchten einige Leute aus dem 4. Stock bei den Sozialarbeiterinnen Rat und Zuspruch bei der Bewältigung der Situation. In der konkreten Situation, als der Mann tatsächlich zum Konzert kommen wollte, teilten die beiden Sozialarbeiterinnen ihm unmißverständlich mit, daß er nicht reinkommt, gehen soll und verwehrten ihm den Zutritt. Er ging daraufhin.

Am Tage des Abschlußkonzertes erhielten wir auch Kenntnis von einem anonymen Flugblatt (Interim Nr. 445 vom 05.03.98/ Ordner), in dem zum Boykott des TWH und seiner Beseitigung aufgerufen wurde. Leute, die so etwas schreiben und in Umlauf bringen sollten sich vorher genau überlegen, was sie damit bezwecken und sich über die Wirkung klar sein. In unserem Falle verhinderte dieses Flugblatt die notwendige Auseinandersetzung und diffamierte in seiner Wirkung alle Versuche von außerhalb, uns zu unterstützen. Wir möchten für die Zukunft, daß anonyme Flugblätter zu solchen Themen nur noch veröffentlicht bzw. in Umlauf gebracht werden, wenn die Möglichkeit besteht, mit den VerfasserInnen in Kontakt zu treten. Dies ist eine Forderung von uns an die Strukturen der linken Szene, damit perspektivisch ein verantwortungsvollerer Umgang mit Kritik für die Betroffenen möglich wird!

Die vor dem Konzert anwesenden TWH-bewohnerInnen und -mitarbeiterInnen verständigten sich kurz über das Flugblatt und allen war klar, daß dies keinerlei Diskussionsgrundlage darstellt, sondern lediglich Stimmungsmache ist. In dieser aufgeheizten Stimmung, ca. 1 Stunde vor Konzertbeginn, kam ein uns bekannter Mann und hängte ohne Absprache im Saal und im Haus Plakate auf, die den Täterschutz bei Vergewaltigungen anklagen. Das Plakat, im Zusammenhang mit dem eben erst bekannt gewordenen Flugblatt, wurde von uns nicht als provokativer und konstruktiver Diskussionsanstoß, sondern als klarer Angriff gegen uns, also das ganze Haus, empfunden. Deshalb entfernten wir die Plakate.

Am darauffolgenden Sonntag, dem 08.03., lief das Ultimatum für den Vergewaltiger ab. Er wurde an diesem Morgen rausgeschmissen.
Eine Frau aus der 4. Etage hatte sich um Unterstützung an Frauen-/Lesbenzusammenhänge gewandt, da sie mit der gesamten Umgangsweise mit der Vergewaltigung nicht einverstanden war und im Haus keine Unterstützung für ihre Position gesehen hat. Sie war bei dem Rausschmißplenum und in den folgenden Tagen nicht im Haus, somit waren ihr auch unterschiedliche Positionen in der Frage nicht bekannt. Sie bemühte sich auch nicht, dies herauszufinden.
Es ist uns nachvollziehbar und verständlich, wenn sich jemand, in diesem Fall die Frau aus der 4., Unterstützung holt, wenn sie sich in ihrer Position allein gelassen fühlt und den Zustand für sich als unzumutbar empfindet. Daraus resultierende, solidarisch- kritische Unterstützung finden wir hilfreich und richtig. Voraussetzung dafür muß aber sein, daß erst einmal die Auseinandersetzung im Haus gesucht wird. Das ist in diesem Fall nicht geschehen.

Am Mittwoch (11.03.) suchten einige BewohnerInnen aus dem 4. Stock ein Gespräch mit den Sozialarbeiterinnen. Diese teilten ihnen mit, daß am nächsten Tag ein Plenum für alle Frauen, die im TWH leben und arbeiten sowie für Frauen, die sich solidarisch- kritisch unterstützend einmischen wollen, stattfinden wird. Wir wollten eine öffentliche Erklärung schreiben sowie das Hausplenum am Sonntag vorbereiten. Dazu kam es jedoch nicht, da die Situation schon zu aufgeheizt war und keine gemeinsame Kommunikationsebene gefunden

wurde. Diejenigen, die versuchten, die Situation und die gemachten Fehler zu verdeutlichen, konnten sich nicht durchsetzen. Den Frauen aus dem Haus wurde von der Frau aus dem 4. Stock Täterschutz vorgeworfen; sie versuchten, sich dagegen zu wehren. Es kam keine inhaltliche Diskussion zustande.

Die BewohnerInnen der 2. und 3. Etage hatten sich zusammengesetzt und das bevorstehende Hausplenum detailliert vorbereitet mit dem Ziel einer konstruktiven und gewaltfreien Auseinandersetzung untereinander. Am Samstag vor dem Plenum war das TWH und die Umgebung zum Thema Vergewaltigung vollplakatiert. Sonntag morgen fanden die HausbewohnerInnen einen "Offenen Brief an das TWH" an allen Etagentüren, geschrieben unter Mitwirkung der Bewohnerin aus dem 4. Stock (s.o.). Zu diesem Zeitpunkt war der Vergewaltiger bereits seit einer Woche raus. Dieser Brief läuft unter der Überschrift "TWH- akzeptierende Sozialarbeit mit Sexisten oder linkes Projekt?". Mit dieser Überschrift wird schon ein bestimmtes Bild erzeugt, da der Begriff "akzeptierende Sozialarbeit" bekannt ist als pädagogische Arbeit mit Rechtsradikalen. Die eigene Position der Gruppe zum Thema wird nicht dargestellt; es werden massiv Vorwürfe erhoben, unkonkrete Behauptungen aufgestellt und Unterstellungen geäußert. Der Brief, der sich an die BewohnerInnen des TWH wendet ist auf einem abgehobenen, intellektuellen Niveau mit Begriffen wie z.B. "Sexistische Hegemonie im TWH" gehalten, daß er nur mit den Worten "Wissen ist Macht" beschrieben werden kann. Die Sprache dieses Briefes ist unverständlich für Leute, die von der Straße kommen und in einem Haus wie dem TWH versuchen, ihr Leben und dieses Projekt selbst zu organisieren! Ein Großteil der BewohnerInnen hat sich von allen, bis dahin gelaufenen und von Leuten aus dem 4. Stock [illegible] bedroht gefühlt. Die BewohnerInnen der anderen Etagen hatten das Gefühl, fertiggemacht zu werden. Sie kennen die Zusammenhänge, in denen sich die Leute aus dem 4. Stock bewegen nicht. Sie können nicht einschätzen, wer, mit welchem Interesse und welchem Umfang aktiv wird. Geht es mit uns oder gegen uns? Die meisten BewohnerInnen aus dem Haus haben erst einmal keine Gelegenheit, sich mit den VerfasserInnen solcher Briefe auseinanderzusetzen, da sie ihnen unbekannt sind.

Nach Bekanntwerden dieses Briefes wollte eine Hausbewohnerin die Frau aus der 4. Etage zur Rede stellen, ob dieser Brief unter ihrer Mitwirkung entstanden ist. Dies wurde ihr im Beisein eines anderen Bewohners der 4. Etage grinsend bestätigt. Daraufhin verlor sie die Beherrschung und drohte der Frau aus der 4. Etage verbal Gewalt an, falls sie" noch einmal Lügen an die Etagentüren kleben sollte". Auch dies wurde von den beiden Anwesenden grinsend zur Kenntnis genommen.

Zum Hausplenum kam eine größere Gruppe von Leuten, die allen HausbewohnerInnen, außer der Gruppe aus dem 4. Stock, unbekannt waren. Aus den bereits beschriebenen Gründen empfanden die BewohnerInnen diese Präsenz als absolut bedrohlich, weil u.a. die Ereignisse in der Brunnenstraße noch gut in Erinnerung sind. In dieser Stimmung war niemand fähig, das Plenum entsprechend der Vorbereitung ruhig und sachlich anzugehen. Es kam niemand dazu, alle Leute zu fragen, wer sie sind und aus welchem Interesse sie hier sind. Stattdessen schlug dieser Vorsatz um in aggressive Ausbrüche aus dem Gefühl und der Wut heraus, sich bedroht zu fühlen und sich dagegen wehren zu müssen. Das äußerte sich in einem massiven, verbalen Angriff gegen die Frau aus der 4. Ihr wurde der Rausschmiß angedroht, wenn sie nicht innerhalb von 24 Stunden das Haus verläßt da die Mehrheit der HausbewohnerInnen die Frau aus der 4. nicht mehr ertragen konnte. Ihr berechtigtes Anliegen wurde nicht mehr verstanden, sondern die seit Monaten angestauten Aggressionen gegen die Gruppe aus dem 4. Stock (Männer und Frauen) wurden an ihr ausgelassen. Eine Frau, die im TWH arbeitet, versuchte diese Stimmung zu stoppen, es gelang ihr jedoch nicht. Von etlichen Leuten wurde versucht, deutlich zu machen, daß die vorgebrachten Äußerungen aus den oben bereits beschriebenen Gefühlen heraus erfolgt und maximal als Antrag an das Hausplenum zu werten sind. Sie fanden in der vorgetragenen Form nicht bei allen Unterstützung. Der Punkt ist im weiteren Verlauf nicht mehr zur Sprache gekommen. Das ändert nichts daran, daß die Drohung gegen die Frau aus dem 4.Stock, sie hätte innerhalb von 24 Stunden das Haus zu verlassen, katastrophal ist und in keinem Verhältnis dazu steht, daß der Vergewaltiger noch eine Frist von 10 Tagen bekam.
Zum Ende des Plenums beruhigte sich die Situation einigermaßen. Es wurde die Forderung gestellt, daß alle Beteiligten und Fraktionen im Haus ihren jeweiligen Anteil an Verantwortung für die eskalierte Situation übernehmen. Von einem Bewohner der 2. Etage kam der Vorschlag, daß die einzelnen Etagen sich zusammensetzen müssen, um ihre jeweiligen Positionen und Vorstellungen von gemeinsamen Zusammenleben zu diskutieren. Dies ist Voraussetzung für ein Aufeinanderzugehen der einzelnen Etagen, um trotz unterschiedlicher Umgehensweise eine gemeinsame Lösung zu finden. Dieser Vorschlag wurde von einer der beiden Frauen, die nach wie vor ins TWH einziehen wollen, unterstützt. Es wurde deutlich gemacht, daß alle an der Situation Beteiligten sehr verletzt sind und Raum brauchen, dies zu verarbeiten. Von einigen BewohnerInnen wurde der Wunsch geäußert, daß die Diskussion zum jetzigen Zeitpunkt zunächst mal von allen HausbewohnerInnen und -mitarbeiterInnen geführt werden soll, weil es dazu bisher noch nicht kommen konnte.
Ein Mann aus der Gruppe vom 4. Stock wehrte sich vehement dagegen und sagte, daß er schreiben oder sagen würde, wann immer und wo immer er will. Auf die konkrete Frage, ob er bereit sei, mit uns die Diskussion zu führen und auf diesen Vorschlag einzugehen, blieb er die Antwort schuldig. Stattdessen ging er am nächsten Tag mit einem bereits vorbereiteten Papier in linke Zusammenhänge und rief öffentlich zu einem Treffen auf, ohne die BewohnerInnen und MitarbeiterInnen des TWH von diesem Termin zu informieren oder diesen gar abzusprechen. In diesem Papier wird offen zur Neubesetzung des TWH aufgerufen. Die an dieser Aktion beteiligten Männer aus dem 4.Stock übernehmen keine Verantwortung an der Eskalation im TWH. Sie führen die Auseinandersetzung nicht mit den Männern im Haus, deren Positionen zu Fragen sexistischer Gewalt unbedingt diskutiert werden müssen.
Wir haben den Eindruck, daß mit der zurecht offen gemachte Vergewaltigung und den danach gelaufenen, beschissenen Auseinandersetzungen im TWH Politik gemacht wird. Ab einem gewissen Zeitpunkt hatten die erschienenen Papiere nichts mehr mit der Vergewaltigung zu tun; es geht offensichtlich darum, ein anderes Wohnprojekt mit anderen BewohnerInnen im TWH gegen die jetzigen BewohnerInnen und MitarbeiterInnen durchzusetzen. Der notwendige und bereits vorher begonnene Diskussionsprozeß um Gewalt im Haus wird damit blockiert. Genauso die dringend notwendige Auseinandersetzung über Sexismus.

Nach dem letzten Hausplenum zogen vier Leute aus dem 4. Stock aus. Drei davon hatten dies schon seit Längerem vor. Für uns ist nachvollziehbar, daß die Frau aus dieser Gruppe sich von der gesamten Stimmung gegen sie bedroht gefühlt hat. Nach Gesprächen mit der Frau, die die Drohung ausgesprochen hat, ist dieser bewußt geworden, daß sie damit Grenzen überschritten hat und sie ist bereit, sich öffentlich zu entschuldigen. In den jetzt geführten Diskussionen kam heraus, daß ein Großteil der BewohnerInnen und MitarbeiterInnen es bedauern, daß sie es nicht geschafft haben, der Frau aus dem 4.Stock die nötige, praktische Sicherheit zu geben. Auch dies ist kein Thema für die Männer der Gruppe aus dem 4. Stock.

Zum jetzigen Zeitpunkt müssen wir die notwendige Auseinandersetzung über die unterschiedlichen Umgehensweisen und Positionen zu Gewalt und Sexismus führen. Von Frauen kam die Forderung, daß die Männer sich miteinander darüber auseinandersetzen müssen. Wir wünschen uns durchaus Unterstützung von außen. Diese sollte aber so aussehen, daß Gruppen oder Einzelpersonen ihre Positionen und Erfahrungen im Umgang mit Gewalt und Sexismus deutlich machen und damit verantwortungsvoll und konstruktiv in unsere Diskussion eingreifen.

26.03.1998

Frank, Helge, Glöckchen, Marion, Daniel, Gecko, Jonas, Wolfgang, Steffen, Korbella, Georgij, Charles, Jenny, Nicole, Rudi, Rainer, Johanna, Kuffty, Walter, Otto, Ron, Birgit, Alex, Jörg, Drea, Bettina, Carlos, B.B., Stine, Harry, Ele, Huhn, Ras Perez, Kendrick, Baldur, Jogi, Danny, Ulli, Oli B., Stefan

Nachtrag von der Veranstaltungsgruppe zum 25- jährigen

Wir hatten nach Beendigung des Rausschmißplenums überlegt, ob die Veranstaltungswoche aufgrund des Umgehens mit der offen gemachten Vergewaltigung abgesagt werden müßte. Wir haben uns in dieser Situation dafür entschieden, die Woche trotzdem durchzuführen. Ein Absagen der Veranstaltungen erschien uns unmöglich und wir hätten dies als Niederlage empfunden.

Es gab eine halbjährige Vorbereitungsphase, es war plakatiert und angekündigt, Presse informiert und die Mitwirkenden für die Veranstaltungen eingeladen. Der gewählte Zeitpunkt war uns wichtig, weil am 02.[illegible] Thomas Weißbecker erschossen und am 03.03.197[illegible] das Haus durchgesetzt wurde. Nach den in den letzten zwei Jahren durchgeführten Medienkampagnen zur staatlichen Geschichtsaufarbeitung, war es uns wichtig, zu diesem Datum unsere Sicht der Geschichte zu vermitteln.
Wir hatten das Gefühl, "wir haben uns das vorgenommen und können nicht mehr zurück." Wir haben keinen Raum für uns gesehen, uns offensiv dagegen zu entscheiden. Wir haben die Woche mit einem unguten Gefühl durchgeführt und den Umgang mit der Vergewaltigung weitgehend verdrängt. Es hätte uns in dieser Situation zerrissen.
Im Nachhinein sind wir in der Diskussion darüber, ob es statt dessen nicht offensiver gewesen wäre, den Umgang mit der Vergewaltigung zuerst zu klären und die Woche zu verschieben. Uns ist es wichtig für die Zukunft zu klären, welche Möglichkeiten es für eine solche Situation geben könnte. Dieses können und wollen wir nicht alleine tun.
Für die Bürogruppe ist es wichtig, daß im TWH weiterhin unterschiedliche Menschen (Lehrlinge, SchülerInnen, MigrantInnen, Punks, Soz-empfängerInnen usw.) einen Raum finden und das Haus vorrangig ein TreberInnenhaus bleibt.
Wir führen bereits seit Längerem die Diskussion mit allen HausbewohnerInnen, daß jede/r in diesem aktuellen und anderen Konflikten eine eigene Verantwortung hat. Wir als Bürogruppe sind nicht bereit, den BewohnerInnen diese Verantwortung abzunehmen. Es ist uns klar, daß dies ein längerer Prozeß ist und erwarten in dieser eskalierten Situation die Auseinandersetzung mit allen Formen von Gewalt, Alkohl- und Drogenmißbrauch. Wir als Frauen fordern die Männer des Hauses auf, sich mit sexistischer Gewalt auseinanderzusetzen. Dies sind unsere Forderungen an alle HausbewohnerInnen und Grundlage dafür, daß wir unsere Arbeit fortsetzen können.

Drinnen ist wie draußen (nur anders ?)

- Umgang mit einer Vergewaltigung / einem Vergewaltiger im TWH

Feministische, antipatriarchale Positionen haben in den letzten Jahren weiter an Durchsetzungskraft verloren. Dies gilt sowohl für gesamtgesellschaftliche Strukturen, wie auch für die jeweils konkreten Lebensbereiche von Menschen. Da Macht und (patriarchale) Herrschaft soziale Verhältnisse darstellen, die nicht vor vermeintlichen Freiräumen halt machen, sind auch um der Emanzipation willen erkämpfte Häuser wie das TWH von dieser Entwicklung nicht ausgenommen. Dort zeigt sich der patriarchale Roll-back augenblicklich zugespitzt im Verhalten zu einer Vergewaltigung. Wir sprechen deswegen von „zugespitzt", da der konkrete Umgang mit der vorgefallenen Vergewaltigung nur der Höhepunkt eines von Sexismus und Mackertum geprägten Alltags im TWH ist.

Wir haben uns zu dieser Stellungnahme entschlossen, weil wir ein Leben in den momentanen TWH-Verhältnissen nicht länger ertragen können und wollen. Schon jetzt sehen wir uns, die wir das Geschehene nicht totschweigen sondern kritisieren, massiven Bedrohungen von anderen TWH-BewohnerInnen ausgesetzt.

Wir sind uns der Gefahren bewußt, die in jedem Sich-Verhalten zu einer Vergewaltigung bestehen, nämlich daß mit dem Opfer Politik gemacht wird. Das versuchen wir unter allen Umständen zu vermeiden obwohl wir wissen, daß wir dem nicht gänzlich entkommen können. Deswegen geht es uns nicht so sehr um die Vergewaltigung selbst, sondern vielmehr um den sexistisch-täterschützenden Umgang damit.

Nachdem eine Frau im TWH offen gemacht hatte, daß sie von einem TWH-Bewohner vergewaltigt wurde berief eine TWH- Bewohnerin für den Freitag vor der 25-Jahr-Jubiläumswoche ein Sonder-Hausplenum ein. Auf diesem waren sowohl die von der Vergewaltigung unmittelbar betroffene Frau als auch der Täter anwesend. Es herrschte ein unglaublich gewalttätiges Klima:
Der Typ schrie die Frau an und beschimpfte sie als Lügnerin. Seine Freundin (eine TWH-Bewohnerin) unterstützte ihn und meinte, die Frau mache erst die Beine breit und komme sich dann anschließend beschweren. Erst nach ziemlich langer Zeit wurde der Typ des Plenums verwiesen. Wir kreiden es uns jedoch in aller Entschiedenheit an, in dieser Situation geschockt und ohnmächtig gewesen zu sein und nicht sofort interveniert zu haben. Durch diesen Rahmen sah die Frau sich genötigt, sehr detailreich den Vorgang der Vergewaltigung zu schildern. Selbst damit war für einen beträchtlichen Teil der TWH-BewohnerInnen nicht klar, daß eine Vergewaltigung stattgefunden hat. Diese gestehen also ganz klar der benennenden Frau die Definitionsmacht nicht zu, sondern wollen die Vergewaltigung selbst nachvollziehen können. Viele TWH-BewohnerInnen gehen sogar noch weiter und weigern sich von Vergewaltigung zu sprechen, da sie ja schließlich nicht dabei gewesen seien. Äußerungen fielen wie: man müsse die Beiden doch besser kennen um das beurteilen zu können; da könne doch Jede kommen und Einem einfach eine Vergewaltigung unterschieben; wer sage, daß der Typ ein Vergewaltiger sei bekomme Prügel.

Solche Verhaltensweisen können wir nicht anders als täterschützend nennen.

Während des Plenums gab es mehrfach Momente, in denen die Situation dahingehend zu kippen drohte, daß das Verhalten des Vergewaltigers für ihn keine Konsequenzen haben würde. Daß dann schließlich der Rausschmiß beschlossen wurde, lag nicht so sehr an der Vergewaltigung, als vielmehr an der Prügelbeziehung mit seiner Freundin, die die meisten TWH-BewohnerInnen einfach nur annervt. (Ein vorheriges Hausplenum, auf dem diese Beziehungsgewalt thematisiert wurde, hatte zu keinerlei Konsequenzen geführt.)

Und selbst diesen Beschluß tragen - wie sich im nachhinein herausgestellt hat - einige TWH-BewohnerInnen nicht mit. Als es endlich darum ging, wann der Typ auszuziehen habe, gab es die nächste Kampfsituation. Einige BewohnerInnen wollten ihm noch einen Monat Zeit geben, da er sich ja schließlich eine neue Wohnung suchen können müsse. Als wachsweicher Kompromiß konnte dann noch durchgesetzt werden, daß er innerhalb von 10 Tagen (!) auszuziehen habe. Auch war das erteilte Hausverbot von einem halben Jahr hart umkämpft. Daß es für uns eine extreme Belastung darstellt, mit diesem Typ noch 10 Tage unter einem Dach zu wohnen, war den meisten BewohnerInnen völlig egal. Wie mit ihm zu verfahren sei, wenn er auf Veranstaltungen der 25-Jahrfeiern auftaucht, wurde auf dem Plenum nicht diskutiert.
Während der Woche verhielt der Typ sich ruhig, erschien dann allerdings auf der Abschlußfete am Samstag. Dort wurde er von one beiden TWH-Sozialarbeiterinnen und einer Frau von unserer Etage rausgeschmissen. Eine andere Mitbewohnerin stand daneben und meinte ganz im Ernst, daß man das doch nicht machen könne, daß der Arme dann doch den Abend bei sich im Zimmer alleine verbringen musse. Diese Mischung aus Verständnis, Zuneigung und Nicht-Positionierung gegenüber dem Vergewaltiger können wir nur noch als Täterschutz bezeichnen. Wir finden das ekelhaft.
Am Tag nach der Abschlußfete wurde der Vergewaltiger von einem Mann, der im Veranstaltungssaal arbeitet, vor die Türe gesetzt.
Donnerstag darauf gab es ein TWH-Frauenplenum, auf welchem Bewohnerinnen, die eindeutig antipatriarchal agieren, von anderen angeschrieen und angepobelt wurden, so daß eine Diskussion völlig unmöglich war.
Wir haben nun einige Vorfälle im Umgang mit der Vergewaltigung relativ ausführlich geschildert, um unsere Position zu veranschaulichen. Es ließen sich noch eine Vielzahl ähnlicher Vorkommnisse auflisten, was dem Text allerdings Endloslänge verleihen würde.

Es geht uns nicht darum, wie das in einem Blatt im Ordner der letzten Interim gefordert wurde, das TWH zu beseitigen. Auch halten wir einen Boykott von Linie 1, Veranstaltungssaal und Kiezküche für völlig falsch. Es muß differenziert werden zwischen dem Täterschutz vieler TWH-BewohnerInnen und der klaren Positionierung einer Reihe von Menschen, die im TWH arbeiten, dort aber nicht wohnen.
Im Unterschied zu den SozialarbeiterInnen im TWH-Büro, denken wir allerdings, daß sich an den patriarchal-sexistischen Verhältnissen im TWH nur etwas ändern wird, wenn massiver Druck von Außen erfolgt. Die sozialtherapeutische Behandlung der TWH-BewohnerInnen hat bisher äußerst wenig bewirkt. Deshalb fordern wir alle in Berlin um Emanzipation ringende Gruppen und Hausprojekte auf, sich ihren Möglichkeiten entsprechend „einzumischen".
Nur dadurch wird zukünftig im TWH ein Leben möglich sein, das schon im Hier-und-Jetzt (patriarchale) Herrschaft ansatzweise überwindet.
Konkret fordern wir die Durchsetzung einer Frauenetage im TWH, um das quantitativ äußerst ungleiche Geschlechterverhältnis (9 Frauen, 30 Typen) zu verändern und um feministische, antipatriarchale Positionen im TWH zu stärken.

Der Machismo ist der Feind einer jeden Revolution !

Kein Täterschutz !

Kein TäterschützerInnenschutz !

Den Mackern auf die Pelle rücken !

Besetzt das TWH von neuem !

Freitag 3.4.:

19.00 viertes Treffen von un-glücklichen, dogmatischen , verbiesterten, lustfeindlichen, Identitätsfemistinnen, entsexualisierten 70er Jahre Polit-Lesben, antisexistischen PC-TerroristInnen, Männerhasser-Innen und andere Wesen Ort: Papiertiger, Cuvrystr. 25, 10997 Berlin- Kreuzberg

19.30 "Zur aktuellen Situation in Irland" eine Informations- und Diskussionsveranstaltung der Irlandgruppe im Infoladen Omega in Zusammenarbeit mit dem Irlandarchiv im Papiertiger. Ort: Infoladen Omega, Sparrstr. 21, Berlin-Wedding
20.00 Erich Mühsam - eine satirische Revue Ort: El Locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin-Kreuzberg
20.30 Film: Unter Fremden (A company of strangers) FrauenLesbenVideoKino "Out In Friedrichshain" Kinzigstr. 9 HH, 10427 Berlin-Friedrichshain

Samstag 4.4.:

11.00 Keinen Fußbreit den Faschisten Antifa Demo, Landratsamt, Bad Hersfeld

20.00 Erich Mühsam - eine satirische Revue Ort: El Locco, Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin-Kreuzberg

21.00 Provinzparty Tanzen für Magdeburg: Infos zur Situation in Sachsen-Anhalt/ Magdeburg - veganes/ vegetarisches Essen ab 23.00 Milch und Blut (agitfolk) außerdem: Tombola, Cocktails, Quiz ...... Ort: Ex, Gneisenaustr. 2a, 10965 Berlin

Sonntag 5.4.:

15.00 Lesbisch-SchwulerTag mit organisiertem Tuntentrash zum Thema: "Der 1. Mai, der Kampftag der Arbeitertunten und autonomen Freizeitrevoluzzer" Kaffee und Tortenbuffet
16.00 öffentliche Vorbereitung des Schwulenblocks am 1.Mai in Leipzig.
17.00 Großartige Tuntenshow
18.00-21.00 köstliche Speisen für`n Fünfer (vegetarische Küche) Lounge open end Ort: Ex, Gneisenaustr. 2a, 10965 Berlin

Montag 6.4.:

12.00 Kanther abschieben in`s Weltall Demo gegen den Besuch des Innenmisters

Rathausplatz Dessau

Dienstag 7.4.:

19.00 Infoveranstaltung des Barnimer Aktionsbündnisses "Warum bekämpfen wir die Gentechnologie? - Feldbesetzung in Schönfeld bei Bernau"

19.30 Die Lumpenlüge von HUMANA (im Rahmen der Veranstaltungsreihe TODschicke Kleidung) Ort: BAOBAB, Christburgerstr. 3, 10405 Berlin-Prenzlauer Berg

20.00 Infoveranstaltung zum Mackenrode Prozeß Cafe Größenwahn, Kinzigstr. 9 HH, 10427 Berlin-Friedrichashain

21.00 Büchertisch, Infos und Dias zu Chiapas (Mexikogruppe) Ort: Ex, Gneisenaustr. 2a, 10965 Berlin-Kreuzberg

Mittwoch 8.4.:

20.00 Vorbereitungstreffen der Innenstadtaktion 98 gegen Privatisierung Sicherheitswahn und Ausgrenzung (in der ersten Juniwoche) Infos: Di 14-19, Mi 16-20 T. 2859757 Ort: Laden Schröderstr.9 Ecke Bergstr. Berlin-Mitte

20.00 Dokumentarfilm "Die wahre Apokalypse - Das Vietnam Inferno" Ort: Umwelt-Bibliothek, Schliemannstr. 22, 10437 Berlin-Prenzl.Berg

21.00 Konzert: Anarchist Academy Ort: Haus Kreuzer, Dessau

Freitag 10.4.:

19.00 viertes Treffen von un-glücklichen, dogmatischen, verbiesterten, lustfeindlichen, Identitätsfemistinnen, entsexualisierten 70er Jahre Polit-Lesben, antisexistischen PC-TerroristInnen, Männerhasser-Innen und anderen Wesen. Ort: Papiertiger, Cuvrystr. 25, 10997 Berlin-Kreuzberg.

Samstag 11.4.:

15.30-20.00 Kaffee und Kuchen,
17.00 Film: "Die kleine Diebin"
Ort: Cafe Größenwahn, Kinzigstr. 9 HH, 10247 Berlin-Friedrichshain

Osterwochende: 11./ 12.4:

Städetreffen zur Vorbereitung der'Bundesweiten Demo am 3. Mai. Ort: Thüringen (vermutlich Suhl)


Freitag 17.4.:

19.00 Diskussion über die Interim Sondernummer zu Aktionsformen:

"Bewegung - Militanz - Kampagne" Ort: Mehringhof Versammlungsraum, Gneisenaustr. 2a, 10965 Berlin

Gegen neoliberale und rassistische Innenpolitik !
Für den Kurzschluss im Herzen der Bestie !

Innenpolitik dient der Sicherung von HERRschatsgebieten und Kapitalinterressen nach Innen. Hierzu nutzen die HERRschenden unterschiedliche Mittel.
Auf der einen Seite wird versucht, einen möglichst großen Teil der Bevölkerung zu integrieren oder zumindest ruhigzustellen. Dies geschieht in Form von softer Repression, z.B. auf Sozial- und anderen Ämtern, im Betrieb oder in der Schule, durch (akzeptierende) Jugendarbeit oder das Dauerbombardement mit Schwachsinn durch die staatstragenden Medien. Bei Verweigerung von Zwangsarbeit werden SozialhilfeempfängerInnen die Bezüge unter das Existenzminimum gekürzt.
Andererseits werden Menschen, die sich in die HERRschenden Verhältnisse nicht integrieren können oder wollen, mit harter Repression konfrontiert. Die Palette der Maßnahmen reicht von der Ausweispflicht über willkürliche Platzverweise bis hin zu Bullenknüppel, Knast und Abschiebung.
Doch das reicht den HERRschenden noch lange nicht aus. Daher inszenieren sie in den bürgerlichen Medien die Debatte um die ach so gefährdete „Innere Sicherheit", um den Weg in Richtung einer total kontrollierten Gesellschaft zu ebnen.
Auf diese Weise werden Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen zu „Sozialschmarotzern", Flüchtlinge zu „Kriminellen Ausländern", KurdInnen zu „Terroristen" und Linke zu „Chaoten und Steineschmeißern" gemacht. Diese konstruierten Feindbilder sollen von den wirklichen Ursachen sozialer Probleme ablenken und verhindern, daß die ProfiteurInnen zur Rechenschaft gezogen werden. Während die Unternehmensgewinne in den letzten 10 Jahren um 116% stiegen, leben immer mehr Menschen in Armut und werden vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen. Die berechtigten Existenzängste von Menschen, die noch nicht durch das „soziale Netz" gefallen sind, werden mittels der o.g. Feindbilder in eine den HERRschenden genehme Richtung kanalisiert: nach UNTEN. Hierbei wird der vorhandene Rassismus weiter Teile der deutschen Bevölkerung ausgiebig genutzt und weiter geschürt.
Außerdem werden irrationale Ängste um die persönliche Sicherheit mittels völlig fragwürdiger Kriminalstatistiken herbeigeredet. Wer sich vor lauter Angst nicht mehr auf die Straße traut, wird Befugniserweiterungen der Sicherheitsapparate, wie dem „Großen Lauschangriff", begeistert zustimmen. Auch die Verschärfung von Polizeigesetzen sowie die Aufrüstung und Spezialisierung der harten Repressionsorgane lassen sich in einem so geschaffenen gesellschaftlichen Klima problemlos durchsetzen. Dabei übersehen viele Menschen, daß sie selbst schon morgen Opfer dieser Apparate werden können!
Dies alles ist Teil des HERRschenden Konzepts der präventiven Aufstandsbekämpfung. Denn den Kanthers und Schönbohms sowie den Kräften, die hinter ihnen stehen, ist bewußt, daß die neoliberale Wirtschaftsweise zwangsläufig zu einer Verschärfung sozialer Gegensätze führt. Gegen den daraus zu erwartenden Widerstand wird vorbeugend eine - heute völlig überproportioniert wirkende - Maschinerie von Sicherheitsorganen aufgebaut.
Dieser Apparat wird heute schon gegen (neue) soziale Bewegungen eingesetzt, wie z.B. die Anti- AKW- oder die Antifa- Bewegung (siehe Kasten).
Noch krasser greift die harte Repression gegen politisch aktive MigrantInnengruppen wie z.B. die KurdInnen. Ihre Organisationen und Vereine wurden von Bundesinnenminister KANTHER mit einer Verbotswelle überzogen, Großdemonstrationen mit massiven Bullenaufgeboten brutal verhindert. In deutschen Knästen sitzen ca. 400 politische Gefangene aus dem kurdischen Befreiungskampf. Darüber hinaus wird es fast allen MigrantInnen und Flüchtlingen fast unmöglich gemacht sich hier politisch zu betätigen. Ihnen werden selbst bürgerliche Rechte wie z.B. das Wahlrecht verweigert. Sollten diese Menschen das Demonstrationsrecht wahrnehmen, begeben sie sich in die Gefahr in die Folterkeller diktatorischer Regimes abgeschoben zu werden. Hierfür reicht eine Anklage!- nicht Verurteilung!- wegen angeblichen „Landfriedensbruchs" (und sowas hat mensch ja bekanntlich schnell am Hals).
Dieser staatliche Rassismus setzt sich fort in der Sicherung der deutschen Grenzen. An der Ostgrenze kamen seit 1990 mehr Menschen ums Leben als in 40 Jahren an der innerdeutschen Grenze. Die dort eingesetzten mit modernster high-tech ausgestatteten 7000 BGS-Bullen werden derzeit auf 8500 verstärkt. Rassistische BürgerInnen der grenznahen Orte unterstützen die Schergen bei ihrer Arbeit.



Falls es einem Flüchtling trotzdem gelingen sollte, über „sichere Drittstaaten" ins Herz der „Festung Europa" zu gelangen, hat er/ sie mit permanenten Schikanen zu kämpfen. Dazu gehören Arbeitsverbote, Beschränkungen der Bewegungsfreiheit oder auch Sachleistungen statt Bargeld: Die neueste Speerspitze des staatlichen Rassismus ist die Neufassung des „Asylbewerberleistungsgesetzes". Danach ist es in diesem Land legal, Flüchtlinge mit schlechtem Aufenthaltsstatus schlichtweg auszuhungern und ihnen jede ärztliche Hilfe zu verweigern! Demgegenüber ist es illegal, sich weltweiten Unterdrückungsverhältnissen, von denen gerade Deutschland kräftig profitiert, durch Flucht ein Stückweit zu entziehen.



ABER: KEIN MENSCH IST ILLEGAL!!!
Auch die Debatte um die angeblich „kriminellen Ausländer" sieht mensch in einem neuen Licht, wenn sie/ er sich vorstellt ohne Sozialhilfe oder Arbeitserlaubnis zu überleben. Sogenannte „kriminelle Ausländer" begehen nämlich meistens „Straftaten" die von Menschen mit deutschem Paß überhaupt nicht verübt werden können, wie z.B. beim Aufenthalts- oder Arbeitsrecht. Und selbst der Kleinhandel mit Drogen oder sogenannte „Ladendieb-stähle" dienen illegalisierten MigrantInnen zum Überleben!



Die durch die rassistische Gesetzgebung hervorgerufenen Kriminalstatistiken werden von rassistischen, bürgerlichen PolitikerInnen und

offen bekennenden Faschist(Inn)en für Propagandazwecke genutzt. Darüber hinaus spielen die Neonazis eine wichtige Vorreiterrolle bei der Durchsetzung eines rassistischen und nationalistischen gesellschaftlichen Klimas. Das beschert ihren Aufmärschen massiven polizeilichen Schutz, es sei denn sie schaden dem Image Deutschlands im Ausland. Konservative und auch sozialdemokratische Kreise greifen verstärkt Inhalte auf, die früher ausschließlich von offen bekennenden (Neo)Nazis vertreten wurden.
Dabei wird auch das Patriarchat als HERRschaftsverhältnis gefestigt. In Zeiten zunehmender sozialer Ungerechtigkeit ist es sehr bequem zuerst die Frauen anhand alter Rollenbilder in die Arbeitslosigkeit und zurück an den Herd zu drängen. Von allen bisher genannten HERRschaftsverhältnissen sind Frauen grundsätzlich stärker betroffen als Männer, angefangen von niedrigeren Löhnen über die schlechtere soziale Stellung der Frauen, sexistische Repressionsapparate, die ständigen Forderungen nach der Verschärfung des §218, bis hin zur Nichtanerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe. Illegalisierte Migrantinnen sind zudem von der alle Herrschaftsverhältnisse absichernden Innenpolitik am stärksten betroffen. Unter Anderem werden sie durch die Illegalisierung speziell in den Innenstädten in die letzten Scheißjobs (Hotel, Gaststätten, Gebäudereinigung) mit 1,50 DM Stundenlohn gedrängt. Sie putzen die Konsumpaläste der Bonzen, während sie vor deren Toren von Wachschmutz und Bullen schikaniert, vertrieben, oder verhaftet werden. Denn die Citybereiche sollen frei sein von MigrantInnen, DrogenuserInnen, Obdachlosen, Punx und allen Anderen, die nicht ins Bild „sauberer, deutscher" Innenstädte passen. Hier sollen zahlungskräftige KundInnen nicht mehr mit der Kehrseite ihres Reichtums konfrontiert werden. Vormals öffentlicher Raum wird daher zunehmend privatisiert, staatliche Hoheitsaufgaben werden zunehmend an kapitalistische Wachschmutz-unternehmen abgegeben.

Weil wir nicht weiter zusehen wollen, rufen wir zu einer bundesweiten Demo am dritten Mai in der neuen, alten Reichshauptstadt auf. Wir treffen uns an der SPD-Zentrale um zu zeigen, das auch SPD-Innenpolitik kein Stück besser sein wird als Kanther. Dann wollen wir durch vorrangig von MigrantInnen und sozial Benachteiligten bewohnte Kieze, vorbei an politisch relevanten Punkten wie dem Polizeipräsidium/ Staatsschutz zu den Konsumpalästen in der City West laufen.
Es wird einen Frauen/Lesben -Block geben.
Da wir keinen Bock haben mit Bullenmethoden gegen Leute vorzugehen, die Alk auf Demos konsumieren wollen, wird am Ende der Demo ein Party-Block laufen.Das schließt eine Gefährdung der anderen Leute weitgehend aus. Wir fänden es klasse, wenn ihr in Massen kommt, und euch schon vorher klarmacht, mit wem ihr in Ketten laufen wollt.

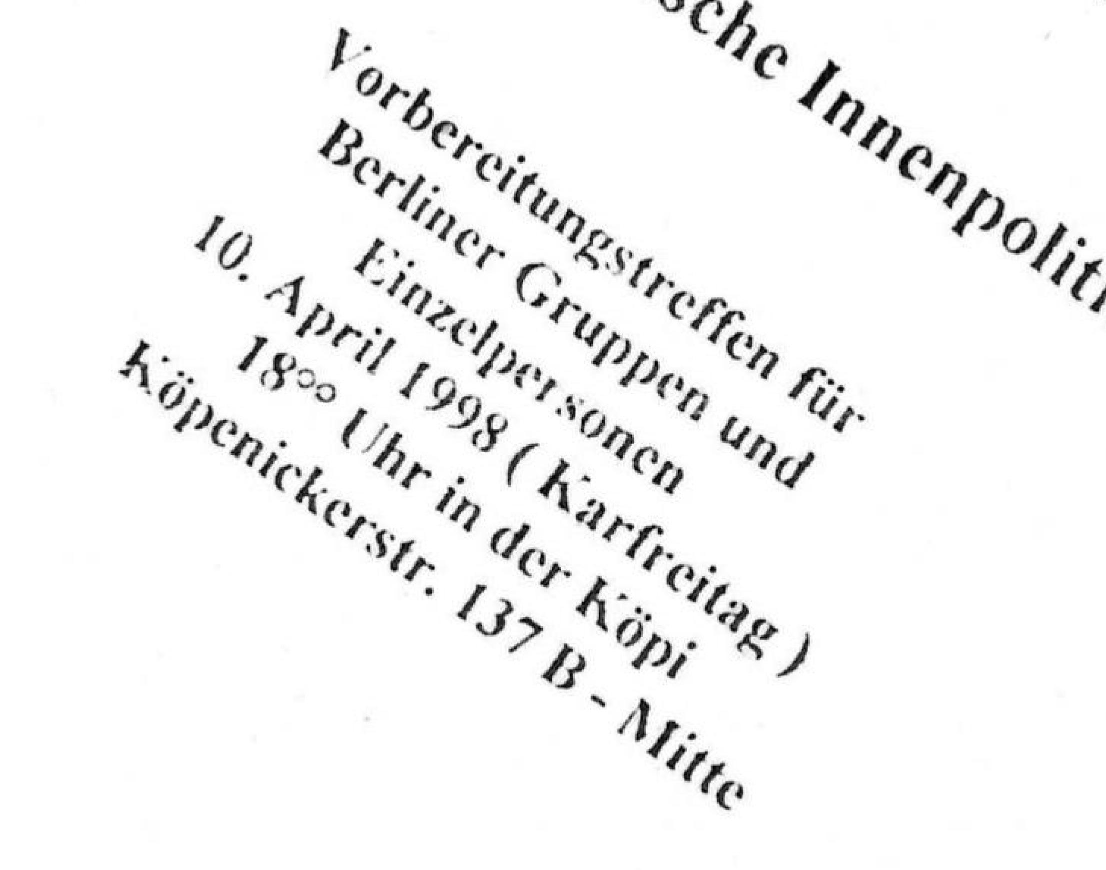
Offenes Vorbereitungstreffen für Berliner Gruppen die sich an der

Bundesweiten Demonstration

gegen VerKantherte Innenpolitik am 3. Mai in Berlin beteiligen wollen !!!

Für den Kurzschluß im Herzen der Bestie - gegen neoliberale und rassistische Innenpolitik

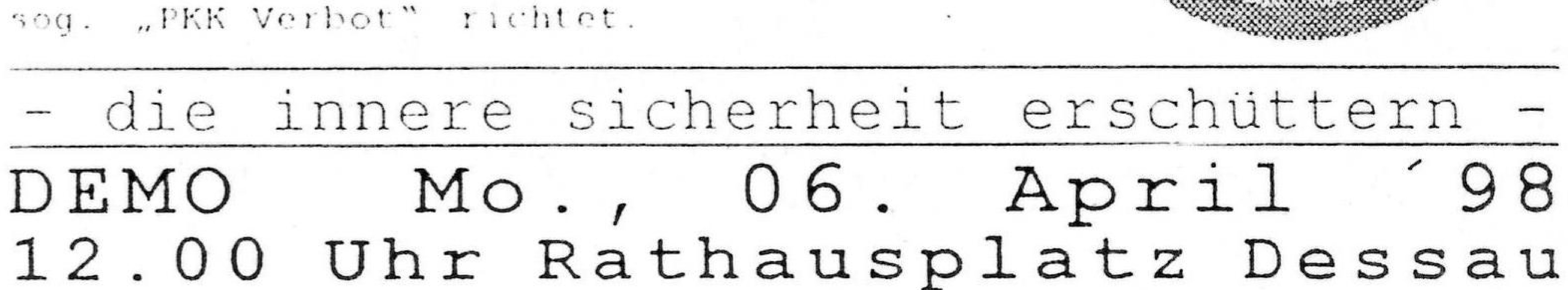
Sonntag 3. Mai 13°° Uhr
Willy - Brandt - Haus
(Bundeszentrale der SPD)
Stresemannstr. / Wilhelmstr.
Berlin - Kreuzberg
U- Bhf Hallesches Tor



Vorbereitungstreffen für
Berliner Gruppen und
Einzelpersonen
10. April 1998 (Karfreitag)
18°° Uhr in der Köpi
Köpenickerstr. 137 B - Mitte

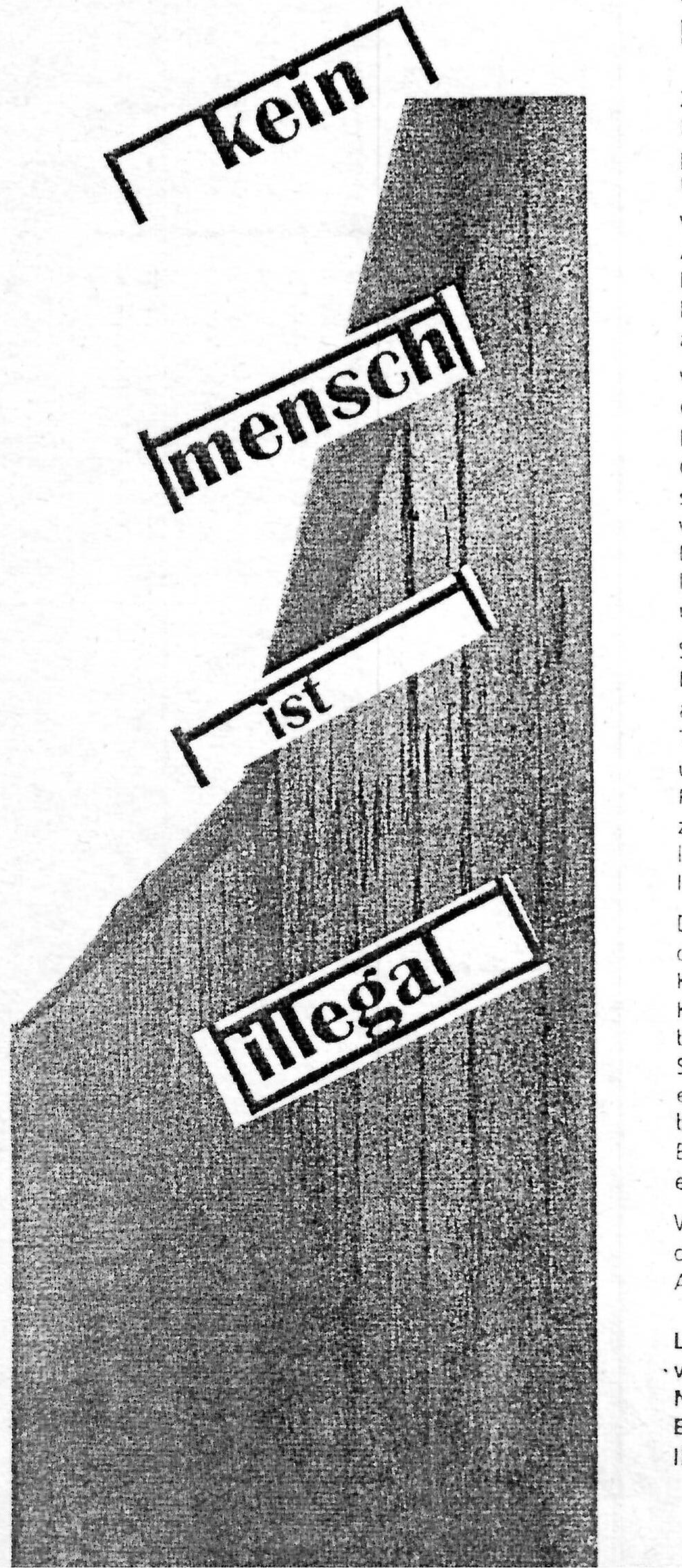
Kanther abschieben ... [in's Weltall !]

Am 26.04.98 findet in Sachsen-Anhalt die Landtagswahl statt. Der Wahlkampf läuft bereits auf Hochtouren. Um für die CDU Stimmen zu gewinnen, wird am Montag, dem 06.04.98, Innenminister Manfred Kanther Dessau besuchen und ab 13.00 Uhr über sein Lieblingsthema: „Innere Sicherheit" sprechen. Aus diesem Grund rufen wir zu einer Demonstration auf, die sich gegen den Sicherheitswahn, die menschenfeindliche Asylpolitik, als auch das vom Innenministers verhängte sog. „PKK Verbot" richtet.



- die innere sicherheit erschüttern -

DEMO Mo., 06. April ´98
12.00 Uhr Rathausplatz Dessau



Liebe Flüchtlinge, Emigrantinnen und Emigranten Freundinnen und Freunde!

Zu allererst unser Dank:...Dank an die uns unterstützenden Gruppen, vor allem an die Kirchengemeinden, die uns bis jetzt aufgenommen haben, an die Menschen, die uns privat unterstützt haben und an Sie, die Sie heute hier sind.
Unseren Dank sprechen wir mit Respekt aus.

Wir sind Kurden. Wir sind Flüchtlinge. Unsere Asylanträge sind abgelehnt worden. Unsere Abschiebebescheide sind uns übermittelt worden. Wir sollen dieses Land verlassen...
In unserer Not haben wir am 21. Januar 1998, also vor genau 24 Tagen in der Antoniter-Kirche Zuflucht gesucht, – und erhalten. Wir fassen diese Zuflucht aber auch als Protestaktion auf.

Wir sind in Kurdistan und in der Türkei politisch verfolgt und gefoltert worden. Diese Gefahr besteht bei unserer Rückkehr weiterhin... und Deutschland will uns abschieben. Einige von uns leben schon 10 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben keine Chance mehr Fuß zu fassen, weder dort, wo wir geboren sind, noch hier. In dem schmutzigen Krieg in Kurdistan wurden tausende Dörfer niedergebrannt. Familien wurden auseinander gerissen und Tausende wurden ermordet. Die Bundesrepublik Deutschland hat immer die türkischen Regierenden ökonomisch und mit Waffenlieferungen unterstützt. Jetzt will Deutschland uns nicht mehr haben, obwohl es an unserer Situation mitschuldig ist.

Seit dem neuen Asylgesetz (Änderung des Art. 16 des Grundgesetzes) wurden unsere Möglichkeiten für ein Asyl immer geringer. Das zwingt uns dazu, in die Illegalität auszuweichen. Jetzt sagen uns die bundesdeutschen Politiker, daß wir im Westen der Türkei sicher wären. Aber das ist nicht wahr. Auch dort wurden und werden wir verfolgt und mißhandelt. 'Selbstbestimmung' als Kurden in der Türkei zu verlangen, heißt für uns: Folter, Gefängnis und Ermordung. Es gibt für uns keine Meinungsfreiheit um Demokratie zu fordern in der Türkei. Der Arm der türkischen Justiz reicht bis hierhin nach Deutschland. Im Falle der Abschiebung erwartet uns Gefängnis, Folter, vielleicht: 'Verschwindenlassen'. Wir kennen leider genug Beispiele dafür.

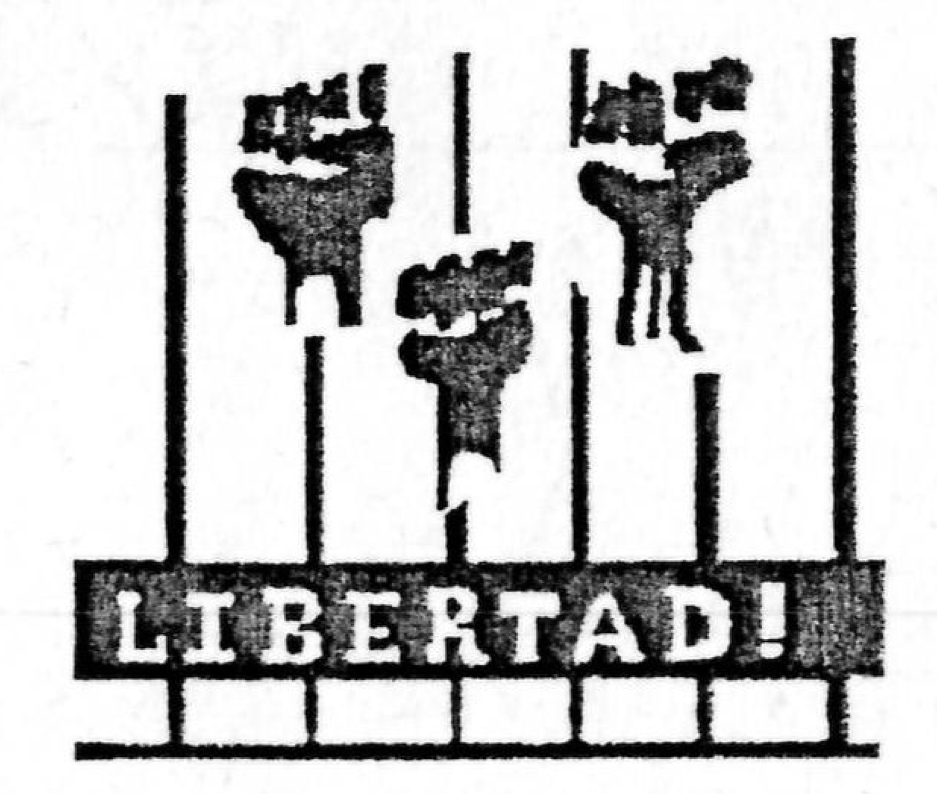
Die Bundesrepublik Deutschland will im geplanten Europa eine Mauer errichten. Mit diesem Projekt der Mauer zeigt Deutschland sein ausländerfeindliches Gesicht. Manfred Kanther bezeichnete unsere in Italien gestrandeten Landsleute als 'Gangster und Kriminelle'. Rupert Scholz träumt davon, die Grenzen absolut zu schließen. Wenn solche bekannten Politiker so etwas äußern, liefert dies die Rechtfertigung für die rechtsradikale Szene. Sie wird zu Übergriffen regelrecht animiert. Jede Stunde gibt es in Deutschland einen Angriff auf ausländische Mitbewohner. Das sagt die Statistik. Und immer wieder behaupten die Behörden, daß diese Angriffe nicht ausländerfeindlich seien. Die Bundesrepublik Deutschland hat 1993 mit dem veränderten Asylgesetz die Türen endgültig zugeschlagen und Hoffnungen zerstört.

Wir brauchen eine Politik, die die Menschenrechte respektiert, die international gültig ist, die solidarisch mit Asylsuchenden ist. Wir fordern von Euch hier, daß Ihr uns bei unseren Aktionen unterstützt und mit uns gegen dieses Ausländergesetz kämpft.

Liebe Freundinnen, liebe Freunde,
wir fordern Freiheit, wir fordern Brüderlichkeit, wir fordern Gleichheit!
Nie wieder Krieg!
Es lebe die Brüderlichkeit der Völker!
Ihre jetzt in der Kirche lebenden politischen Flüchtlinge

Köln, Februar/März 98

kein
mensch
ist
illegal



Kampagne für einen internationalen Kampftag
"Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit"

Libertad! c/o "3.Welt"-Haus. Westerbachstraße 47, 60489 Frankfurt a.M.

e-mail: Libertad@LINK-F rhein-main.de
Tel.: (069) 97 84 34 44
Fax: (069) 97 84 34 45
Internet: http://www.geocities.com/CapitolHill/Lobby/1981

Auf zur internationalen Konferenz "Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!"

Im Dezember '97 fand in Frankfurt eine Veranstaltung mit dem Titel "Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit" statt. Die Initiative *Libertad!* hatte eingeladen, und es kamen Delegierte und Angehörige von politischen Gefangenen aus dem Baskenland (*Gestoras pro Amnistia*), Italien (*Coordinamento nazionale Mumia Abu-Jamal*), Palästina (*PFLP*), Peru (die Mutter des bei der Botschaftsbesetzung getöteten Nestor Cerpa/MRTA), der Türkei (*IHD*) und der BRD (die Mutter von Christian Klar/Gefangener aus der RAF). Sie berichteten über die Situation und die Solidaritätsarbeit für die politischen Gefangenen in ihren jeweiligen Ländern. Mehr als 200 BesucherInnen kamen zur Veranstaltung. Obwohl die Beiträge wegen der Übersetzung und der Vielzahl von ReferentInnen notwendigerweise den größten Teil der Veranstaltung einnahmen, blieb das Publikum mehr als fünf Stunden konzentriert und interessiert.

Nach der Veranstaltung diskutierten die Delegierten über den Vorschlag von *Libertad!*, eine internationale Konferenz gemeinsam vorzubereiten. *Libertad!* arbeitet seit einigen Jahren daran, mit einer solchen Konferenz eine internationale Vernetzung der Solidaritätsarbeit mit politischen Gefangenen zu erreichen. Ein konkreter Ausdruck einer solchen gemeinsamen Arbeit soll ein "Internationaler Kampftag für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit" sein.

Die Delegierten begrüßten die Idee einer internationalen Konferenz und versprachen, in den Organisationen, die in ihren Ländern an diesem Thema Interesse haben, für eine praktische und organisatorische Mitarbeit an der Konferenz zu werben. Zur Konferenz werden Organisationen aus aller Welt eingeladen, Delegierte von Befreiungsbewegungen, Solidaritätsorganisationen und Basisgruppen. Einige haben ihre Teilnahme bereits angekündigt, so z.B. die *Madres de Plaza del Mayo* aus Argentinien und die *MLN Tupamaros* aus Uruguay.

In der BRD gibt es bereits ein aus mehreren Gruppen bestehendes Organisationskomitee für die Vorbereitung der Konferenz. Dieses hat folgende Konferenzthemen vorgeschlagen:

- Politische und soziale Situation in den Ländern und die Lage der fortschrittlichen und revolutionären Bewegungen
- Situation, Ziele und Kämpfe der politischen Gefangenen und der Solidaritätsarbeit
- Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit und die Umsetzung der Idee eines internationalen Kampftages für die politischen Gefangenen,
- Erfahrungsaustausch über Repression und die internationale Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden
- Was sind die Grenzen der Kämpfe im nationalen Rahmen? Wie kann eine internationale Organisierung diese Grenzen im eigenen Land verändern?
- Was bedeutet es für die Linke, daß in den Knästen politische Gefangene aus Bewegungen sitzen, deren Organisationen es nicht mehr gibt oder deren Kämpfe nicht mehr präsent sind?
- Amnestie für politische Gefangene einerseits und Straffreiheit für Folterer anderseits, wie z.B. in Südafrika oder den (Ex-)Diktaturen in Lateinamerika

Diese Themenvorschläge werden zusammen mit den Vorschlägen aus den anderen beteiligten Ländern auf einem Treffen in Italien im März '98 diskutiert. Dort soll auch entschieden werden, wann und wo die geplante Konferenz stattfinden wird.

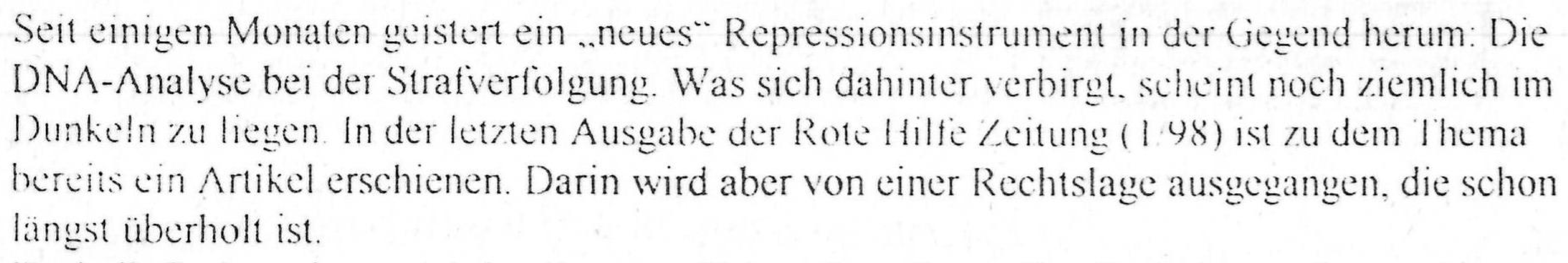
Bei *Libertad!* kann eine Dokumentation der Veranstaltung vom 20.12.97 bestellt werden. Darüber hinaus bietet *Libertad!* allen interessierten Gruppen und Organisationen an, auf Treffen oder Veranstaltungen über den Hintergrund und den aktuellen Stand der Konferenzvorbereitung zu informieren. Mitarbeit ist nicht nur möglich, sondern erwünscht. Beteiligt Euch an der Konferenz und an der Vorbereitung. Je mehr sich daran beteiligen, desto größer ist die Chance, eine weltweite politischen Vernetzung mit dem Ziel "Freiheit für alle politischen Gefangenen" zu erreichen.

Viele Grüße von *Libertad!*



Das Ende des Spuckizeitalters ?

- Die DNA-Analyse im Ermittlungsverfahren -



Seit einigen Monaten geistert ein „neues" Repressionsinstrument in der Gegend herum: Die DNA-Analyse bei der Strafverfolgung. Was sich dahinter verbirgt, scheint noch ziemlich im Dunkeln zu liegen. In der letzten Ausgabe der Rote Hilfe Zeitung (1/98) ist zu dem Thema bereits ein Artikel erschienen. Darin wird aber von einer Rechtslage ausgegangen, die schon längst überholt ist.
Deshalb finden wir es wichtig, die gesetzlichen Grundlagen für die DNA-Analyse zu klären und einen Überblick zu geben, unter welchen Voraussetzungen sie angewandt werden darf. Wir beziehen uns dabei ausdrücklich auf die reaktionäre Standardliteratur, weil diese auch von Polizei und Justiz herangezogen wird. Wir wollen mit diesem Artikel keine weiteren Verschwörungstheorien entwickeln, sondern zuerst aufzeigen, welche Befugnisse die Staatsgewalt zur Zeit hat und an welchen Stellen die Überschreitung dieser Befugnisse vorprogrammiert ist. Darüber hinaus sollte deutlich werden, welche längerfristige Zielrichtung der Gesetzesänderung zugrunde liegt. Wir werden außerdem erklären, wie sich konkret Betroffene versuchen können, mit juristischen Mitteln zu wehren.

Gesetzliche Grundlage

Gesetzlich geregelt ist die DNA-Analyse bereits seit März 1997 in den §§ 81e und 81f der Strafprozeßordnung (StPO). Angewandt wurde sie allerdings auch schon davor. Das war nicht etwa rechtswidrig! Die obersten Gerichte und die meinungsführenden JuristInnen waren sich mal wieder einig, daß sich sowas auch aus irgendwelchen anderen §§ ableiten läßt. Angesichts der „in weiten Teilen der Bevölkerung anzutreffenden, mit der Gentechnik ganz allgemein verbundenen Ängste und Befürchtungen..." (so die Begründung zum Gesetzentwurf) sah sich der Staat irgendwann aber doch gezwungen, diese Praxis gesetzlich festzuschreiben.
Das heißt nun nicht, daß sich praktisch gar nichts geändert hätte. Neu ist, daß Polizei und Justiz ein neues „Spielzeug" entdeckt haben, das sie jetzt ausprobieren. Aktuelles Beispiel dafür ist die zwangsweise Speichelentnahme im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren gegen eine Frau, der vorgeworfen wird, eine Göttinger Schaufensterscheibe, hinter der Fotos von Wehrmachtssoldaten ausgestellt waren, in Scherben verwandelt zu haben.
Welches Ausmaß das neue Repressionsinstrument annehmen wird, läßt sich noch nicht sagen. Sieht man sich die relativ laschen Voraussetzungen an, unter denen die DNA-Analyse zulässig ist, wird es vielleicht bald keine Spuckis, sondern nur noch Schwammis geben.

(Speichel-)Entnahme und DNA-Analyse

Unterschieden werden muß erstmal zwischen der *Entnahme* von z.B. Speichel (§81a StPO) und der anschließenden *DNA-Analyse* (§§ 81e, 81f StPO).
Die *Entnahme* muß im Prinzip von Richter/Richterin angeordnet werden, in Eilfällen auch von Polizei oder Staatsanwaltschaft. Weil der Kampf gegen die „Innere Unsicherheit" natürlich immer Eile gebietet, wird die Anordnung in der Praxis fast immer von der Polizei kommen. Als „Anordnung" reicht das Mitnehmen zur Wache!
Die *Entnahme* muß nur dann von Arzt oder Ärztin vorgenommen werden, wenn dabei (auch nur ganz kleine) Verletzungen entstehen (z.B. Blutentnahme). Die Speichelentnahme kann jedoch von ganz normalen Bullen gemacht werden. Sie „soll" nur von BeamtInnen gleichen Geschlechts durchgeführt werden. Ein Anspruch darauf besteht aber nicht.

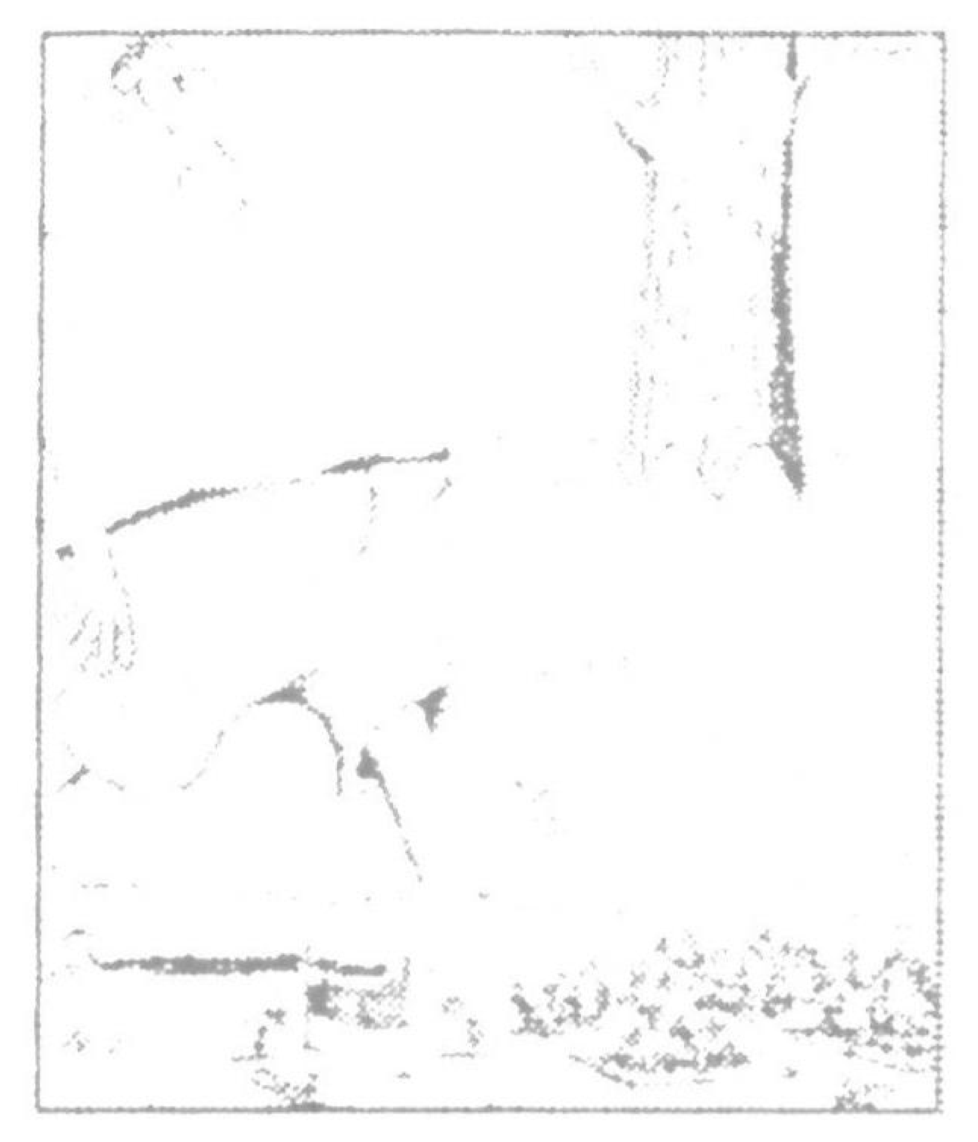
Zum aktiven Mitmachen ist der/die Betroffene nicht verpflichtet. Andererseits darf die Spucke aber zwangsweise entnommen werden. Vorsicht: Das preußisch-gehorsame Anspucken könnte als BeamtInnenbeleidigung mißverstanden werden!
Eine anschließende *DNA-Analyse* ist nicht in Ordnungswidrigkeitenverfahren, sondern nur in Strafverfahren zulässig, um die Abstammung festzustellen und um herauszubekommen, ob am Tatort gefundene Spuren (Haare, Kippen, Spuckis, Handschuhe) von dem/der Beschuldigten stammen. Angewendet werden darf das Verfahren nicht nur bei dem/der Beschuldigten, sondern u.a. auch bei „Dritten". Diese ominösen Dritten sind Personen, die als TäterIn (momentan noch) ausgeschlossen werden, von denen aber evt. Spuren am Tatort vorhanden sind. Zu vergleichen sind sie mit ZeugInnen. Deshalb haben sie eine Art „Spuckeverweigerungsrecht", nämlich wenn sie sich durch die *Entnahme* und *DNA-Analyse* selbst belasten würden oder wenn sie mit dem/der Beschuldigten verwandt oder verlobt sind (Eine Verlobung kann einfach so mündlich erfolgen, allerdings nicht zwischen zwei gleichgeschlechtlichen Menschen).

Richterliche Anordnung der DNA-Analyse
Anders als die *Entnahme* von Speichel etc. muß die *DNA-Analyse* immer von einer Richterin/einemRichter schriftlich angeordnet werden. Der/die Betroffene wird davon nur unterrichtet, wenn dadurch nicht der „Untersuchungszweck gefährdet" wird. Mit der Durchführung wird dann eine Sachverständige/ein Sachverständiger beauftragt. DieseR darf nicht der ermittelnden Behörde angehören. Damit soll angeblich die DNA-Analyse vom Strafverfahren getrennt werden. Ein sehr löchriger „Schutz", denn als vom Strafverfahren getrennt werden auch „organisatorisch selbständige Forschungsabteilungen des BKA oder LKA" angesehen.
Dem der Sachverständigen wird vom Richter/der Richterin das Material (z.B. das am Tatort gefundene Haar und die der Täterin entnommene Spucke) übergeben. Dabei dürfen die „persönlichen Daten" des der Betroffenen nicht genannt werden. Eine *vollständige* Anomymisierung muß es aber nicht geben! Der/die Sachverständige prüft dann, ob beides genetisch übereinstimmt und teilt das Ergebnis der Polizei mit. Er/sie kann selbst entscheiden, welches Untersuchungsverfahren angewandt wird. Üblich ist momentan die technisch sehr sichere und nicht teure Methode der Polymerase-Kettenreaktion (PCR).
Eine Verurteilung kann in der Regel jedoch nicht allein auf eine PCR-Analyse gestützt werden. Es müssen also noch andere Beweise her. Letztendlich ist es aber dem Gericht überlassen, wie stark es das Ergebnis der DNA-Analyse gewichtet. In der Praxis könnte sich die DNA-Analyse deshalb zur „Trumpfkarte" der Staatsanwaltschaft mausern. Obwohl die DNA-Analyse einen besonders gravierenden Angriff auf die Persönlichkeit eines Menschen darstellt, ist sie nämlich nicht etwa nur bei „besonders schweren Straftaten" oder bei „dringendem Tatverdacht" zulässig, sondern in jedem Strafverfahren.
Letztendlich wird die Anwendung der DNA-Analyse vom „Bedürfnis nach Strafverfolgung" abhängen. In welchen Bereichen dieses „Bedürfnis" besonders hoch ist, überlassen wir eurer Phantasie...

To be continued!

24 Stunden mehr als Leben!

Manege frei für die I. Weltfestspiele der HausbesetzerInnen! in Leipzig



Ahnungslos spazierte der Speekulant in den Betriebsausflug der HausbesetzerInnen.

Eigeninitiative!

Faschos verjagen!

Selbstversorgung!

Wer kackt den schönsten braunen Haufen in die Innenstadt?

Große gemeinsame Abschlußaktion!

Spaß!

Mit Weltrekordversuch für das Guiness-Buch der Rekorde: Die meisten Hausbesetzungen in 24 Stunden!

Kommt einfach alle!

"Leipzig im Jahr 2004: Das letzte Stückchen Innenstadt ist an Mitsubishi verkauft worden, um dem neuen 80 Kilometer hohen Parkhaus zu weichen, daß anstelle dessen hier gebaut wird. Es bietet genügend Parkplätze für das neue 15 km lange Einkaufzentum, welches sich zwischen den Hauptbahnhof-Promenaden und dem Verkehrskreuz Schkeuditz erstreckt. Misubishi will die Innenstadt Leipzigs in Japan originalgetreu wieder aufbauen, um -wie es heißt- einen einzigartigen Themenpark "Aufbau Ost" zu errichten...."

Jede Menge Leerstand, Abriß von ganzen Stadtvierteln, Abriß von Treuhand-Bauten, keine besetzten Häuser mehr Europaweit bis 2000 wegen Schengener Abkommen, immer heftigere Unterdrückung, Videoüberwachung in der Innenstadt für Konsumterror, Rassismus überall, und am 1. Mai 10 000 Faschos?

Irgendwann Ist Schluß. Und das hier + Jetzt.

Vielleicht ist es das letzte Zucken der HausbesetzerInnenbewegung, aber es wird ein verdammt lautes!!!

Wir knacken die Leipziger Linie!

keine Neubesetzungen und Räumung in 24 Stunden

Wir zeigen den Faschos vor dem 1. Mai daß wir verdammt viele sind! Nazis verpisst euch!

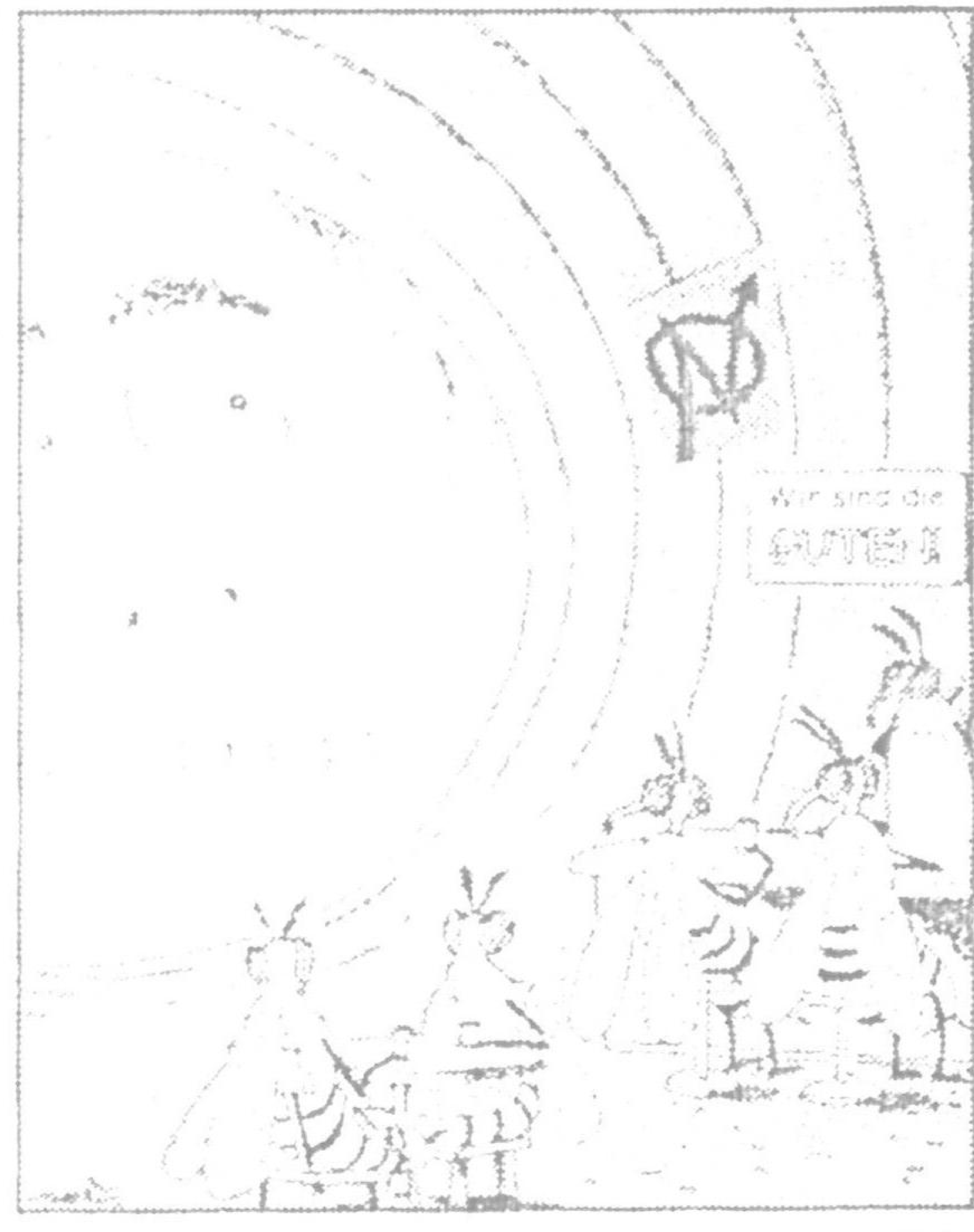
Und das geht so:

ihr kommt am besten schon einen Tag eher, weil sonst machen die Bullen vielleicht die Stadt dicht. Ihr bringt eine Penntüte + was zu essen + [illegible] + vielleicht Schnarchentzieher, Hammer und Nagel mit. Dann guckt ihr im Internet oder auf Plakate wo die letzten Häuser drinstehen, sucht euch was schönes aus und belebt es. ruft dann bei noch bekanntzugebenden Tel. Nummern an, daß dort was besetzt ist. Damit taugen die 24 Stunden für den Guiness-Buch-Weltrekord wie auch für die Leipziger Linie als zu zählen. Überall ist was leer. Ihr findet immer was! Sie können nicht jede Straße überwachen! Und räumen sie euch, fehlen sie woanders.

Die Stoppuhr läuft ab Freitag, 24. April, 15 Uhr. Wer bis Samstag, 15 Uhr nicht geräumt wurde, bleibt eben drin. Leipzig wird [illegible]! Und das einen Tag vor der Oberbürgermeister-Wahl.

Ob alle Häuser geräumt sind oder nicht, abends gibt's eine total letzte gemeinsame Abschlußaktion.

Und ein Letztes: Anna + Arthur haltens Maul! Keine Aussagen bei Bullen und Justiz!



[illegible] sich die Hausbesetzer völlig unerwarteten Problemen gegenü[illegible]

Na Klar Besetzen wir Häuser!

Denn Räumung macht keinen Sinn, wenn das Nacbarhaus auch schon besetzt wird!

Los geht's am FR. 24. April 98 ab 15 Uhr

Leipzig

V.i.S.d.P.: [illegible]